A. M. Zeuger
=

Berlin
1958

Die Westberliner Leistungsbilanz und die auswärtige Hilfe in den Jahren 1949 bis 1956

D i s s e r t a t i o n

zur Erlangung des Grades eines

Doktors der Wirtschaftswissenschaften

der Wirtschafts- und Sozialwissen-

schaftlichen Fakultät der

Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Anneliese M. Grüger, Dipl. Volkswirt

aus

Berlin

Erster Gutachter : Professor Dr. F. Bülow

Zweiter Gutachter: Professor Dr. K.C. Thalh

Tag der mündlichen
Prüfung: 1. März 1958

Die Westberliner Leistungsbilanz und die auswärtige Hilfe in den Jahren 1949 bis 1956

Disposition

	Seite
Einleitung	1
Erster Hauptteil: Die auswärtige Hilfe	5
§ 1: Bestimmung des Untersuchungsgegenstandes	5
2: Ausgangsdaten der Wirtschaftsplanung	16
3: Die Gestaltung der auswärtigen Hilfe	22
a) Die Planziele	22
b) Die Finanzierung	27
4: Die Bestimmung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums	29
a) Wirtschaftspolitik zwischen Ost und West	29
b) Die Interdependenz der wirtschaftspolitischen Einzelakte	34
5: Darstellung der spezifischen Hilfsmaßnahmen	37
a) Die Wirtschaftshilfe in der Periode 1949 bis 1952	37
1. Die amerikanische Hilfe	37
2. Die Bundeshilfe	42
b) Rekapitulation und Neuorientierung	50
1. Eigenkapitalfinanzierung	52
2. Auftragsfinanzierung	54
3. Einkommensteuerpräferenzen	56
4. Der langfristige Aufbauplan von 1955	57
Zweiter Hauptteil: Die Leistungsbilanz	60
§ 6: Die Bestimmung des Untersuchungsgegenstandes	60
7: Der ökonomische Erkenntniswert der Leistungsbilanzanalyse	67

Seite

§ 8: Die empirische Erfassung 72
a) Die Methode der Erfassung 72
b) Die Entwicklung der Leistungsbilanz 78

9: Die Finanzierung des Einfuhrüberschusses 84
a) Die Periode der annähernden Übereinstimmung von auswärtiger Hilfe und Leistungsbilanzsaldo: 1949 bis 1952 84
b) Die Periode der wachsenden Kreditverflechtungen: 1953 bis 1956 88

10: Die Leistungsbilanz im System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 92

Dritter Hauptteil: Die Interdependenz von auswärtiger Hilfe und Entwicklung der Leistungsbilanz 96

§ 11: Die Problemstellung 96

12: Die tatsächliche Entwicklung der Leistungsbilanz im Vergleich mit den Planzielen des Enquête-Programms 98

13: Die Rolle des Einfuhrüberschusses und der auswärtigen Hilfe im volkswirtschaftlichen Kreislauf 103
a) Das Modell der offenen Volkswirtschaft 103
b) Einkommensminderung als Folge des Einfuhrüberschusses 107
c) Die Ausgleichsfunktion der auswärtigen Hilfe 109

14: Die Wirkung der auswärtigen Hilfe auf das Investitionsvolumen 112
a) Investitionsvolumen und Wirtschaftspotential 112
b) Produktion und Einfuhrabhängigkeit 114
c) Folgerungen 118

15: Die Wirkung der auswärtigen Hilfe auf das Beschäftigungsvolumen 120
a) Beschäftigungsvolumen und Sozialprodukt 120
b) Beschäftigungsentwicklung und Einfuhrabhängigkeit 122
c) Folgerungen 124

EINLEITUNG

Die vorliegende Arbeit macht es sich zur Aufgabe, die Wirkungen der auswärtigen Hilfe, die der Westberliner Wirtschaft seit dem Ende der Blockade im Mai 1949 zuteil wurde, in ihrer Vielseitigkeit und Vielschichtigkeit darzustellen. Die durch die auswärtigen Hilfeleistungen bewirkten Veränderungen im wirtschaftlichen Datenkranz sollen im Rahmen der Leistungsbilanzentwicklung Gegenstand der Untersuchung sein. Die Leistungsbilanz wurde als Indikator gewählt, weil die Beobachtung der realen Güterströme und der entsprechenden Geldströme, die Westberlin mit der übrigen Welt verbinden, einen Maßstab zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit und des Leistungsvermögens des Inselraums Westberlin bietet. Damit zugleich legt die Entwicklung der Westberliner Leistungsbilanz Zeugnis ab über den Erfolg der auswärtigen Hilfe, die in all ihren Erscheinungsformen letzthin auf das Ziel ausgerichtet ist, die wirtschaftliche "Viability" zu verwirklichen. Der Gang der Untersuchung wird zeigen, daß dieses Ziel - durch die auswärtige Hilfe die ökonomische Lebensfähigkeit des Stadtstaates Berlin zu erreichen - nicht in jedem Stadium der Entwicklung offen zutage getre-

EINLEITUNG

ten ist. Man ist zunächst versucht, in der auswärtigen Hilfe ein wirtschaftspolitisches Instrument zu sehen, dessen primäre Wirkung darin besteht, die Lücke in der Leistungsbilanz zu vergrößern; der Zufluß an Zahlungsmitteln verstärkte tendenziell den Importbedarf und damit die Abhängigkeit von der übrigen Welt. Die Darstellung dieser Interdependenz, die direkt oder indirekt zwischen den Stützungsmaßnahmen und der Leistungsbilanzentwicklung besteht, ist das besondere Anliegen dieser Arbeit. Die Anregung hierzu wurde durch die zahlreichen richtungsweisenden Arbeiten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, gegeben, insbesondere durch die erste methodisch umfassende Analyse der Entwicklung des Westberliner Sozialprodukts. "Die außerordentliche Bedeutung der Ermittlung und Beobachtung der Westberliner Leistungsbilanz und der zu ihrem Ausgleich zur Verfügung stehenden Mittel ist darin zu sehen, daß die Daten - ähnlich wie in anderen einfuhrabhängigen Volkswirtschaften - geradezu den Schlüssel für die Beurteilung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung bilden. Dies gilt ... nicht etwa nur für Länder mit selbständiger Währung, sondern, wie im Westberliner Fall, auch für wirtschaftlich selbständige Teilbereiche eines Währungsgebietes."*)

Die vielseitigen Stützungsmaßnahmen, die dem Inselraum Berlins zuteil wurden, werden in historischer Sicht ihre Wertung nur dann erfahren, wenn das Zusammenspiel von politischen und ökonomischen Kräften in ihrer Gesamtheit erfaßt wird. Der Aufgabenbereich dieser Arbeit jedoch wird darin gesehen, die außerökonomischen Zielsetzungen der Wirtschaftspoli-

---

*) R. Krengel: Die Westberliner Wirtschaft 1949-1951, Berlin 1952, Seite 23.

tik auszuklammern.

Die Konfrontierung der sich ergebenden Wirkungszusammenhänge mit der Literatur über die Theorie der Außenwirtschaft konnte nur zu einem Teil das Wesen der hier empirisch erfaßten Interdependenzen unterbauen.

Das Phänomen eines Wirtschaftsgebietes, das durch seine Stellung im ökonomischen und geographischen Raumgefüge als eine Insel bezeichnet werden muß und das an ein bevölkerungsmäßig und leistungsmäßig fünfundzwanzigmal größeres Wirtschaftsgebiet gebunden ist, ist in den Größenordnungen und damit auch qualitativ zu unterscheiden von den Wirtschaftsbereichen, deren sich die Theorie in der Regel zur Darstellung ihrer Thesen bedient. Die Außenwirtschaftstheorie zeigt im allgemeinen Wechselwirkungen zwischen zwei oder mehreren Wirtschaftsbereichen. Der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit umfaßt einen Wirtschaftsbereich, der in einen größeren Wirtschaftsbereich eingefügt ist und von diesem gestützt und gefördert wird.*) Zudem ist ein Hauptbestandteil der Außenwirtschaftslehre das Regulativ der Währungsbewegungen;**) Westberlin und Westdeutschland sind aber durch dasselbe gesetzliche Zahlungsmittel verbunden.

---

*) C.G.F. Simkin: Instability of a Dependent Economy, Oxford 1951, Seite 5, weist besonders auf diesen wesentlichen Unterschied hin.

**) H. Rittershausen, Internationale Handels- und Devisenpolitik, 2. erw. Auflage, Frankfurt 1955, S. 8: "Eine Außenhandelstheorie, die die Devisenseite nicht beachtet, ist ... heute nicht mehr vertretbar."

Die Untersuchung basiert hauptsächlich auf dem vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und Statistischen Landesamt Berlin erarbeiteten Zahlenmaterial, insbesondere auf den Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Dieser wurde auch der Rahmen und das Schema für die Darstellung der Leistungsbilanz entnommen. Die Aufgabe der Arbeit wurde nicht darin gesehen, die zur Verfügung stehenden Zahlen einer grundsätzlichen statistischen Kritik zu unterziehen. Korrekturen wurden nur insoweit eingefügt, als tatsächlich weitergehende Unterlagen zur Verfügung standen. Die systemgebundene Problematik der makroökonomischen Berechnungen fand bei der Analyse von Einzelproblemen im Verlauf dieser Arbeit Erwähnung. Doch keineswegs wurde dadurch die Aussagekraft der offiziellen Zahlen beeinträchtigt, da lediglich Zuordnung der Posten und Tendenz der Westberliner Wirtschaftsentwicklung daraus gelesen wurden.

Die Förderungsmaßnahmen in dem Zeitraum seit Beendigung der Blockade waren nur insoweit Gegenstand dieser Untersuchung, als sie von der auswärtigen Hilfe ausgelöst sich in der Westberliner Leistungsbilanz widerspiegeln. Es wurden daher autonome Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, wie das Solidaritätsopfer, der Ausbildungsstock etc. ausgeschlossen.

Die Entwicklung der Wirtschaft in dem beobachteten Zeitraum wurde in Kalenderjahre unterteilt. Tatsächlich boten sich noch andere Möglichkeiten der periodischen Einteilung, z.B. das deutsche Fiskaljahr, das im wesentlichen die Programmierung der auswärtigen Hilfe aus Bundesmitteln bestimmt oder auch das amerikanische Fiskaljahr, das für die Planung der Hilfe aus amerikanischen Quellen von Bedeutung ist. Die Wahl des Kalenderjahres erfolgt unter dem praktischen Gesichtspunkt, daß die statistischen Unterlagen bis zum Jahresende 1956 zur Verfügung standen.

ERSTER HAUPTABSCHNITT

Die Auswärtige Hilfe

§ 1

Bestimmung des Untersuchungsgegenstandes.

Die auswärtige Hilfe soll definiert werden als die Gesamtheit der Maßnahmen, die ihrem Motiv und ihrem Inhalt nach dazu dienen, die Westberliner Wirtschaft zu fördern, und die durch außerhalb Westberlins gelagerte Quellen finanziert werden. Das Begriffsmerkmal der auswärtigen Finanzierung ist von besonderer Bedeutung für die richtige Einordnung wirtschaftspolitischer Akte, die von Westberliner Institutionen angeregt, geplant und gestaltet worden sind, und die - ohne daß das Verdienst der in Westberlin Mitwirkenden als induzierendes Element mißachtet werden soll - doch als Teil der auswärtigen Hilfe zu klassifizieren sind. Der Schwerpunkt der Förderungsmaßnahmen liegt in den nominalen Leistungen, bei denen die "Unterstützung in der generellen Geltungsform der Werteinheit"[1] zur Verfügung gestellt wird.

---

1) Terminologie nach Franz Gutmann, zitiert bei G. Zachau Mengers: Subventionen als Mittel moderner Wirtschaftspolitik, Diss. Jena 1930, Seite 9.

Die Sachleistungen, die während der Blockade in Form von Lebensmitteln und Rohstofflieferungen aus dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet nach Westberlin flossen, haben seither an Bedeutung verloren und bedürfen keiner Hervorhebung.

Sofern die auswärtige Hilfe ausgerichtet ist auf die Forderung der produktiven Leistungen, insbesondere die Versorgung mit Investitions- und/oder Umlaufskapital erleichtern soll, fällt sie in die große Gruppe der Subventionen,[2] d.h. finanziellen oder realen Zuwendungen, die ohne Gegenleistung vom Staat oder staatlichen Institutionen der Einzelwirtschaft oder bestimmten Wirtschaftsbereichen gewährt werden.[3]

Zuwendungen, die direkt in den Konsumbereich fliessen oder zumindest einen konsumbegünstigenden Charakter haben, sind nicht als Subventionen anzusehen.[4]

Von dieser Begriffsbestimmung ausgehend können die Zuwendungen an die Westberliner Wirtschaft in folgende Kategorien eingeteilt werden:

---

2) G. Zachau Mengers, a.a.O., Seite 4.

3) Otto Nathan in Encyclopedia of Social Sciences, edited by Edwin R.A. Seligman, London 1934, Vol. XIV, S. 430, H.E. Freudenberg, Die Subventionen als Kreislaufproblem in Marktwirtschaft und Staatswirtschaft, Tübingen 1934, Seite 21.

4) So auch J. Leugger: Beitrag zum Problem der Subvention. Festgabe für Dr. Hans Schorer, Bern 1947, Seite 137 f.

Übersicht 1

A. Subventionen

I. Direkte Effektivsubventionen

1) Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt
2) Zuwendungen der Sozialversicherungsträger

II. Indirekte Effektivsubventionen

1) In Form von zinsverbilligten Krediten
   a. aus dem Bundeshaushalt
   b. aus dem ERP-Sonderfonds
   c. aus dem Lastenausgleichsfonds
2) Durch Verzicht auf Gewinnausschüttung bzw. Liquidationserlöse bei Beteiligungen oder beteiligungsähnlichen Zuwendungen aus dem ERP-Sonderfonds
3) Steuerpräferenzen (ausschließlich Lohnsteuerpraferenz)

III. Eventualsubventionen

1) Kreditgarantien aus Bundeshaushaltsmitteln
2) Kreditgarantien aus dem ERP-Sonderfonds

B. Konsumbegünstigende Zuwendungen

I. Lohnsteuerpräferenzen
II. Pensionszahlungen
III. Entschädigungszahlungen aus dem Lastenausgleichsfonds.

Die Gruppierung der verschiedenartigen Zuwendungen erfolgte mit dem Zweck, eine Grundlage für die im Folgenden angestellten Untersuchungen der Wirkungen der auswärtigen Hilfe zu schaffen. Daher mußte zunächst das Gruppierungsmerkmal der Quelle, aus der die Zuwendungen fließen, in den Hintergrund gestellt werden, doch die Art der Finanzierung sowie die wirtschaftspolitischen Träger dieser Zuwendungen werden bei der näheren Beschreibung Erwähnung finden.

Zu den Effektivsubventionen, die nach der Terminologie von Zachau-Mengers[5] aus einer direkten Hingabe von liquiden Mitteln bestehen, sind die Zuwendungen aus Mitteln des westdeutschen Bundeshaushalts zu rechnen. Sie bestehen aus direkten Zuwendungen und einem Zuschuß zum Westberliner Landeshaushalt. Die Vergabe erfolgt auf Grund des Berlin-Hilfe-Gesetzes[6], demzufolge die Bundesregierung zur Deckung des Defizits im Westberliner Landeshaushalt verpflichtet ist. Diese Subventionen werden sowohl als allgemeine, nichtgebundene Deckungsmittel als auch als zweckgebundene Mittel zur Verfügung gestellt. Es handelt sich bei den zweckgebundenen Zuwendungen um Beihilfen zur Ermäßigung des Preises von Milch, Kartoffeln und Hausbrand. Diese Hilfsmaßnahmen sind jedoch nur dann als Subventionen zu bezeichnen, wenn die Zuwendung als Transaktion zwischen dem Bundeshaushalt und dem Westberliner Landeshaushalt in den Vordergrund der Betrachtung gerückt wird. Sofern aber der Akzent auf die endgültige und von vornherein gebundene Verwendung der Mittel als Transaktion zwischen dem Landeshaushalt und

---

5) G. Zachau Mengers, a.a.O., Seite 7 f

6) Gesetz vom 5. August 1952, GVBl. Nr. 56, S. 643, BGBl. 1950 S. 41, Gesetz vom 7.März 1950

dem Westberliner Konsumbereich gelegt wird, so kann diese Zuwendung nicht mehr als Subvention angesehen werden[7].

Die Zuwendungen Westdeutscher Sozialversicherungsträger sind gleichfalls der Gruppe der Effektivzuwendungen zuzurechnen. Die Deckung des Westberliner Defizits der Sozialversicherung zwischen Beitragsaufkommen und Versicherungsleistungen erfolgt im Rahmen des finanzwirtschaftlichen Lastenausgleichs[8].

Die indirekten Effektivsubventionen bewirken einen Einnahmeverzicht des Bundes. Zu dieser Gruppe sind die Zinsverbilligungen zu zählen, die sich aus dem Präferenzzinssatz, der den Berliner Unternehmern gewährt wird, und dem jeweils herrschenden Marktzins ergeben. Mit Präferenzzinssätzen sind die Kredite ausgestattet, die aus Haushaltsmitteln des Bundes dem Westberliner Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden und vornehmlich den Bauvorhaben dienen, die im außerordentlichen Budget zusammengefaßt sind.

Die Investitionssubventionen für Bauvorhaben, namentlich im Bereich des Wohnungsbaus, nehmen zweifellos eine Grenzposition in der methodologischen Einordnung ein. Mit dem Hinweis, daß diese Zuwendungen letzthin dem Konsumenten, dem Mieter, in Form von Mietzinsverbilligung zugute kämen, könnte man ihnen den Charakter der Subvention absprechen[9]. In Analogie zu der Behandlung der zweckgebundenen Zuwendungen aus Bundesmitteln, die dem Berliner Landeshaushalt für Milch-, Kartoffel- und Hausbrandverbilligung zur Verfügung gestellt werden, sollen aber auch die

---

7) J. Leugger, a.a.O., Seite 137.

8) F. Bülow, Wörterbuch der Wirtschaft, 2. Auflage, Seite 313.

9) So auch G. Zachau Mengers, a.a.O., Seite 4 f.

Kredite für Bauvorhaben in den Kreis der Subventionen eingeschlossen werden. Denn hier wie bei den oben angeführten Beispielen steht im Vordergrund unserer Betrachtung die primäre Transaktion zwischen Bundeshaushalt und Westberliner Landeshaushalt, die - sofern die sekundären Transaktionen zwischen Westberliner Landeshaushalt und Konsumbereich zunächst aus der Untersuchung ausgeklammert werden - eindeutig als Subventionen bezeichnet werden kann. Zudem sind die Investitionszuwendungen für Bauprojekte in Westberlin keineswegs in erster Linie auf eine konsumbegünstigende (mietzinsverbilligende) Wirkung abgestellt, sondern haben gleichzeitig den wichtigen gesamtwirtschaftlichen Zweck, einen günstigen Beschäftigungseffekt zu erzielen[10].

Gleichfalls zu den indirekten Effektivsubventionen gehören die zinsverbilligten Gegenwert-Kredite. Sie entstammen dem ERP-(European Recovery Program) und dem GARIOA-(Government Relief in Occupied Areas) Fonds und stellen die Erlöse dar für amerikanische Lieferungen von Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Diese Zuwendungen werden häufig als amerikanische Hilfe für Berlin bezeichnet. Diese Bezeichnung erfolgt insofern mit Recht, da der Ursprung der Mittel in sog. Stundungskrediten der Amerikanischen Regierung an die Deutsche Bundesregierung liegt. Auch über die Vergabe der Mittel hat in Zusammenarbeit mit den Deutschen Behörden die ICA-Mission (International Cooperation Administration)[11] zu entscheiden. Diese Kredite dienen dem Zweck, das Wirtschaftspotential in Westberlin zu stärken. Sie werden in Form von Investitionskrediten (mit der primären Ziel-

---

10) d.h., es handelt sich um eine Art von "Förderungssubvention" im Sinne von J. Leugger, a.a.O., S. 148.

11) als Nachfolgerin der ECA (Economic Cooperation Administration), MSA (Mutual Security Agency) und der FOA (Foreign Operation Administration).

setzung der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze) als Betriebsmittel- und Auftragsfinanzierungskredite zur Verfügung gestellt[12].

Eine weitere Form der Mittelvergabe aus dem ERP-Sonderfonds ist die Eigenkapitalfinanzierung und die Gewährung von Krediten, die unter "liberalisierten" Bedingungen zur Verfügung gestellt werden und damit einen beteiligungsähnlichen Charakter[13] tragen. Während die Eigenkapitalfinanzierung durch Ankauf von Aktien, Kommandit- bzw. GmbH.-Anteilen oder durch eine stille Beteiligung erfolgt, werden die "liberalisierten" Kredite mit geringen Banksicherheiten gewährt. In einigen förderungswürdigen Fällen verzichtet die Bundesregierung (bzw. ihre Beauftragten: das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Berliner Industriebank AG) auf regelmäßige Zinszahlungen und stundet die Zinsverbindlichkeiten des Kreditnehmers, bis dessen wirtschaftliche Unternehmung in die Profitsphäre hineingewachsen ist. Auch diese Zuwendungen sind als Effektivsubventionen anzusehen, denn die spezielle Hilfe wird gewährt durch den Verzicht auf laufende Gewinnbeteiligung bzw. auf einen normalen Liquidationserlös, da die "liberalisierten" Kredite im Range der Sicherheit den normalen Baukrediten untergeordnet sind.

Die Steuerermäßigungen als Einkommen- und Umsatzsteuerpräferenzen bewirken eine Einnahmeminderung im Bundeshaushalt und dienen der Förderung von produktiven Leistungen. Sie sind daher als indirekte Effektivsubventionen zu bezeichnen. Allerdings kann

---

12) Der Senator für Kreditwesen, Kreditaktionen in Westberlin, 1952, S. 9 f.

13) E. Schmalenbach, Die Beteiligungsfinanzierung, achte, verbesserte Auflage, Köln 1954,S. 16

die Einordnung der Lohnsteuerpräferenz nicht mit derselben Eindeutigkeit vorgenommen werden. Zwar ist das Motiv der Lohnsteuerermäßigung in dem Bestreben zu sehen, dem Westberliner Arbeitsmarkt Facharbeiter und Führungskräfte zu erhalten und damit das Leistungspotential der Westberliner Wirtschaft zu stärken; aber diese Wirkung wird nur erzielt, indem durch Erhöhung des zu Konsumzwecken zur Verfügung stehenden Einkommens dem Westberliner Standort eine zusätzliche Begünstigung gewährt wird und die Abwanderungstendenzen auf diesem Wege abgeschwächt werden. Auf Grund dieser notwendig "konsumbegünstigenden" Wirkung sollen die Lohnsteuerpräferenzen hier nicht zu den Subventionen gezählt werden.

Kreditgarantien sind nach der Begriffsbestimmung von Zachau Mengers[14] zu den Eventualsubventionen zu zählen. Aus direkten Bundesmitteln und dem ERP-Sonderfonds werden die Garantiebeträge zur Absicherung von Kreditengagements gewährt, bei denen die vorhandenen Vermögenswerte nicht für eine bankübliche Absicherung ausreichen. Sie dienen in erster Linie der Aufnahme von kurzfristigen Geschäftsbankkrediten, die aber durch entsprechende Prolongationen als mittelfristige Umlaufkapitalfinanzierung verwendet werden können. Die zahlenmäßige Erfassung dieser Garantieleistung erfolgt einmalig zu dem Zeitpunkt der Bereitstellung der Kreditsicherungsbeträge; praktisch wäre es auch möglich, die Kreditausfälle laufend als auswärtige Zuwendungen zu verbuchen. Da aber die Ausfälle relativ gering sind und es sich bei den Verwaltungsgebühren um minimale Beträge handelt[15], wurde dem erstgenannten Verfahren der Vorzug gegeben.

---

14) Zachau Mengers, a.a.O., S. 7

15) Bevollmächtigter für das Kreditwesen, Wirtschaftliche Erfolge der Bürgschaften der öffentlichen Hand in Westberlin, Berlin 1954, S. 5.

Die öffentlichen Zuwendungen, die direkt in den Bereich der Haushalte fließen und eine konsumbegünstigende Wirkung haben, sind aus dem Begriff der Subvention auszuklammern[16]. Zu diesen Zuwendungen gehören die Lohnsteuerpräferenzen (als indirekte Zuwendung) und die Pensions- bzw. Rentenzahlungen an ehemalige Beamte und Angestellte des Reiches, des Bundes oder ihrer Institutionen; gleichfalls fallen die laufenden Entschädigungszahlungen des Lastenausgleichsfonds in diese Gruppe.

Die obenstehende Aufzeichnung der Förderungsmaßnahmen umfaßt die Gesamtheit der wirtschaftspolitisch determinierten Zuwendungen für Westberlin. Um aber die Summe der nach Westberlin fließenden Mittel zu erfassen, ist diese Aufzeichnung noch durch die Saldi der privaten Zuwendungen bzw. der Kredite zu erweitern. Private Unterstützungszahlungen sind in ihrem Umfang und ihrer Wirkung empirisch kaum zu erfassen. Es kann jedoch angenommen werden, ohne damit die Höhe und die Regelmäßigkeit dieser Zahlungen zu präjudizieren, daß z.B. auf Grund von früher bestehenden Arbeitsverhältnissen, außerdem für auswärtige Studierende an Westberliner Lehrstätten, für minderbemittelte Verwandte etc. solche Unterstützungen nach Berlin fließen. Eine weitere Art von Zuwendungen ist dem obenstehenden Schema hinzuzufügen: es handelt sich um Zuflüsse (bzw. Passivsaldi) im Rahmen der privatwirtschaftlichen Kreditverflechtungen zwischen Berlin und der übrigen Welt. Da im Verlauf der konjunkturellen Entwicklung sich die Situation ergeben kann, daß die Kreditierung durch die Westberliner Wirtschaft größer ist als die der übrigen Welt und dadurch in diesem Bereich ein Aktivsaldo entsteht, wird die Summe der auswärtigen Förderungs-

---

16) H.E. Freudenberg, a.a.O., S. 21.

maßnahmen u.U. größer sein als die Summe der das Westberliner Geldpotential erhöhenden Geldströme einschließlich der Kreditgewährungen aus auswärtigen Quellen. Um für die spätere Analyse ein brauchbares begriffliches Instrumentarium zu schaffen, sei an dieser Stelle bereits darauf hingewiesen, daß die Summen der Förderungsmaßnahmen in einem bestimmten Zeitraum einschließlich der Passivsaldi der privaten Zuwendungen gleich ist dem Saldo der Westberliner Zahlungsbilanz.

Im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit werden die öffentlichen und privaten Zuwendungen aus auswärtigen Quellen unter dem Aspekt der Leistungsbilanzanalyse betrachtet. Daraus folgt, daß diese Zuwendungen in ihrer vollen Höhe als auswärtige Hilfen in Rechnung gestellt werden. Dieses Verfahren beruht auf der Betrachtungsweise des Instituts für Wirtschaftsforschung, des Statistischen Landesamtes Berlin und der Bundesregierung[17], Auf diese Weise wird die Kontroverse über die Auffassung des eigentlichen Elements der Hilfe, die in den auswärtigen Zuwendungen enthalten ist, umgangen. An dieser Stelle sei kurz skizziert, was die Unterschiede zu unserer Darstellung beinhalten:

In den Zuwendungen aus Bundesmitteln und aus anderen westdeutschen Quellen sind Summen enthalten, bei denen es sich nicht um eine spezifische, auf die Westberliner Wirtschaft abgestellte Hilfe handelt, sondern um Zahlungsvorgänge, die ihren Ursprung in den normalen, vertikalen bzw. horizontalen Beziehungen des fiskalischen Lastenausgleichs haben.

---

17) dargestellt in: die Finanzhilfe für Berlin, eine Denkschrift der Bundesregierung, Bonn 1954.

Bei einer Betrachtungsweise, die sich auf die spezifischen Hilfsmaßnahmen i. e. S. beschränkt, müßten die Zuwendungen, die theoretisch in voller Höhe, praktisch entsprechend den wirtschaftlichen Erfordernissen anderen Bundesländern in gleicher Weise wie Berlin zur Verfügung stehen, von der Gesamtsumme der Zuwendungen abgezogen werden[18]. In Analogie müßte auch bei den Kreditgewährungen und Garantien aus auswärtigen Quellen eine Berichtigung erfolgen:
"bei ihnen ist der eigentliche Subventionsbetrag nicht der (gesamte, der Verfasser) Kredit- oder Garantiebetrag als solcher, sondern nur der Zinsausfall als solcher und die etwa in Anspruch genommene Garantie nebst den etwa notleidend gewordenen Kreditbeträgen."[19] Ohne daß die Berechtigung einer solchen Betrachtungsweise in Frage gestellt werden soll, wird für den Zweck dieser Arbeit jedoch die umfassendere Begriffsbestimmung gewählt; im Folgenden sollen nunmehr die auswärtigen Zuwendungen in ihrer Gesamtheit ohne Rücksicht auf das ihnen innewohnende spezifische "Hilfs"-element als a u s w ä r t i g e H i l f e bezeichnet werden.

---

18) Diese Auffassung legte der Berliner Senat dar in einer Erwiderung auf die Denkschrift der Bundesregierung über die "Finanzhilfe für Berlin", vgl. Mitteilungen Nr. 84 des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, I. Wahlperiode, S.39.

19) G. Zachau Mengers, a.a.O., S. 7; vgl. auch H.E. Freudenberg, a.a.O., S. 148.

§ 2

Ausgangsdaten der Wirtschaftsplanung

Die auswärtige Hilfe soll nun in ihren Anfängen untersucht werden, und zwar im Hinblick auf die Fragen: wie wurden die Förderungsmaßnahmen im einzelnen gestaltet, wie sahen die Möglichkeiten und Grenzen der auswärtigen Hilfe aus?

Diese Fragestellung bezieht sich zunächst auf die Datenkonstellation, die bei der Beendigung der Blockade gegeben war, und die die Ausgangsbasis der langfristigen Planung bildete. Es besteht aber kein Zweifel, daß die Entwicklung der Westberliner Wirtschaft im Verlauf der Jahre immer wieder neue Aspekte geboten hat, die zahlreiche Modifikationen der wirtschaftspolitischen Förderungsmaßnahmen erforderlich machten oder auch zur teilweisen Neuorientierung der Pläne führten. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich, die Plandaten in ihrer zeitlichen Aufeinanderfolge zu untersuchen.

Durch Kriegseinwirkung und Demontageschäden wurde die industrielle Vorkriegskapazität zu etwa 80 v. H. zerstört[1]. Die Verluste waren von unterschiedlichem Ausmaß in den einzelnen Industriezweigen:

---

1) Richardson Wood: Vorschläge zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Westberlins, Berlin 1952, Seite 2.

Übersicht 2

Verluste durch Kriegsschäden und Demontagen:

NE-Metallindustrie (Westberlin)	90 v. H.
Fahrzeugbau	70 v. H.
Feinmechanik, Optik	80 v. H.
Pharmazeutische Industrie	50 - 60 v. H.
Kunststoff, Kautschuk	fast 100 v. H.
Druckgewerbe	75 v. H.
Papierverarbeitung	60 v. H.

(K.C. Thalheim, Berlin - Herausforderung und Antwort einer Großstadt in: "Unzerstörbare Stadt", Seite 24).

Der verfügbare Wohnraum war zu etwa einem Drittel zerstört[2]. Die Beschäftigungsentwicklung bzw. Arbeitslosenzahl spiegelte nur unvollkommen die tiefgreifenden Veränderungen der Wirtschaftsstruktur wider. In dieser ersten Phase, d.h. vom Ende des Krieges bis zur Spaltung der Stadt im Jahre 1948, hatte die Arbeitslosigkeit noch kein erhebliches Ausmaß erreicht: z.B. Mitte 1947 wurden in Berlin 164.000 Arbeitslose registriert bei einer Gesamtbevölkerung von 3,2 Millionen, von denen etwa 1,6 Millionen erwerbstätig waren[3].

Nach der wirtschaftlichen und politischen Spaltung der Stadt im Jahre 1948, der Einführung der Deutschen Mark der Bank deutscher Länder als einziges legales Zahlungsmittel und der Beendigung der Blockade im Frühjahr 1949 traten die Kriegsschäden und das struk-

---

2) Deutsch-amerikanische Zusammenarbeit in Westberlin, herausg. von der US-Mission, Berlin 1956, Seite 4.

3) "Berlins Wirtschaft im Übergang", herausg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1947, Seite 11.

turelle Ungleichgewicht der Westberliner Wirtschaft jedoch klar zutage. Die Aufbauleistungen und die auswärtige Hilfe hatten in der ersten Periode der Nachkriegsentwicklung erst begonnen und trugen auch dort, wo sie über den Rahmen des reinen Notbehelfs hinausgingen, den Charakter des "Provisoriums"[4].

Es galt also, nach Beendigung der Blockade im Mai 1949 neue Ansatzpunkte für eine systematische Förderung der Westberliner Wirtschaft zu finden, die Planziele zu fixieren und damit die Art und den Umfang der Hilfsmaßnahmen zu bestimmen.

Die Aufgabe, die nun zu lösen war, lag in der Überwindung der strukturellen Schäden, die nicht nur durch den Verlust der Hauptstadteigenschaften entstanden waren, sondern auch durch den Verlust der Stellung als Zentrum der Bank- und Versicherungswirtschaft, der Behörden, des Großhandels und der Wirtschaftsverbände, also der Verlust von Funktionen, für die vordem etwa die Hälfte der Vorkriegsbevölkerung beschäftigt war[5]. Die Spaltung der Stadt und die sowjetrussische bzw. ostzonale Kontrolle der Transportwege nach Westdeutschland, mit dem sie durch eine einheitliche Währung verbunden war, hatte für den Berliner Wirtschaftsraum eine Grenz- oder sogar Inselposition geschaffen mit der Folge der "Grenzzerreißungsschäden"[6], die eine Neuorientierung der Absatzwege und Erschließung neuer Bezugsquellen in gewissem Umfang erforderte. Um das Ausmaß der Schäden, die durch die faktische "Grenzverlegung" in politischem Sinne entstanden, in ihrem wirtschaftlichen Gewicht zu erfassen, erscheint es unerläßlich, die Vorkriegsstruktur

---

4) "Berlins Wirtschaft im Übergang", S. 23
Richardson Wood, a.a.O., I, S. 3

5) Richardson Wood, a.a.O., I, S. 4
R. Meimberg, Die Wirtschaft Westberlins, Berlin 1950, S. 36

6) A. Lösch: Eine Untersuchung über Standort, Wirtschaftsgebiete und internationalen Handel, Jena 1940, S. 293.

der Berliner Wirtschaft - bezüglich Bezugsquellen und Absatzwege - zu betrachten.

In einer Spezialuntersuchung[7] wird auf die irrtümliche Gleichsetzung des geographischen mit dem wirtschaftlichen Hinterland hingewiesen, die in vielen Fällen zu einer vergröberten und übertriebenen Vorstellung von dem Ausmaß der "Grenzzerreissungsschäden" geführt haben mochte[8]. Zur Erläuterung der Tatsache, daß die Wirtschaftsbeziehungen Berlins keineswegs auf das "geographische Hinterland" ehemals beschränkt waren, werden die möglichen Beziehungen einer Weltstadt mit der übrigen Welt in folgende Kategorien unterteilt[9]:

"In jeder größeren Industriestadt kann man nach ihrer standortmäßigen Bedingtheit drei verschiedene Gruppen der Industrie unterscheiden:

1. die für den örtlichen Bedarf arbeitende Industrie (typisch: große Teile der Lebensmittel- und Baustoffindustrie),
2. die für den Bedarf des engeren geographischen Hinterlandes arbeitende Industrie (die unter 1. und 2. genannten Industrien können unter der Bezeichnung 'nahbedarfstätige Industrie' zusammengefaßt werden),
3. die fernbedarfstätige Industrie (wobei weiter zwischen der Produktion vorwiegend für den Binnenmarkt und der Produktion vorwiegend für den Export unterschieden werden kann)."

Die fernbedarfstätige Industrie mit einem hohen Wertschöpfungsanteil ihrer arbeitsintensiven Fertigung jedoch gab, nach der Meinung des Autors, gerade der Wirtschaft Berlin ihr Gepräge. Die Aufgabe der Berliner Industrie bestand also seit Beendigung der Blok-

---

7) K.C. Thalheim: die Absatzgebiete der Berliner Industrie, herausg. von der Berliner Zentralbank, Volkswirtschaftliche Abteilung, Februar 1951.

8) ebenda, S. 6.

9) ebenda, S. 6.

kade darin, die traditionellen Absatzgebiete in Westdeutschland und dem Ausland wiederzuerlangen, d.h. Absatzgebiete des sehr viel weiteren "wirtschaftlichen Hinterlandes".

Die Abhängigkeit des Handels jedoch vom "geographischen Hinterland" ist zweifellos größer als die der Industrie[10], die hauptsächlich Gegenstand der Studie bildet. Aber selbst die Lebensmittelversorgung der Weltstadt Berlins erfolgte wohl nicht allein aus dem "geographischen Hinterland", wenn auch die Verflechtungen hier enger waren, als bei den Absatzwegen[11].

Boten sich auf Grund der oben genannten Daten genügend neue Anknüpfungspunkte für die Wirtschaftsplanung, so ergaben sich doch durch die Isolierung der Stadt zahlreiche neue Probleme, für deren Lösung gänzlich neue Wege beschritten werden mußten: die Isolierung der Stadt hatte zu einer Abtrennung Westberlins von den Zentren seiner ehemaligen Energieversorgung geführt. Die Schließung der Banken und Blockierung der Guthaben, die durch den russischen Kommandanten 1945 verfügt wurden und im Mai 1949 noch nicht aufgehoben waren, hatten der Geldversorgung Berlins im allgemeinen und der Versorgung der Wirtschaft mit Betriebskapital im besonderen ein großes institutionelles Hindernis in den Weg gestellt. Zudem hatte die Blockade eine besondere Zurückhaltung der westdeutschen Unternehmer hervorgerufen, Aufträge nach Berlin zu vergeben. Wie schwerwiegend die Auswirkung dieser Tatsache für die gesamte Wirtschaft sein mußte, läßt sich ermessen an der Schätzung[12], daß in dem Vorkriegsberlin etwa ein Viertel der Erwerbstätigen beschäftigt war, um Güter

---

10) K.C. Thalheim in "Unzerstörbare Stadt", Seite 18.

11) K.C. Thalheim, a.a.O., Seite 17.

12) "Berlins Wirtschaft im Übergang", Seite 6.

und Dienste zu erstellen, die außerhalb Berlins konsumiert wurden und den Gegenwert darstellten für die Bezüge an Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Halbfertigwaren.

Das Niveau der Wirtschaftstätigkeit spiegelte deutlich das Ausmaß der Behinderungen wider: der Produktionsindex war auf den Stand von 20 v. H. des Niveaus von 1936 herabgesunken[13], und die Arbeitslosigkeit in Westberlin betrug 177.900 bei Beendigung der Blockade[14], zu einem Zeitpunkt, als der Westdeutsche Produktionsindex sich zu 90 v. H. dem Vorkriegsstand bereits genähert hatte. Die Stagnation der Wirtschaftstätigkeit veranlaßte zahlreiche Westberliner Unternehmungen, ihre Geschäftstätigkeit nach Westdeutschland zu verlegen. Dem Zug nach Westdeutschland folgten eine große Anzahl von jüngeren Führungskräften und Facharbeitern[15]. Wenn die Abwanderung zunächst den Westberliner Arbeitsmarkt zu entlasten schien, so stand dieser temporären Wirkung doch der Nachteil der schwerwiegenden Beeinträchtigung des Wirtschaftspotentials und der Aussichten eines erfolgreichen Wiederaufbaus gegenüber.

---

13) Richardson Wood, a.a.O. I, S. 5.

14) R. Meimberg: die Wirtschaft Westberlins, Schriftenreihe, herausg. von der Berliner Zentralbank, S. 27.

15) Richardson Wood, a.a.O, I, S. 5.

§ 3

Die Gestaltung der Auswärtigen Hilfe

a) Planziele

Die Planziele der Förderungsmaßnahmen - in allgemeiner Formulierung - bestanden darin:

1. Die Arbeitslosigkeit auf ein wirtschaftlich und sozial erträgliches Maß zurückzuführen und
2. Die Leistungsfähigkeit der Berliner Wirtschaft in einem Umfang zu erhöhen, der die Lebensfähigkeit, die "Viability", des Wirtschaftsraumes zu sichern vermochte.

Die Berlin-Enquête[1] fordert zur Verwirklichung des erwünschten Beschäftigungsniveaus die Schaffung von 150.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Industrie und 50.000 zusätzliche Arbeitsplätze im nichtindustriellen Bereich der Wirtschaft. Dieses Ziel sollte bis etwa Ende 1954 erreicht werden.

Die Berechnung des Enquête-Planziels erfolgte auf der Basis der tatsächlichen Beschäftigung im Jahre 1950[2].

Da die Erhöhung der Beschäftigung infolge des Zustroms von Flüchtlingen und des Grenzgängerverkehrs nicht in direkt umgekehrter Proportion zur Reduktion der Arbeitslosigkeit steht, ist es nicht möglich, die Zahl der zu schaffenden Arbeitsplätze auf das Ausgangsdatum vom Mai 1949 umzurechnen. Es ist daher zweckmäßig, hier den angestrebten Stand der Arbeitslosigkeit (statt

---

1) Bedingungen und Möglichkeiten für den Ausbau der Wirtschaft Westberlins in den kommenden Jahren, Enquête-Bericht, Januar 1951, Seite 7.

2) Stichdaten: Juni u. Oktober 1950, vgl. Enquête-Bericht, Seite 30.

Erhöhung der Beschäftigung) als Planziel in den Vordergrund zu stellen:

Nach den Enquete-Berechnungen[3] würden bei der Erreichung des Planziels noch mehr als 100.000 Menschen oder 10 v. H. der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeitslos sein. Theoretisch waren zur Erreichung dieses Planzieles mehrere Wege gangbar. Da der Verlust der Hauptstadteigenschaft und der Verlust der Eigenschaft Berlins als ein Verwaltungszentrum eine große Zahl von Verwaltungsangestellten und Bürokräften freisetzten, hätte eine Steuererleichterung und Lohnsubvention hier eine schnelle und optisch wirksame Erleichterung schaffen können. Wesentlich an dieser Lösung wäre jedoch, daß sie eine Hilfe von gleichem Ausmaß auf unbestimmte Dauer voraussetzte, ohne daß die Berliner Wirtschaft in die Lage versetzt worden wäre, Kapazitäten für Dauerarbeitsplätze zu schaffen[4].

Die beschäftigungspolitischen Maßnahmen waren notwendigerweise auszurichten an dem zweiten Planziel, nämlich der Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit; nur die Koordinierung dieser beiden Planziele versprach eine Aussicht darauf, die Wirtschaft zu normalisieren und das strukturelle Ungleichgewicht auf einer neuen Basis sich auspendeln zu lassen.

"Gesteigerter Absatz von Industrieerzeugnissen außerhalb Berlins selbst ist aber unter den jetzigen Voraussetzungen der einzige wirklich bedeutungsvolle Weg, auf dem Westberlin auf Grund eigener Leistung zu wirt-

---

3) Enquete-Bericht, Seite 7.

4) Vgl. auch R. Meimberg, "Wirtschaftliche Entwicklung in Westberlin", 2. Auflage 1952, Seite 15.

schaftlicher Gesundung zu kommen vermag".[5] Im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Stützungsaktionen stand also die Förderung der Westberliner Industrie, d.h., der Ausbau von Kapazitäten, die geeignet waren, dauernde Beschäftigung zu gewährleisten. Der Ausbau der Industrie sollte in zwei Stufen erfolgen: zunächst war es die Aufgabe des Wiederaufbaus im traditionellen Rahmen, d.h., die Industriezweige, die von jeher die industrielle Struktur der Westberliner Wirtschaft bestimmten, sollten wiederhergestellt werden[6]. Bei der zweiten Phase des Industrieausbaus handelt es sich darum, "in der industriellen Beschäftigungslage eine stoßartige Expansion der industriellen Beschäftigung herbeizuführen, die über die für das Vorkriegs-Berlin typischen Ausmaße und Beschäftigungsbereiche weit hinausgehen sollten".[7]

Die erste Phase des industriellen Wiederaufbaus, die in ihrer volkswirtschaftlichen Gesamtwirkung in dem Long-Term-Plan des bereits erwähnten Enquete-Berichtes dargestellt wurde, warf die Frage auf, in welchem Maße die Verwirklichung der Planziele und die damit angestrebte Erhöhung des Berliner Marktanteils innerhalb des deutschen Wirtschaftsgefüges mit den Belangen der westdeutschen Produzenten kollidieren würde.

Auf der Grundlage eines Produktionswertes der Westberliner Industrie von etwa 2 v. H. des Produktionswertes der westdeutschen Industrie zur Zeit der Aufstellung des Planes, d.h. 1950, würde bei Erreichung des Planzieles, d.h. bei einer Verdreifachung des Berliner Produktionswertes und einer etwa 50-prozentigen Steigerung des westdeutschen Produktionswertes

---

5) K.C. Thalheim, Absatzgebiete usw., Seite 15.

6) R. Meimberg: Wirtschaftliche Entwicklung in Westberlin usw., Seite 15.

7) Richardson Wood, a.a.O. I, Seite 9.

der Anteil Westberlins etwa 4 v. H. erreichen[8]. In diesem Zusammenhang weist der Enquetebericht darauf hin, daß selbst am Ende dieser beachtlichen Entwicklung der Westberliner Marktanteil des Jahres 1936 von 7,5 v. H. noch keineswegs erreicht sein würde. Für die gesamte wirtschaftliche Auswirkung des Long-Term-Planes wurden folgende Plandaten berechnet:

Der Plan sah für die Einfuhr eine Steigerung von jährlich rund 2 Mrd. DM auf 3,5 Mrd. DM vor, während die Ausführ sich von 0,9 Mrd. DM auf 3,1 erhöhen sollte, so daß der Bedarf an Subventionen und Krediten per Saldo sich auf 0,35 Mrd. DM jährlich reduziert[9].

"Einfuhr" und "Ausfuhr" in Mio DM

	3.Viertelj.1950 x 4	Planziel
Bezüge insgesamt	2.381	3.450
Lieferungen insg.	1.281	3.100
Einfuhrüberschuß	1.100	350

(Quelle: Enquete-Bericht S. 37)

Im Zusammenhang der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sollten sich folgende Größenordnungen ergeben:

---

8) Enquete-Bericht Seite 8

9) R. Krengel, "Westberliner Wirtschaft 1949 - 1951", Seite 50.

Übersicht 3

Schätzung in Mio. DM

	3.Vierteljahr 1950 x 4	Planziel
A. Entstehung des Sozialproduktes:		
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	3.212	4.935
indirekte Steuern	528	720
./. Subventionen	---	---
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	3.740	5.655
Abschreibungen	400	450
Bruttosozialprodukt	4.140	6.105
"Einfuhr"	2.381	3.450
Gesamtbetrag der verfügbaren Güter und Dienste	6.521	9.550
B. Verwendung des Sozialproduktes:		
privater Verbrauch	3.280	4.100
öffentlicher Verbrauch	882	800
öffentliche Nettoinvestitionen	119	110
private Anlageinvestitionen	776	1.300
Lagerbildung	183	145
Gesamtbetrag der in Westberlin verfügbaren Güter und Dienste	5.240	6.455
"Ausfuhr"	1.281	3.100
Gesamtbetrag der verfügbaren Güter und Dienste	6.521	9.550

(Quelle: Enquete-Bericht, Seite 42)

b) Die Finanzierung des Enquête-Programmes:

Zur Schaffung der 150.000 zusätzlichen Arbeitsplätze in der Industrie errechnet der Enquête-Bericht einen Bedarf an Investitionskapital von ca. 900 Millionen DM. Die Berechnung ging von der Annahme aus, daß zur Zeit der Planaufstellung die Kapazitäten in zahlreichen Industriezweigen nur unvollkommen genutzt waren, so daß ein Teil der Arbeitsplatze geschaffen werden konnte ohne zusätzliche Investitionsmittel. Auf der anderen Seite wurde aber in Rechnung gestellt, daß die Berliner Industrie zum Teil mit überalterten Anlagen arbeitete, so daß Rationalisierungsinvestitionen durchgeführt werden mußten, ohne daß durch die dazu eingesetzten Investitionsmittel ein nur annähernd vergleichbarer zusätzlicher Beschäftigungseffekt zu erzielen war[10]. Für den nichtindustriellen Sektor der Wirtschaft wurde ein Finanzbedarf von ca. 175 Millionen DM errechnet.

Der Enquête-Bericht nimmt an, daß der gesamte Finanzbedarf von DM 1,075 Milliarden nicht aus den Erträgen der Berliner Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden kann. Die Eigenfinanzierung der Betriebe wird jedoch als ausreichend angesehen, den Nachholbedarf (ohne gewerbliche Bauinvestitionen), die laufenden Ersatzinvestitionen sowie die Aufstockung der Lagerbestände in dem betriebsbedingt notwendigen Maß zu decken. Die Fremdfinanzierung aus Berliner Quellen (d.h. Geldkapitalbildung bei Banken und Versicherungen) wird auf 100 Mio. DM für die Planperiode geschätzt. Bei der Berechnung der benötigten Mittel ist der Betriebsmittelbedarf nicht einbezogen.

---

10) Enquête-Bericht, Seite 12

Auf Grund der genannten Daten kommt der Enqueteberichte zu dem Resultat, daß durch auswärtige Hilfe für die Planperiode ein Betrag von 900 bis 1.000 Millionen DM erforderlich ist[11].

---

11) Enqueteberichte, Seite 12.

§ 4

Die Bestimmung des wirtschafts-politischen Instrumentariums.

a) Wirtschaftspolitik zwischen Ost und West

Mit der Feststellung der ökonomischen Aufgaben, deren Erfüllung für die Erholung Westberlins als unerläßlich anzusehen waren, wurde der Wirtschaftspolitik in Berlin für die kommenden Jahre der Rahmen und das Fernziel gesetzt. Nach der Begriffsbestimmung von Oskar Morgenstern[1] war damit der Rahmen bestimmt für die "Gesamtheit aller Handlungen und Maßnahmen, die zum Ziele haben, über den wirtschaftlichen Interessenbereich des Handelnden hinaus oder vom letzteren ganz unabhängig einer beliebig großen Gruppe von Wirtschaftern oder Unternehmern Vorteile (selben Nachteile) zu bringen, bei welchen Handlungen der Beweggrund vornehmlich in dieser Gemeinschaftswirkung liegt." - Innerhalb dieses wirtschaftspolitischen Rahmens waren nun die Mittel zu wählen, die geeignet waren, die gestellten Aufgaben zu lösen. Diese Auswahl hat im allgemeinen nach zwei Gesichtspunkten zu erfolgen:

1. Die wirtschaftspolitischen Mittel müssen der Wirtschaftsordnung entsprechen,
2. Die spezifischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen müssen in einer "sachlichen Interdependenz" zueinander stehen[2].

---

1) O. Morgenstern, "Die Grenzen der Wirtschaftspolitik, Beiträge zur Konjunkturforschung", herausgegeben vom Österreichischen Institut für Konjunkturforschung, Nr. 5, Wien 1934, Seite 1.

2) vgl. O. Morgenstern, a.a.O., Seite 47.

Nach den von W. Eucken geprägten Prinzipien der Wirtschaftsordnung[3] muß jede wirtschaftspolitische Maßnahme der gesamten Wirtschaftsordnung, in welcher der Wirtschaftsprozeß abläuft, entsprechen und kann nur dann als sinnvoll bezeichnet werden. Die Ordnungsfragen werden jedoch nicht nur in der "ökonomischen Interdependenz" gesehen, sondern auch in der Verbindung mit allen anderen Lebensordnungen[4].

In dem Wirtschaftsraum Westberlins politischer Genesis ist daher auch die Frage gestellt worden, ob eine Anlehnung an die Wirtschaft Mitteldeutschlands und wirtschaftspolitische Maßnahmen der dort herrschenden Wirtschaftsordnung eine größere Effizienz der Wirtschaftspolitik, d.h. eine schnellere und wirksamere Überwindung der Probleme der Inselstadt Berlins versprächen[5].

Da - wie bereits oben festgestellt wurde - die Bedeutung Westdeutschlands für das Vorkriegs (West)-Berlin als Handelspartner von größerer Bedeutung als das heutige Mitteldeutschland einschließlich Ostberlin gewesen ist und zudem sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Mitteldeutschlands unschwer erkennen ließen, schien eine Orientierung der Wirtschaftspolitik Westberlins auf das mitteldeutsche Wirtschaftssystem keinen Vorteil zu versprechen. Ohne die schwerwiegenden Folgen politischer Art in Rechnung zu stellen, (die der Aufgabe dieser Arbeit gemäß aus dem Bereich der Betrachtung ausgeschlossen wurden) konnte in Westberlin allein auf Grund von ökonomischen Erwägungen der Schluß gezogen werden, daß eine Anpassung an östliche Wirtschaftsmethoden der Westberliner Wirtschaft nur

---

3) W. Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bonn und Tübingen 1952, Seite 9.

4) W. Eucken, a.a.O., Seite 14.

5) vgl. R. Meimberg, Wirtschaft u. Währung Westberlins zwischen Ost und West, Schriftenreihe der Berliner Zentralbank, Nr. 1, Berlin 1950.

zum Nachteil gereichen würde: die Unternehmerinitiative, von der Erfolg der Förderungsmaßnahmen und Stabilität des erstrebten Zustandes abhängig waren, würde in einem unzumutbaren Maße eingeschränkt. Die Sozialstruktur würde verzerrt, so daß die Ziele der Westberliner Wirtschaftspolitik, die zu einem großen Teil an die Vorkriegsdaten anknüpfen, nicht realisierbar wären[6]. Selbst eine wirtschafts- und währungspolitische Mittellage Westberlins war mit Hinsicht auf die Unterschiede im Lebensstandard strikt abzulehnen[7].

Die Erkenntnis, daß die Aufbauleistung in Westberlin nur zu vollbringen war mit umfangreicher auswärtiger Hilfe, erforderte eindeutig, daß Westberlin in das Wirtschaftssystem Westdeutschlands eingelagert und mit diesem durch feste Verbindungen verknüpft werden mußte. Grundlegend für die Neuorientierung der Westberliner Wirtschaftspolitik konnte festgestellt werden:

"Es hat sich gezeigt, daß die Argumente, die gegen eine enge wirtschaftliche Zugehörigkeit Westberlins zu Westdeutschland angeführt zu werden pflegen, nicht stichhaltig sind. Es gibt nicht, wie zuweilen behauptet worden ist, einen Widerspruch zwischen dem Wunsch der Westberliner nach politischer Zugehörigkeit zum Westen und ihrem Verlangen nach wirtschaftlich befriedigenden Verhältnissen, insbesondere nach ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten. ... Für die Zeit der Trennung von Ost und West ist Westberlin am besten dadurch geholfen, daß es auch wirtschaftlich dem Westen angehört"[8].

---

6) R. Meimberg: "Wirtschaft und Währung usw.", Seite 25.

7) Ebenda, Seite 27.

8) Ebenda, Seite 50.

Die Einbeziehung Westberlins in das Wirtschaftssystem[9] Westdeutschlands hatte in Anerkenntnis der Tatsache zu erfolgen, daß die wirtschaftspolitischen Mittel, derer die Wirtschaft Westberlins zur Lösung ihrer Aufgaben bedurfte, zwar nicht im Wesen und in der Ausrichtung, so doch in der Behandlung von Spezialproblemen von der Westdeutschen Wirtschaft zeitweilig abweichen mußten. Westdeutschland wie Westberlin waren als eine wirtschaftliche Einheit, d.h. als Teile einer "sozialen Marktwirtschaft" anzusehen, und diese bestimmte das Instrumentarium der wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Welches der einzelnen Instrumente zu wählen war, konnte jedoch allein nach dem Prinzip einer problemgerechten und undogmatischen Mittelwahl entschieden werden. Die unterschiedlichen Probleme, die in Westberlin und Westdeutschland im Jahre 1949 der Lösung harrten, lassen sich wohl am eindrucksvollsten illustrieren durch die Kriegszerstörungen und Demontageverluste auf dem industriellen Sektor, die - gemessen an dem Vorkriegspotential in Westberlin - etwa 80 v. H., in Westdeutschland nur etwa 20 v.H. ausmachten. Im Jahre 1949 verfügte Westdeutschland über einen im wesentlichen intakten Bankenapparat, während in Westberlin die Geschäftsbanken noch der Ruhensanordnung der Alliierten Kommandantura unterworfen waren. Die Unterschiede in der industriellen Leistung wurden bereits erwähnt.

---

9) Der Begriff "Wirtschafts s y s t e m " ist hier in klarer Abgrenzung von dem Begriff "Wirtschafts- v e r f a s s u n g " als wirtschaftsrechtliche Kategorie zu verstehen. Vgl. hierzu T. Pütz, Theorie der allgemeinen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung, Wien 1948, Seite 24. Die rechtliche Einbeziehung Westberlins erfolgte erst Schritt für Schritt im Verlauf der Jahre. Ein entscheidendes Stadium der Einbeziehung Westberlins in die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik wurde erst im Sommer 1952 erreicht durch Erlaß des "Dritten Überleitungsgesetzes, Gesetz über Einbeziehung Westberlins in die Wirtschaft der Bundesrepublik" vom 12. 6. 1952, Ges. u. VOBl. Nr. 42, S. 393.

Um die notwendige Abweichung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Westberlin von denen, die in Westdeutschland für erforderlich erachtet wurden, in ihrem Wesen zu erfassen, bedarf es der Feststellung, daß theoretisch eine Trennungslinie zu ziehen ist zwischen wirtschaftspolitischen Abweichungen in einem Teilgebiet eines Wirtschaftsraumes, die als dauernde Einrichtungen geplant sind, und solchen Abweichungen, die ihrer Natur nach lediglich als Hilfe für die Dauer eines Notstandes geplant sind mit dem Ziel der wachsenden Anpassung an das übergeordnete Wirtschaftssystem pari passu mit der zunehmenden Gesundung der Wirtschaft des Teilgebietes. Da die besonderen Hilfsmaßnahmen für Westberlin gefordert und gewährt wurden mit dem Ziele, die Westberliner Wirtschaft auf ein optimales Leistungsniveau zu bringen und die Sondermaßnahmen ihrem Wesen nach überflüssig werden, sobald die Unterschiede des Wirtschaftsniveaus gegenüber Westdeutschland auf ein normales Maß reduziert sind, ist in einer wirtschaftspolitischen Sonderstellung keine dem deutschen Wirtschaftssystem widersprechende Abweichung zu sehen.

In dem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft[10] wird die Berechtigung einer solchen regionalen Abweichung festgestellt und die Zweckmäßigkeit von partiellen Förderungsmaßnahmen anerkannt, sofern diese als Bestandteil der gesamten Wirtschaftspolitik angesehen werden können und in absehbarer Zeit das Teilgebiet sich "aus eigener Kraft bei nicht mehr sinkendem oder ansteigendem Niveau der Realeinkommen zu erhalten vermag"[11].

---

10) Möglichkeiten und Grenzen regionaler Wirtschaftspolitik, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 1955, Nr. 59, Seiten 481 ff.

11) ebenda, Seite 481.

b) Die Interdependenz der wirtschaftspolitischen Einzelakte:

Waren durch die Ziele der Westberliner Wirtschaftspolitik, wie sie in dem Enquete-Bericht festgelegt worden sind, und durch die Erkenntnis der notwendigen Orientierung der Westberliner Wirtschaftspolitik an das Westdeutsche Wirtschaftssystem, nunmehr die wesentlichen Voraussetzungen für die Auswahl der einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegeben, so bedurfte die spezifische und detaillierte Mittelwahl noch einer weiteren wichtigen Überlegung. Die einzelnen wirtschaftspolitischen Akte mußten so zu wählen sein, daß sie in einer sachlichen Interdependenz zueinander standen. Die neueren Untersuchungen über die Wirtschaftspolitik haben in zunehmendem Maße die Einheit der Wirtschaftspolitik, die Abstimmung der einzelnen Maßnahmen aufeinander in den Vordergrund ihrer Betrachtung gestellt.

"It has taken a considerably long time before even economists looked at economic policy as a coherent entity. In most textbooks on economics or economic policy separate components such as trade policy, agricultural policy, credit policy, wage policy are considered without much attention to their interdependence and the targets and instruments of each of these components are often considered in isolation, this general coherence being neglected.

Yet this interdependence is a reality and therefore the unit to be considered is the totality of all measures in execution at a given moment or proposed to be taken simultaneously. - This shall we call a system of economic policy or an economic policy"[12].

---

12) J. Tinbergen, On the Theory of Economic Policy, Contribution to Economic Analysis, Amsterdam 1952, S. 68; vgl. hierzu auch Theodor Pütz, a.a.O., S. 9; H. J. Seraphim, Theorie der allg. Volkswirtschaftspolitik, Göttingen 1955, S. 264; O. Morgenstern, a.a.O., S. 47 ff.

Die Abstimmung der einzelnen wirtschaftspolitischen Akte konnte am zweckmäßigsten in der Weise geschehen, daß man die der Marktwirtschaft eigenen Instrumente in einer möglichst breiten Streuung ansetzte, d.h. die Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Kreditpolitik, Preispolitik, Absatzpolitik und Budgetpolitik wirksam werden ließ. Hierbei sind die Förderungsmaßnahmen grundsätzlich nach ihrem Ansatzpunkt zu unterscheiden[13]:

1. Beeinflussung der Haushalte als Dispositionszentren der Einkommensverwendung (Konsum und privates Sparen) und für die Zurverfügungstellung der Produktionselemente (Arbeitskraft, Boden und Kapital) an die Betriebe. Die Einkommensverwendung der Haushalte bestimmt zugleich das Ausmaß der Selbstfinanzierung der Unternehmungen.
2. Beeinflussung der Betriebe als Dispositionszentren für die Kombination der Produktionselemente und für den Einkommenserwerb durch Absatz der Produkte an die Konsumenten.
3. Gleichzeitige Beeinflussung von Haushalten und Betrieben.

Die institutionellen Träger der Förderungsmaßnahmen waren die Bundesregierung, der Berliner Senat und die Amerikanische Mission[14]. Es handelte sich also um öffentliche Institutionen, die jedoch nicht als "ein von außen an das System ökonomischer Vorgänge herangetragener, ihm wesensmäßig fremd gegenüberstehender Akteur"[15] anzusehen sind, sondern als ein Bestandteil des ökonomischen Systems, da sie sich konformer Mittel bedienen.

Die Beteiligung von öffentlichen Institutionen an den Hilfsmaßnahmen für die Westberliner Wirtschaft darf

---

13) Theodor Pütz, a.a.O., Seite 194.

14) High Commission for Germany, seit Mai 1955 American Embassy.

15) H.J. Seraphim, a.a.O., Seite 50

jedoch nicht zu der Annahme verleiten, daß der Wirtschaftspolitik im Westberliner Inselraum von vorn herein das Element der Planwirtschaft anhaftete[16]. Denn selbst dort, wo die gezielten Förderungsmaßnahmen temporär abwichen von dem Gesamtsystem der sozialen Marktwirtschaft, bedienten sich die öffentlichen Institutionen marktkonformer Instrumente[17]. Selbst Teilkontrollen des Wirtschaftsablaufes waren in dem Instrumentarium der Westberliner Wirtschaftspolitik nicht zu finden. Denn mit der Ablehnung einer systemwidrigen Gesamtkontrolle und -Lenkung mußten auch Teilkontrollen vermieden werden, denn letztere werden ihrer Tendenz nach pro rata temporis zwangsläufig zu einer Gesamtkontrolle des Wirtschaftsprozesses führen.

"Direct controls because by their nature they involve the total or partial substitution of government decisions for the different decisions which the market would make if the direct controls did not stand in the way, are inherently contagious: each new set of controls in a particular sector of the economy tends to make necessary the establishment of supporting or protective direct controls in the neighbouring sectors if the first set of controls is not to be evaded or to have intolerable economic repercussions. The market forces constantly operate to evade or neutralize the direct controls, and the controllers must constantly extend the area under control if they are to hold their own"[18].

---

16) Planwirtschaft als "streng zentralistisch gedachte, die Vergesellschaftung oder Verstaatlichung der Wirtschaft vorbereitende Verfassung der Volkswirtschaft" nach F. Bülow, Wörterbuch der Wirtschaft, 2. Auflage, Stuttgart 1954, S. 357, Artikel "Planwirtschaft".

17) So z.B. hat die Berliner Industriebank AG die Aufgabe, Gegenwertkredite zu verbilligtem Zinssatz nach bankgerechten Kriterien in die Westberliner Wirtschaft zu schleusen.

18) J. Viner, "International Trade and Economic Development", Oxford 1953, Seite 75.

§ 5

Darstellung der spezifischen Hilfsmaßnahmen

a) Die Wirtschaftshilfe in der Periode 1949 - 1952

1. Die Amerikanische Hilfe:

Der erste und bedeutendste Teil der Förderungsmaßnahmen bestand in der Bereitstellung von Gegenwertkrediten. Auf Grund des Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Bundesregierung vom 15. Dezember 1949 wurden Marshallplan-Mittel der Berliner Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Die Mittel liefen als Erlöse aus amerikanischen Sachlieferungen bei der Bank Deutscher Länder als Gegenwertmittel auf (als Stundungskredit) und wurden von dem Marshallplan-Ministerium (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) im Einvernehmen mit den amerikanischen Behörden der Wirtschaft, insbesondere der Berliner Wirtschaft, zur Verfügung gestellt (als Leihkapital). Die Motive der weitreichenden amerikanischen Hilfe für Westberlin sind in der Überzeugung verwurzelt, daß die Erfolge der Blockadehilfe 1948 - 1949 nur von bleibendem Erfolg sein konnten, sofern es gelingt, die Wirtschafts- und Sozialstruktur des Inselraums Berlin zu normalisieren und zu stabilisieren[1]. Bereits unmittelbar nach Beendigung der Kampfhandlungen bemühte man sich auf amerikanischer Seite um eine langfristige Konzeption der Hilfsmaßnahmen für den europäischen Wiederaufbau. Standen unmittelbar nach

---

1) Deutsch-Amerikanische Zusammenarbeit in Westberlin, die amerikanische Wirtschaftshilfe in der Zeit von 1949 - 1956, US-Mission Berlin, 1956, Seite 3.

der Invasion im Sommer 1944 alle Bemühungen der Vereinigten Staaten unter dem Vorzeichen der Mobilisierung der Wirtschaftskräfte des befreiten Europas für die Endphase des Krieges, so wurden die Ziele des langfristigen Aufbauplanes der Nachkriegsperiode in der Stabilisierung der Währungen, der Förderungen des Außenhandels, schließlich in der Bekämpfung von Inflation und in der allgemeinen Stabilisierung der Volkswirtschaften gesehen[2].

"The second of these two aspects of liberation - the restauration of the economic and financial systems of Europe - must be put second not because it is not of greater long-run importance, but because the mobilization of full aid to the forces of liberation must be given priority. Here are found the plans and measures taken to restore the public finances, to revive and protect the currency and banking systems, to recreate and expand foreign trade and the mechanism of foreign exchange, and to control or prevent inflation and stabilize the domestic economy."

Das Kreditprogramm, das im Dezember 1949 anlief, sah in erster Linie die Vergabe von Investitionskrediten mit einer Laufzeit von 7 - 9 Jahren zu einem Zinssatz von 5 v. H. pro Jahr vor. Die Vergabe war an das Kriterium des gesamtwirtschaftlichen Nutzens der zu schaffenden Kapazitäten und an die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen gebunden. In den ersten wie in den folgenden Jahren trugen die Kredithilfen den ausgesprochenen Charakter einer supplementären Hilfe, d.h., die Gegenwertkredite wurden nur dann für Einzelprojekte zur Verfügung gestellt, sofern keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten (eigene Mittel und Geschäftskredite) zur Verfügung standen. Die Zinsen und Amortisationen wurden einem revolvierenden Fonds gutgeschrie-

---

1) Deutsch-Amerikanische Zusammenarbeit in Westberlin, die amerikanische Wirtschaftshilfe in der Zeit von 1949 - 1956, US-Mission Berlin, 1956, Seite 3.

2) F.A.Southard: "The Finances of European Liberation" New York 1946, Seite 3.

ben und standen für weitere Kreditvergabe zur Verfügung[3].

Neben der Vergabe von langfristigen Investitionskrediten entstand bald die Notwendigkeit, auch mittelfristige Betriebsmittelkredite zu gewähren, um die neugeschaffenen Kapazitäten mit ausreichendem Umlaufskapital zu speisen. Diese zusätzlichen mittelfristigen Kredite waren für künftige Umsatzerweiterungen unerläßlich, konnten aber von den Geschäftsbanken - selbst mit Unterstützung der Kreditgarantien - nur in unzureichendem Maße aus bankeigenen Mitteln zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt flossen in den Jahren 1949 - 1952 1,9 Mrd. DM in die Berliner Wirtschaft in Form von Gegenwertmitteln.

Übersicht 4

Jährlich verfügbare Gegenwertmittel, Kreditzusagen[4]:

Rechnungsjahre	Mio. DM
1949	202
1950	561
1951	327

Dem Wesen der langfristigen Investitionsfinanzierung entsprechend konnte mit diesem Teil des Gegenwertpro-

---

3) Bonn, Auslandsanleihen in: Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Zürich, 1928, 175. Band, Seite 164, bezeichnet Ausleihungen aus einem revolvierenden Fonds als eine jeweils zusätzliche Kreditgewährung.

4) Deutsch-amerikanische Zusammenarbeit usw., S. 4. Die in den amerikanischen Quellen genannten Zahlen sind nur beschränkt vergleichbar mit den Angaben der Berliner Zentralbank, die auf Kreditauszahlungen beruhen und daher in der Regel niedriger sind.

grammes nur ein allmählicher Abbau der Arbeitslosigkeit erzielt werden. Da die Erstellung von neuen industriellen Kapazitäten keineswegs zu Strukturverzerrungen führen durfte, mußte man auf eine rapide Expansion verzichten und einem gesunden Wachstum den Vorrang vor optisch wirksamen, aber letzthin marktwidrigen Förderungsmaßnahmen geben. Selbst nach Anlaufen der Hilfe aus Gegenwertkrediten stieg die Arbeitslosigkeit in Westberlin weiter an und erreichte den Höhepunkt im Februar 1950, als 313.000 Arbeitslose bei den Westberliner Arbeitsämtern registriert waren. Um dieser sozial und ökonomisch gefährlichen Situation abzuhelfen, wurde ein Sofortprogramm für die temporäre Beschäftigung von Arbeitsuchenden geschaffen[5]. Bereits drei Monate nach dem Anlaufen des Notstandsprogrammes fanden ca. 58.000 Personen eine vorübergehende Beschäftigung. Im Verlauf der allgemeinen Gesundung der Westberliner Wirtschaft und der Schaffung von regulären Arbeitsplätzen konnte der Umfang des Notstandsprogrammes reduziert werden. Die monatliche Beschäftigung unter dem Notstandsprogramm, die im Juni 1950 einen Höhepunkt mit 58.000 Beschäftigten erreichte, betrug 46.000 im Durchschnitt des Jahres 1951 und sank dann allmählich auf ca. 19.000 im Durchschnitt des Jahres 1956. Da die extrem hohe Arbeitslosenziffer des Jahres 1950 eine schnelle Unterbringung der Arbeitslosen erforderte, standen zunächst Beschäftigungsprojekte mit hohem Arbeitseinsatz und relativ niedrigem Material- und Geräteeinsatz an erster Stelle. Im Verlauf der Jahre konnte dann das Schwergesicht des Notstandseinsatzes auf produktivere Beschäftigungen verlegt werden. Jedoch ein unerläßlicher Teil des Notstandsprogrammes blieb die Beschäftigung

---

5) Vgl. hierzu H. Winter: "Die Arbeitslosigkeit in Berlin und ihre Bekämpfung durch Notstandsmaßnahmen in den Jahren 1950 und 1951", Diss. Berlin 1953.

von Bürokräften, und dieser Teil wird auch bis zur Beendigung des Notstandsprogrammes einen wesentlichen Platz einnehmen.

Die amerikanische Hilfe für das Notstandsprogramm[6] bildete den größten Zuschuß zur Gesamtfinanzierung dieser Förderungsmaßnahmen. Daneben leisteten auch die Bundesrepublik[7] und das Land Berlin erhebliche Zuschüsse.

Übersicht 5

Quellen der Finanzierung:[8]

in Millionen DM

	Ist-Einnahmen 1950 - 1955	Soll-Einnahmen 1956
1. Amerikanische Hilfe	671	71
2. Landesmittel	231	59
3. Bundesmittel	139	24
4. Private Mittel	199	46
Insgesamt:	1.240	200

Die Notstandsgelder wurden zum überwiegenden Teil dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt; der Trümmerbeseitigung zur Aufbereitung der Bauflächen kam naturgemäß gleichfalls eine große Bedeutung zu:

---

6) Seit 1954 zuweilen auch als "Wiederaufbauprogramm" bezeichnet.

7) Durch die Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung im Rahmen der wertschaffenden Arbeitslosenhilfe.

8) Zahlenangaben für Rechnungsjahre. Quelle: Berliner Senat, Abteilung Kreditwesen.

Übersicht 6

Verwendung der Mittel im Rahmen des Notstandsprogrammes[9]:

in Millionen DM

	Ist-Ausgaben 1950 - 1955	Soll-Ausgaben 1956
Wohnungsbau und -Instandsetzung	383	52
Trümmerbeseitigung	212	25
Straßen-, Brücken- und Tiefbau	165	20
Öffentliche Betriebe	151	19
Industriebauten	128	27
Arbeitsbeschaffung für Bürokräfte	109	47
Grünanlagen	92	10
Insgesamt:	1.240	200

2. Die Bundeshilfe:

Neben den Zuschüssen zum Notstandsprogramm steht der jährliche Zuschuß zur Deckung des Defizits im Berliner Landeshaushalt. Der Bundeszuschuß belief sich im Durchschnitt der Jahre seit der Währungsreform auf etwa 40 v. H. der gesamten Ausgaben. Da diese Subvention in einer Globalsumme dem Landeshaushalt Berlin zur Verfügung gestellt wird - ohne Zweckbindung an einzelne Ausgabenposten - wird die gesamte Budgetpolitik in einem hohen Ausmaß von diesem Zuschuß bestimmt,

9) Zahlenangaben für Reohnungsjahre. Quelle: Berliner Senat, Abteilung Kreditwesen.

der - nach dem vom Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedeten jährlichen Haushaltsgesetz - seinen Niederschlag in einer großen Zahl von Einzelposten findet, ohne daß das Ausmaß der Bundeshilfe in den einzelnen Budgetposten zu erkennen ist. Bis zum Beginn des Haushaltsjahres 1951 wurde der Bundeszuschuß in Einzelverhandlungen festgelegt. In Vorbereitung des Dritten Überleitungsgesetzes[10] wurden bereits die Einnahmen des Bundes in Berlin aus den Bundessteuern und die speziellen Ausgaben des Bundes[11] in einem Bundesauftragshaushalt separat budgetiert. Mit Beginn des Rechnungsjahres 1952 wurden letztere Ausgaben und Einnahmen nur noch im Bundesgebiet erfaßt. Das Dritte Überleitungsgesetz stipulierte nun auch die dauernde Verpflichtung der Bundesregierung, für die Deckung des Defizits im Berliner Landeshaushalt Sorge zu tragen. Nunmehr wurde nur noch einmal im Jahr die Höhe des Bundeszuschusses in Verhandlungen zwischen dem Berliner Senat und der Bundesregierung festgelegt. Die Finanzverhandlungen, die seit 1951 nur noch einmal im Jahre stattfinden, haben jedoch nichts an Bedeutung verloren. Wenn auch die Bundesrepublik ex lege zur Deckung des Berliner Defizits verpflichtet ist, so konzentriert sich das Augenmerk des Bundesfinanzministeriums auf die Gestaltung bzw. Anerkennung der Haushaltspolitik in Berlin. Der Einfluß der Bundesregierung bestimmt damit faktisch auch die Möglichkeit der Berliner Legislative und Exekutive für Gewährung von autonomen Förderungsmaßnahmen für die Berliner Wirtschaft. Als Beispiel sei das Bestreben des Westberliner Senats und des Parlaments angeführt, Steuerermäßigun-

---

10) Gesetz zur Einbeziehung Westberlins in das Finanzsystem der Bundesrepublik vom 12. 6. 1952, Ges. und VOBl. Nr. 42, Seite 393.

11) Die unabhängig vom allgemeinen Bundeszuschuß auf Grund der normalen Bund-Länder-Beziehungen in Berlin getätigt wurden.

gen in den Sätzen der Gemeindesteuern einzuführen. Obwohl die Festlegung der Gemeindesteuersätze in die Entscheidungsbefugnis der Gemeinden (bzw. des Stadtstaates Berlin) fallen, erfordert der durch eine solche Ermäßigung sich ergebende Einnahmenausfall im Landeshaushalt einen erhöhten Bundeszuschuß, so daß jede Maßnahme zur Einnahmenminderung gleichwohl nur mit Einverständnis der Bundesregierung getroffen werden kann.

Die Zuwendungen zum Ordentlichen Haushalt beliefen sich auf folgende Größenordnungen:

Übersicht 7

in Millionen DM

Rechnungsjahre[12)]	Bundeszuschuß	Budgetsumme
1950	368,0	1.799,9
1951	550,0	1.201,9
1952	600,0	1.641,3
1953	650,0	1.643,8
1954	740,0	1.758,9
1955	800,0	1.892,7
1956	684,0	2.193,3

Darüber hinaus gewahrte die Bundesregierung spezielle Zuwendungen in Form von verlorenen Zuschüssen und Krediten für die Aufgaben, deren Erfüllung die Finanzkraft des Stadtstaates übersteigen, jedoch für die Erreichung eines der Bundesrepublik angepaßten Ausga-

12) Für die Jahre 1950 bis einschl. 1954 sind Ist-Zahlen angeführt; bei den Ausgaben für die Jahre 1955 - 1956 handelt es sich um Soll-Zahlen.

benniveaus und damit für die Anpassung des Westberliner Lebensstandards an das Westdeutsche Niveau unerläßlich sind. Die folgenden Ausgaben sind mit direkten Zuwendungen des Bundes an Berlin finanziert worden:

1. Wohnungsbau für Sowjetzonen-Flüchtlinge und Versuchsprojekte. Zusätzlich zu den Gegenwertmitteln in Höhe von 5,5 Mio DM.
2. Zinszahlungen auf Ausgleichsforderungen, die den Banken als Gegenwert für die Abwicklung der Uraltkonten zugeteilt wurden.
3. Zuschüsse für den langfristigen Wiederaufbau-Plan von 1955.
4. Umsatzsteuerrückvergütung an Westdeutsche Bezieher von Berliner Produkten.

Die Summe dieser Hilfsmaßnahmen nahm seit 1950 folgende Entwicklung:

Übersicht 8

in Millionen DM

Rechnungsjahre	Sonderzuwendungen
1950	14,6
1951	37,5
1952	58,0
1953	101,9
1954	112,2
1955	144,5
1956	425,0
1957	426,4

Von den Sonderzuwendungen und allgemeinen Budgetzuschüssen sind begrifflich streng zu trennen diejenigen Ausgaben wie Besatzungskosten, Kriegsfolgenlasten, Entschädigungszahlungen an politisch und rassisch Verfolgte, die Berlin nicht allein auf Grund seiner wirtschaftlichen Sonderstellung erhält, sondern die ihre rechtliche Grundlage in der finanziellen Bund-Länder-Beziehung haben und somit anderen Ländern der westdeutschen Bundesrepublik auch je nach ihrem regional verschiedenen Finanzbedarf gezahlt werden. In diese letzte Kategorie gehören auch die Zahlungen zur Deckung des Defizits in der Berliner Sozialversicherung (Altersversicherung und Arbeitslosenversicherung und Unterstützung), die aus dem horizontalen Lastenausgleich der Land-Land-Beziehungen fließen. Diese Zahlungen insgesamt nehmen eine Zwischenstellung ein zwischen normalen, jeder föderativen Staatsstruktur eigenen Finanzzuwendungen und der spezifischen Hilfe für Berlin.

Die Betrachtung mit der Blickrichtung auf den wirtschaftlichen Effekt erfordert, daß von der Summe dieser Zuwendungen die Steuerrücküberweisungen des Aufkommens an Bundessteuern in Westberlin abzuziehen sind, so daß als Ergebnis lediglich die Nettozuwendungen in der Rechnung erscheinen.

Übersicht 9

in Millionen DM

Rechnungsjahre[13]	I. Summe der Zuwendungen im Rahmen des vertikalen u. horizontalen Finanzausgleichs	II. abzüglich Rücküberweisung von Bundessteuern	I. ./. II= Nettozuwendungen
1950	163,7	---,-	163,7
1951	711,3	558,2	153,1
1952	814,0	552,2	261,8
1953	912,6	599,9	312,7
1954	942,7	674,3	268,4
1955	1 020,3	667,8	352,5
1956	1 173,8	798,0	375,8
1957	1 305,5	947,1	358,4

Für die folgende Abschätzung des Wirkungszusammenhanges zwischen den öffentlichen Zuwendungen und der Entwicklung des wirtschaftlichen Leistungsniveaus können nunmehr die finanzrechtlichen Unterschiede der einzelnen Zuwendungen außer Acht gelassen werden. Somit können die einzelnen Arten der Zuwendungen addiert werden und erscheinen nach Abzug der Rücküberweisungen an Bundessteuern als "Bundeshilfe für Berlin (netto)"[14].

13) Für die Rechnungsjahre 1950 - 1955 sind Ist-Zahlen angegeben; für die Rechnungsjahre 1956 - 1957 stehen Soll-Zahlen.

14) Vgl. hierzu die Begriffsbestimmung in US-Mission Berlin "Deutsch-Amerikanische Zusammenarbeit in Westberlin", S. 14.

Übersicht 10:

Bundeshilfe für Berlin:

Rechnungsjahre[15]	Millionen DM
1950	547,1
1951	740,6
1952	919,8
1953	1 064,6
1954	1 120,6
1955	1 297,0
1956	1 484,8
1957	1 404,8

In den vorausgehenden Zahlenaufstellungen sind diejenigen Hilfsleistungen des Bundesgebietes für Westberlin zusammengefaßt, die eine zusätzliche A u s g a b e im Bundeshaushalt bzw. in den Länderhaushalten darstellen. Daneben sind jedoch auch die indirekten Stützungsmaßnahmen von Bedeutung, die zu einer Einnahme-M i n d e r u n g in dem Bundeshaushalt bzw. in den Länderhaushalten führen. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um die Steuerpräferenzen, die das in Westberlin verfügbare Einkommen erhöhen.

Die Umsatzsteuerbefreiung von etwa 4 v. H. auf Güter, die mit einem Berliner Ursprungszeugnis ausgestattet sind, wurde mit Wirkung vom 1.August 1952 eingeführt[16] und führte in diesem und den folgenden Rechnungsjahren zu folgenden Einnahme-Minderungen im Bundeshaushalt:

---

15) 1950 - 1955: Ist-Zahlen; 1955 - 1957: Soll-Zahlen.

16) Berlin-Hilfe-Gesetz vom 5.August 1952, Ges. u. VOBl. Nr. 56, Seite 643.

Übersicht 11

in Millionen DM

Rechnungsjahre	Einnahme-Minderung durch Umsatzsteuer-Befreiung
1952	21,0
1953	45,0
1954	55,0
1955	81,0
1956	95,0
1957 [17]	105,0

In den Bereich der Umsatzsteuerpräferenzen gehört auch die Umsatzsteuerrückvergütung, die seit dem Beginn des Fiskaljahres 1950 den westdeutschen Beziehern von Westberliner Gütern und Diensten gewährt wird[18]. Eine weitere indirekte Subvention wurde Westberlin durch das Lastenausgleichsgesetz[19] gewährt durch eine Ermäßigung der Vermögensabgabe um zwei Drittel des in Westdeutschland gültigen Satzes.

17) Geschätzt: Die Ist-Zahlen werden seit 1957 nicht mehr erfaßt.

18) Gesetz vom 7. März 1950, BGBl. 1950, Seite 41. Vgl. S. 45 dieser Arbeit.

19) Gesetz vom 1. Oktober 1952, Ges. u. VOBl. Nr. 68, Seite 785.

b) Rekapitulation und Neuorientierung:

Unter dem Einfluß der vielseitigen Hilfsmaßnahmen stieg der Berliner Produktionsindex[20] von 32 Punkten im Monatsdurchschnitt 1950 um 44 v. H. auf 46 Punkte im Jahr 1951 und weiterhin um 11 v. H. auf 51 Punkte im Jahr 1952. Der Industrieumsatz, der die Preisbewegungen einbeschließt, stieg von 1 601 Millionen DM im Jahr 1950 auf 2 498 Millionen DM im Jahr 1951 und auf 2 873 Millionen DM im Jahr 1952. Die Arbeitslosigkeit, die im Februar 1950 einen Höhepunkt erreicht hatte, konnte mit Hilfe des Notstandsprogramms und der sich allmählich auswirkenden Gegenwert-Finanzierung auf 297 000 im Durchschnitt des Jahres 1950 und auf 274 000 im Durchschnitt des Jahres 1952 reduziert werden. Die Stärkung der Westberliner Wirtschaft spiegelto sich wider in der Entwicklung des Westberliner Sozialprodukts, das (zu jeweiligen Preisen) sich von 3,8 Milliarden DM im Jahr 1950 auf 5,1 Milliarden DM im Jahr 1952 erhöhte[21]. In konstanten Preisen von 195o stieg das Sozialprodukt von 3,8 Mrd. DM auf 4,6 Mrd. DM im gleichen Zeitraum.

Bis zum Jahresende 1952 waren bereits aus Gegenwertmitteln 563,2 Millionen DM - einschließlich der anlaufenden Auftragsfinanzierungen[22] im Be-

---

20) Auf der Basis: 1936 = 100; gewichtet nach der Industriestruktur von 1950.

21) Alle Zahlenangaben entstammen der "Berliner Statistik", herausgegeben vom Statistischen Landesamt Berlin und d. Handbook of Economic Statistics, Federal Republic and Western Sectors of Berlin, prepared monthly by Commercial Attache American Embassy, Bonn-Bad Godesberg.

22) Siehe Seite 54

trag von knapp neun Millionen DM - in die Berliner Wirtschaft geflossen.

Übersicht 12

Kredite aus Gegenwertmitteln[23], Stand Dezember 1952

in Millionen DM

	Auszahlungen
Investitionen:	
Industrie	377,4
Öffentliche Betriebe	105,7
Wohnungsbau	64,1
Landwirtschaft	2,3
Heimatvertriebene, Ostflüchtlinge u. Geschädigte	4,8
	554,3
Auftragsfinanzierung	8,9
Insgesamt	563,2
Abzüglich Tilgungen	22,5
Buchbestand	540,7

Im Verlauf des Jahres 1952 und der zunehmenden Bedeutung der Kreditfinanzierung traten zwei Probleme zutage:

Die Kreditaufnahme durch die einzelnen Unternehmungen führte zu einer wachsenden langfristigen Verschuldung, die zu einer Verzerrung des Verhältnisses von Eigen- zu Fremdkapital führte. Die Folge war, daß die investitionswilligen Unternehmungen nicht mehr über genügend bankmäßige Sicherheiten als Voraussetzung für eine weitere Kreditaufnahme (nach den üblichen Kreditkriterien)

23) Berliner Zentralbank: "Das Geld- und Kreditwesen Westberlins im Jahre 1955", Seite 42. Vgl. auch Fußnote auf S.39 dieser Arbeit.

verfügten[24]).

Die neugeschaffenen industriellen Kapazitäten konnten nur dann in die Sphäre des volkswirtschaftlichen Nutzens (d.h. Rentabilität und Beschäftigungseffekt) hineinwachsen, wenn genügend Aufträge der Berliner Industrie zuflossen[25]). Besonders zu Beginn des Jahres 1952 zeigte sich in zunehmendem Maße die Notwendigkeit einer verstärkten Auftragsvergabe nach Berlin, nachdem in den ersten Monaten der Strom der Aufträge sich verlangsamt hatte.

In Erkenntnis der neuen Probleme, die bereits ihren sichtbaren Niederschlag in den abnehmenden Zuwachsraten des Wirtschaftswachstums in der ersten Hälfte des Jahres 1952 gefunden hatten, sahen sich der Senat und die Bundesregierung vor die Aufgabe gestellt, neue Wege und zusätzliche Förderungsmaßnahmen zu konzipieren, um für die folgenden Jahre einen störungsfreien Ablauf des gesamten Hilfsprogrammes zu gewährleisten.

1. Eigenkapitalfinanzierung:

Das Bundes-Marshallplan-Ministerium beauftragte im Spätsommer des Jahres 1952 die Beratungsfirma Richardson-Wood-Company, eine Untersuchung über die Möglichkeiten von zusätzlichen Hilfsmaßnahmen in Westberlin anzustellen. Nach einem Studienaufenthalt, bei dem sich die amerikanischen Wirtschaftsexperten eingehend über die derzeitigen makro- und mikro-ökonomischen Probleme der West-

---

24) P. Hertz: "Wirtschaftsaufbau Berlins nach dem Übergang vom Marshallplan zur Sicherheitshilfe". Vortrag im Hochschulinstitut für Wirtschaftskunde am 26. November 1952, als Manuskript vervielfältigt; Richardson Wood, a.a.O.

25) Vgl. P. Hertz, a.a.O.

berliner Wirtschaftslage unterrichteten, wurden die Untersuchungsergebnisse in der Forderung nach Stärkung der Eigenkapitalbasis der Westberliner Unternehmungen zusammengefaßt. Außerdem sollte eine Möglichkeit geschaffen werden, Gegenwertmittel nach einer Methode zu vergeben, die eine Abkehr von den allgemein üblichen, von den Geschäftsbanken im Interesse der Sicherheit ihrer Anlagen geforderten Kreditsicherungsmethoden bedeutete. Diese Anregungen fanden im Jahre 1953 ihre Verwirklichung durch die Bereitstellung eines 100 Millionen DM-Fonds für die Gewährung von Eigenkapitalfinanzierung aus Gegenwertmitteln. Im Verfolg derselben Grundkonzeption von der notwendigen Stärkung der Eigenkapitalbasis wurde außerdem ein Fonds im Betrage von 50 Millionen Mark aus Gegenwertmitteln eröffnet, der dem Zweck diente, bereits bestehende Kreditengagements in Beteiligungen umzuwandeln. Als drittes Instrument für die Stärkung der Finanzstruktur der Westberliner Unternehmungen kamen die Bundesregierung und die Amerikanische Mission überein, Gegenwertkredite für besonders förderungswürdige Vorhaben zu erleichterten Bedingungen, sog. "liberalisierte Kredite" zu vergeben. Diese Kredite traten in der Rangordnung der Sicherheiten hinter die Geschäftsbanken zurück oder es wurde von Seiten der Berliner Industriebank AG. überhaupt auf die Erstellung von Sicherheiten verzichtet. Diesen Finanzierungsinstrumenten war gemein, daß die Bedienung der Gegenwerthilfe der Rentabilitätsentwicklung der unterstützten Unternehmungen angepaßt werden konnte und damit durch Verzicht auf feststehende Zinszahlungen eine liquiditätsmäßige Entlastung der Unternehmungen gewährte. Somit war der Westberliner Wirtschaft eine weitere Unterstützung zur Umsatzsteigerung und zusätzlicher Kreditaufnahme zur Finanzierung der Umlaufmittel sowie für den Fortgang der Investitionstätigkeit gegeben.

2. Auftragsfinanzierung:

Das Problem der ausreichenden und gleichmäßigen Auftragsvergabe wurde zu lösen versucht durch die Bereitstellung von besonderen Auftragsfinanzierungskrediten mit mittelfristiger Laufzeit. Dieses Finanzierungsinstrument wurde erstmals im Jahre 1952 eingesetzt. Die Auftragsfinanzierungskredite entstammten erstens dem Gegenwertfonds, zweitens den bankeigenen Mitteln der Westberliner Geschäftsbanken.

Da die Geschäftsbanken auf Grund ihrer traditionellen Geschäftspolitik nicht bereit und durch den Charakter ihrer meist kurzfristigen Dispositionsmittel auch nicht in der Lage waren, in größerem Umfang mittelfristige Kredite zu gewähren, sah sich die Berliner Zentralbank veranlaßt, eine Liquiditätsunterstützung zu geben. In dem Umfang, in dem von den Geschäftsbanken mittelfristige Auftragsfinanzierungskredite herausgelegt wurden, kaufte die Berliner Zentralbank Ausgleichsforderungen[26)] und erhöhte damit die liquiden Mittel des Bankensystems. Der Fonds, aus dem die Berliner Zentralbank die Ausgleichsforderungen ankaufen konnte, wurde von Gegenwertmitteln gespeist.

Im Rahmen der Gegenwerthilfen, die seit 1952 die fortgeführten Investitionshilfen und Betriebsmittelkredite sowie die zusätzliche Eigenkapitalfinanzierung, Auftragsfinanzierung und liberalisierte Kreditvergabe umfaßt, erhielt die Westberliner Wirtschaft in den Jahren 1953 bis 1956 einen Betrag von 1,71 Mrd. DM.

---

26) d.h. Titel gegen die Gebietskörperschaft Berlin, die den Banken als Gegenwert für Barauszahlungen zur Zeit der Währungsumstellung und für die Abwicklung von Uraltkonten zugeflossen waren.

Übersicht 13

Jährlich verfügbare Gegenwertmittel-Kreditzusagen[27]:

Rechnungsjahre	in Millionen DM
1952	517
1953	301
1954	308
1955	247
1956	325 [28]

Die Gewährung von zusätzlichen Krediten für die westdeutsche Auftragsvergabe nach Berlin öffnet die Wege zu einer gleichmäßigen Kapazitätsnutzung der Westberliner Industrie. Aber man konnte auf diesem Wege nicht stehenbleiben: es mußte darüber hinaus ein Anreiz geschaffen werden, die westdeutschen Unternehmungen zu veranlassen, Gebrauch von den zur Verfügung stehenden Finanzierungsmöglichkeiten zu machen.

Die Tatsache, daß der Absatz von Gütern dem Leistungspotential der Westberliner Wirtschaft noch nicht entsprach, veranlaßte den Senat von Berlin, die Bundesregierung aufzufordern, Werbungsmaßnahmen in einem umfassenden Maßstab zu unternehmen. Auf Veranlassung des Bundeskanzlers wurde im Jahre 1952 eine sog. Auftragslenkungsstelle eingerichtet, deren Aufgabe es war, mit dem Hinweis auf die Abhängigkeit Westberlins von einem stetigen Fluß von westdeutschen Aufträgen die Westdeutsche Wirtschaft mit dem

---

27) US-Mission, Deutsch-Amerikanische Zusammenarbeit in Westberlin, Seite 4

28) Mitgeteilt von der US Embassy Finance and Program Unit, Bonn - Bad Godesberg

Lieferungspotential Westberlins vertraut zu machen[29]. Diese Werbungsaktion, die im Anfang den Charakter eines allgemeinen Informationsdienstes trug, wurde in den folgenden Jahren ausgebaut und mit Schaffung von Verkaufshilfen, Berliner Symbolen auf ausgeführten Gütern und Aufstellung von Werbezeichen an Verkehrsknotenpunkten in Westdeutschland eine unorthodoxe und wirksame Hilfe für Berlin erstellt, die zwar nicht in Zahlenangaben zu quantifizieren war, in ihrer Wirkung aber als sog. "Klimawerbung" eine wichtige Ergänzung der bestehenden Hilfsmaßnahmen darstellte.

3. Einkommensteuerpräferenzen:

Bereits in den Vorschlägen der Richardson-Wood Company war der Hinweis enthalten[30], daß neben der Förderung der Berliner Wirtschaft durch Gegenwertmittel die Kapitalstruktur durch die Gewährung von Einkommensteuer- (bzw. Körperschaftsteuer-) Präferenzen eine allgemeine Konsolidierung erfahren mußte. Die Berliner Industrie- und Handelskammer zu Berlin nahm diese Anregung auf und veröffentlichte Anfang 1953 ein Gutachten, in dem eine lineare Einkommensteuerpräferenz von 30 v.H. gefordert wurde. Die Forderung der Industrie- und Handelskammer wurde jedoch in modifizierter Form mit Wirkung vom 1.Januar 1955 nach langwierigen Verhandlungen zwischen der Kammer und dem Senat einerseits und der Bundesregierung und dem Senat andererseits erfüllt[31].

---

29) Vgl. P. Hertz, a.a.O., Seite 8

30) Richardson Wood, a.a.O., Seite 3

31) Ges. v. 8. Juli 1955, Ges. u. VOBl. Nr. 38 Seite 461

Mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1955 erhielten Berliner Steuerzahler (einschließlich Körperschaften) eine Einkommen- (bzw. Körperschaft-) Steuerpräferenz von 20 v. H. Der Einnahmeverlust im Bundeshaushalt, der sich berechnet nach dem Bundesanteil von 33⅓ v. H. an den Einkommensteuern, betrug in den Fiskaljahren 1955: 31,0 Millionen DM und 1956: 42,0 Millionen DM[32].

Im Verlauf des Fiskaljahres 1954 wurde Westberlin von der Pflicht befreit, das Notopfer Berlin zu zahlen[33]. Der dadurch bewirkte Einnahmeverlust betrug in den Rechnungsjahren:

1954:	10 Millionen DM
1955:	40 Millionen DM
1956:	40 Millionen DM.

Da auch im Bundesgebiet mit Wirkung vom 1. Oktober 1956 für Lohn- und Einkommensbezieher das Notopfer Berlin entfallen ist, genießen diese Einkommensgruppen in Westberlin seit diesem Zeitpunkt auch nicht mehr eine entsprechende Vorzugsstellung. Der indirekte Zuschuß entfällt somit seit 1. Oktober 1956.

4. Der langfristige Aufbauplan von 1955:

Hatten in den ersten sechs Jahren des Wiederaufbaus alle wirtschaftspolitischen Förderungsmaßnahmen sich primär auf den Ausbau der Westberliner Industrie konzentriert und blieben alle übrigen Stützungsaktionen zum Teil darauf beschränkt, den nichtindustriel-

---

32) Schätzungen der Berliner Vertretung des Bundesfinanzministeriums.

33) Ges. u. VOBl. 1954, Nr. 38, Seite 461

len Sektor so weit auszubauen, wie es für die erwartete Industrieexpansion als notwendig erschien, so bildete der langfristige Aufbauplan des Berliner Senats vom Jahre 1955 einen entscheidenden Wendepunkt. Kulturellen und sozialen Institutionen, die geeignet waren, Westberlin für die künftige Hauptstadtfunktion eines wiedervereinigten Deutschlands vorzubereiten, sollten nach den Plänen des Senats eine substantielle Förderung mit Hilfe der Bundesregierung erfahren. Es bedarf einer besonderen Betonung, daß damit ein neues Element in der Berlin-Planung auftrat. Es stand nicht mehr an erster Stelle die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen (wie z.B. bei dem Ausbau des Industriepotentials), und damit die Verbesserung der Berliner Leistungsbilanz. Die Bauprojekte für soziale und kulturelle Zwecke, die bislang zurücktreten mußten hinter lebensnotwendige Aufgaben, sind ökonomisch zu werten als ein temporärer Beschäftigungseffekt, der nach Beendigung der geplanten Bauten weder für die laufende Leistungsbilanz noch für das Leistungspotential eine direkte Wirkung versprach. Aus diesem Grund war die Fortsetzung der bisher angelaufenen Hilfsprogramme in dem langfristigen Aufbauplan gebührend in Rechnung gestellt und bildete weiterhin einen integralen Bestandteil des Planes. Durch die bereits bestehenden und fortgesetzten Hilfsaktionen sollten in den Jahren 1955 bis etwa 1959 zusätzlich 100 000 neue Arbeitsplätze erstellt werden[34].

Die Finanzierung - abgesehen von den Mitteln für die Fortführung des Gegenwertprogrammes einschließlich Auftragsfinanzierung und Notstandsprogramm, für die die Fonds bereits bestimmt waren - sollte die Bundesregierung übernehmen durch Zuschüsse für Projekte, die keinen werbenden Charakter trugen. Für die sonstigen Kredite sollten zinsverbilligte Kredite zur Verfügung gestellt werden[35].

---

34) Langfristiger Aufbauplan für Berlin: der Senat von Berlin, August 1955, Seite 3.

35) Aufbauplan, a.a.O., Seite 6

Übersicht 14

Milliarden DM

Programme	Gesamtkosten	Bedarf an Zuschüssen	Bedarf an Zinsverbilligten Krediten	Gesicherte Finanzierung ERP Sondervermögen	Gesicherte Finanzierung Eigenmittel
Kultur- und Sozialprogramm	0,32	0,28	0,01	0,00	0,03
Verkehrs- und Versorgungsprogramm	0,48	0,06	0,37	-	0,05
Wohnungsbauprogramm	1,00	-	0,75	-	0,25
Summe	1,80	0,34	1,13	0,00	0,33
Berliner Investitionsprogramm	1,60	-	0,01	0,87	0,72
Finanzierung westdeutscher Aufträge	1,50	-	-	0,60	0,90
Wiederaufbauprogramm	0,40	-	-	0,17	0,23
Summe	3,50	-	0,01	1,64	1,85
Gesamt	5,30	0,34	1,14	1,64	2,18
		1,48			
			3,12		

Quelle: Langfristiger Aufbauplan des Senats, S. 9

ZWEITER HAUPTABSCHNITT

Die Leistungsbilanz

§ 6

Die Bestimmung des Untersuchungsgegenstandes.

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln die auswärtige Hilfe für Westberlin beschrieben und in ihrer Entwicklung dargestellt worden ist, soll nun die Leistungsbilanz untersucht werden, die im folgenden den Maßstab für die Beurteilung der Wirkung der auswärtigen Hilfe auf das Leistungspotential erstellen soll.

Die Beziehungen eines Wirtschaftssubjektes zu dem es umgebenden Wirtschaftsraum sind güterwirtschaftlich durch "Bezüge" einerseits und "Lieferungen" andererseits bestimmt. Dies gilt für Wirtschaftsgebilde jeder regionalen Ausdehnung und ökonomischen Kapazität:

Der Mensch als Konsument bezieht die zur Reproduktion seiner Arbeitskraft erforderlichen Güter und Dienste als Gegenleistung für den von ihm erstellten Beitrag zum Sozialprodukt. Der Betrieb, in dem uns der Mensch als Produzent entgegentritt[1], erwirbt

---

[1] vgl. Nicklisch, Wirtschaftliche Betriebslehre, sechste Auflage, 1922, Seite 36.

die zur Erstellung seiner Leistung erforderlichen Güter und Dienste, teilt seine Leistung aber nur insoweit mit dem ihn umgebenden Wirtschaftsraum, als sie marktwirksam ist, d.h. einen Absatz findet[2]. Auf der Ebene der Volkswirtschaft, die Konsumenten und Produzenten umfaßt, erscheinen die Lieferungen als Ausfuhr und die Bezüge als Einfuhr.

Die statistische Erfassung der gütermäßigen Beziehungen einer Volkswirtschaft (bezogen auf einen bestimmten Zeitraum) erfolgt in der Handelsbilanz[3].

Wird die Handelsbilanz durch die Erfassung des Dienstleistungsverkehrs in einem bestimmten Zeitraum erweitert, so wird diese statistische Zusammenstellung nach der Begriffsbestimmung von Röpke[4] "erweiterte Handelsbilanz" oder "Handels- und Leistungsbilanz" genannt[5]. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, und das Statistische Landesamt bezeichnen die Gesamtbilanz der realen Güter- und Leistungsströme abgekürzt als "Leistungsbilanz". Die genannten Institute nahmen hier eine

---

2) F. Bülow, Wörterbuch der Wirtschaft, 2. Auflage, S. 319.

3) G. Haberler, Der internationale Handel, Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften, Berlin 1933, S. 12; W.Röpke, Weltwirtschaft und Außenpolitik, Berlin - Wien 1931, S.22; G. Badger, The Balance of Payments: A Tool of Economic Analysis, International Monetary Fund, Staff Papers Vol. II, No. 1, September 1951, S. 87; H. Frentzel Wagner, Der deutsche Kapitalexport in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Jg. 1954, Nr. 12, S. 6: Hinweis auf die Übertragung des einzelwirtschaftlichen Bilanzdenkens auf den Staatsraum bei F. Bülow, Volkswirtschaftslehre, Berlin-Frankfurt S. 19, 1957.

4) Röpke, a. a. O., S. 22

5) Vgl. auch G. Haberler, a. a. O., S. 12, Frentzel-Wagner, a. a. O., S. 6.

Begriffserweiterung vor, die auch für die vorliegende Arbeit, die auf den Zahlenwerken dieser Institute basiert, übernommen werden soll.

Die Bilanzierung in dieser Form ist weder ein besonderes Merkmal einer Unternehmung noch das einer Volkswirtschaft, sondern es kann auf allen Ebenen und für alle "räumlichen Ausschnitte"[6] der Wirtschaft eine solche Bilanz aufgestellt werden[7]. Es ist jedoch in praxi ungewöhnlich, daß Bilanzen für andere Wirtschaftssegmente als Unternehmungen oder Volkswirtschaften erstellt werden. Die Erklärung dieser Tatsache kann darin gefunden werden, daß der Bilanz z w e c k bei Wirtschaftseinheiten, die keiner einheitlichen (Betriebs- bzw.) Wirtschaftspolitik unterliegen, entfällt.

Die eindeutige Bestimmung des Bilanzzweckes ist im Hinblick auf die Wahl eines entsprechenden Komparationsmittels und einer sinngemäßen Gliederung der Bilanz unerläßlich, um die Bilanz als ein analytisches Instrument für die Durchleuchtung wirtschaftlicher Tatbestände oder Bewegungsvorgänge brauchbar zu machen. Für eine "zweckisolierte Bilanz"[8] ist die Wahl

---

6) A. Predöhl, Aussenwirtschaft, Weltwirtschaft, Handelspolitik und Währungspolitik, Grundriss der Sozialwissenschaft, Göttingen 1949, S. 36. S. R. Nurkse, Internationale Kapitalbewegungen, 1935, S. 12.

7) C. Iversen, Aspects of the Theory of International Capital Movements, Oxford 1935, S. 32: "Obviously an inventory of this sort can be made, not only for a country, but for any region around which we choose to draw an imaginary boundary line; the region might even be so small as to compromise only one individual person or economic unit. This holds good with regard to countries no less than to other regions or groups of persons."

8) H. Holzer, Mathematische Theorie der Bilanz, Dissertation Tübingen 1933, S. 29 f

einer Komparationseinheit belanglos - sofern die Bedingung erfüllt ist, daß die gewählte Bezugsgröße allen nicht-identischen Bilanzgliedern gemeinsam ist. Ebenso ist es für die Bilanz als solche irrelevant, in welchem Maße die Bilanzglieder in Sub-Summanden aufgeteilt und separat in die Rechnung eingereiht werden[9]. Allein durch den Zweck erhält die Bilanz einen Inhalt, nach dem Gliederung und Rechnungseinheit zu wählen sind[10].

Gilt es allgemein, Bezüge und Lieferungen eines räumlichen Ausschnittes der Wirtschaft zu erfassen, so erfolgt diese Zusammenstellung in einer "Zeitraumrechnung"[11], deren wesentlicher Zweck in der Regel darin liegt, den Erfolg pro Zeitabschnitt festzustellen

Für die Unternehmungen liegt die Aufgabe der Bilanz darin begründet, den Erfolg ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit festzustellen und in der saldierten Zeitraumbilanz den Vermögenszuwachs bzw. die Vermögensminderung zu ermitteln. Auf der Ebene der Volkswirtschaft orientiert sich der Bilanzzweck im allgemeinen an der Beobachtung der Devisenbestände, deren Bewegung durch die Beziehungen zu dem sie umgebenden Wirtschaftsraum bestimmt wird. Die Komparationseinheit ergibt sich aus den dem Güterstrom entgegenlaufenden Strömen der Zahlungs- und Kreditvorgänge in der betreffenden Währungseinheit, da im allgemeinen allen gütermäßigen Leistungen Geldleistungen

---

9) vgl. H. Holzer, a. a. O., S. 29

10) vgl. hierzu besonders E. Kosiol, Bilanzreform und Einheitsbilanz, 2. Auflage, S. 29, zur grundsätzlichen Ablehnung einer Ausweitung und damit Verwässerung des Bilanzbegriffes.

11) E. Kosiol, a. a. O., S. 30

oder Kreditengagements gegenüberstehen[12].

Die Erstellung einer Leistungsbilanz, d.h. die Erfassung der Bezüge und Lieferungen von Gütern und Diensten für den Inselraum Westberlin erfolgt jedoch weder mit dem Zweck, die Vermögensänderung pro Zeiteinheit festzustellen, noch ist es für das dem Bundesgebiet angeschlossene währungsgleiche Gebiet erforderlich, eine Devisenbilanz aufzustellen. Der Zweck der Leistungsbilanz bestimmt sich allein danach, ein Maß zu finden, um die Lebensfähigkeit der Westberliner Wirtschaft im Rahmen der wirtschaftlichen Verflechtungen mit der sog."übrigen Welt" zu erkennen[13]. In theoretischer Sicht ist diese Aufgabenstellung der Bilanzrechnung nicht an den Inselraum Westberlin gebunden, so daß die sich in praxi ergebende Aufgabenstellung auch für andere geographische Ausschnitte der Wirtschaft von Bedeutung sein kann.

Bereits in den Anfängen der zahlenmäßigen Erfassung der Ein- und Ausfuhr trat ein Argument hervor, daß darauf hindeutete, daß die Beobachtung der Leistungsbilanz den Zweck hatte, beschäftigungsmäßige Auswirkungen der außenwirtschaftlichen Verflechtungen aufzuzeigen[14].

Wie diese Beobachtungen auch auf andere Segmente als die Unternehmungen oder Volkswirtschaften an-

---

12) F. Grünig, Der Wirtschaftskreislauf, München 1933, S. 177

13) F. Grünig, R. Krengel, a. a. O., S. 23

14) J. Viner, Studies in the Theory of International Trade, 1937, S. 51, weist auf die Beobachtung hin, die der Periode des Merkantilismus entstammt: "Exports were the product of English labor, whereas imports (especially finished goods) displaced English labor".

gewandt zu werden pflegen, wurde von John Stuart Mill gezeigt[15], der die Tatsache herausstellt, daß es zuweilen Zwischenstufen gibt zwischen den außenwirtschaftlichen Verflechtungen (d.h. Handel zwischen Volkswirtschaften) und Verflechtungen zwischen einem übergeordneten Gebiet mit seinen ihm zugehörigen Teilräumen:

"There is a class of trading and exporting communities on which a few words of explanation seem to be required. These are hardly to be looked on as countries, carrying on an exchange of commodities with other countries, but more properly as outlying agricultural or manufacturing establishments belonging to a larger community. Our West India colonies, for example, cannot be regarded as countries with a productive capital of their own. If Manchester, instead of being where it is, were a rock in the North Sea (its present industry continuing) it would still be but a town of England, not a country trading with England; it would be merely, as now, a place, where England finds it convenient to carry on her cotton manufacture. The West Indies, in like manner, are the place where England finds it convenient to carry on the production of sugar, coffee and a few other tropical commodities. All the capital employed is English ... the trade with the West Indies is therefore hardly to be considered as external trade, but more resembles the traffic between town and country, and is amenable to the principles of home trade. The rate of profit in the colonies will be regulated by English profits: the expectation of profit must be about the same as in England, with the addition of compensation for the disadvantages, the value and price of West India produce in the English market must be regulated ... like that of any English commodity, by the cost of production"[16].

Diese Hinweise, die eine weitgehende Parallelität sowohl mit der aktuellen Zweckbestimmung der Westberliner Leistungsbilanz als auch mit der spezifischen Position der Westberliner Wirtschaft inner-

---

15) Hinweis bei F. Iversen, Aspects of the Theory of Capital Movements, Oxford 1935, S. 99

16) John Stuart Mill, Principles of Political Economy bk III - XVII Ashley ed. London 1923 pp 738 / 739

halb des westdeutschen Wirtschaftssystems aufweisen, widersprechen der Vermutung, daß die besonderen Probleme der westberliner Wirtschaft die empirische Wirtschaftsforschung vor grundlegend neue Tatsachen und wirtschaftliche Konstellationen gestellt haben.

§ 7

Der ökonomische Erkenntniswert der Leistungsbilanzanalyse.

Die Beurteilungen des Erkenntniswertes einer Leistungsbilanzanalyse sind nicht einheitlich. Sie reichen von entschiedener Ablehnung, über zahlreiche Einschränkungen bis zur grundsätzlichen Anerkennung der Aussagekraft einer solchen Bilanzbeobachtung. Die kritischen Urteile beruhen bei einigen Autoren auf der generellen Ablehnung, volkswirtschaftliche Vorgänge zu quantifizieren, und umfassen zugleich eine grundsätzliche, kritische Einstellung zur Statistik. "Denn die Statistik kann nur zu rechenhaften (summenmäßigen) Ergebnissen über die Volkswirtschaft führen, während die Anerkennung des organischen Charakters der Volkswirtschaft doch gerade die Erkenntnis in sich schließt, daß eine restlos befriedigende Kennzeichnung der Volkswirtschaft durch solche Grössen, daß eine restlos befriedigende quantitative Analyse derselben nicht möglich ist"[1].

Doch wird in diesem Urteil die Möglichkeit offengelassen, "..., daß sie erst mit der Kenntnis auch der qualitativen, nicht weiter auflösbaren Kräfte und Gegebenheiten zusammen ein abgerundetes Bild des volkswirtschaftlichen Organismus ergeben, der als solcher nicht restlos quantifizierbar ist"[2].

Die Ablehnung der statistischen Zusammenstellungen in makroökonomischen Zahlen steigert sich bei Gottl-Ottlilienfeld zur Bezeichnung dieser Quantifizierungen als "Fetischismus der Zahl"[3]. Doch blieb es nicht

---

1) A. Blind, Der Ganzheitscharakter der Volkswirtschaft und die Statistik in: Beiträge zur Deutschen Statistik. Festgabe für Franz Zizek, Leipzig 1936, S. 16

2) A. Blind, a. a. O., S. 17

3) F. Gottl-Ottlilienfeld, Volksvermögen und Volkseinkommen, eine Kritik, Jena 1928, S. 3

erst der modernen Volkswirtschaft vorbehalten, der Statistik gegenüber eine positive Haltung zu finden und in ihr ein brauchbares, wenn nicht sogar ein unerläßliches Hilfsmittel zu erkennen; vielmehr wurde schon für die ersten wirtschaftspolitischen Eingriffe in den ökonomischen Prozeß die Statistik als ein notwendiges Mittel benannt, zu einem Überblick über das wirtschaftliche Geschehen, einem "breviarium totius imperii" zu gelangen[4].

Über diese grundsätzliche Einstellung gegenüber der Statistik hinaus, die hier zwar angedeutet werden soll, deren eingehende Erörterung jedoch nicht Aufgabe der vorliegenden Arbeit ist, erlangte die Beurteilung der Handels-(bezw. Leistungs-)bilanz eine besondere Bedeutung, da diese Art der statistischen Aufzeichnung bis 1914 die erste und einzige volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (hier als Teilrechnung und nicht im Sinne der Sozialproduktsberechnung) innerhalb der deutschen amtlichen Statistik war[5].

Jedoch schon aus der Zeit der Merkantilisten sind die Aufzeichnungen über Ein- und Ausfuhr bekannt[6]. Diese Aufzeichnungen sollten schlechthin Auskunft über Blüte oder Niedergang einer Volkswirtschaft geben. Dabei wurde im allgemeinen der Ausfuhrüber-

---

4) Hinweis bei O. Keller in: Statistik in Deutschland nach dem heutigen Stand, Band II, Berlin 1940, S. 784

5) O. Keller, a. a. O., S. 785

6) J. Gruntzel, Handels-, Zahlungs- und Wirtschaftsbilanz in: Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart, 4. Band, Wien 1928, S. 88 f; Die Deutsche Zahlungsbilanz, Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für allgemeine Wirtschaftsstruktur, I. Unterausschuß, 6. Arbeitsgruppe, Berlin 1930, S. 7

schuß als ein Positivum gewertet in der Annahme,

1) daß der Aktivsaldo in Edelmetall beglichen werden müsse und
2) daß die aktive Handelsbilanz einen günstigen Beschäftigungseffekt erzeuge[7].

Aber bereits im 17. Jahrhundert entstanden Zweifel an der herrschenden Auffassung, die offenbar ihren Ursprung in der Tatsache fanden, daß die Edelmetallsendungen keineswegs als quid pro quo in der gleichen Bilanzperiode unbedingt eintrafen[8]. Auch gegen das Argument des Beschäftigungseffektes eines Ausfuhrüberschusses läßt sich einwenden, daß "mit derselben Logik der Arbeiter eine von ihm in unbezahlten Überstunden geleistete Mehrarbeit als seinen Gewinn" bezeichnen könnte[9].

Die unterschiedlichen Auffassungen über den Erkenntniswert der Leistungsbilanz können bis in die jüngste Zeit aufgezeigt werden. Die Verhandlungen und Berichte des Enquete-Ausschußes über die Deutsche Zahlungsbilanz von 1930 weisen darauf hin, daß der Leistungsbilanz "ursächliche Erklärungen positiver Art in keinem Fall zu entnehmen sind"[10], sondern daß "in Wirklichkeit nur im individuellen Fall und in einer konkreten Lage die Entscheidung zu fällen (ist), auf Grund einer ausgebreiteten Kenntnis der Gesamtheit aller wichtigen Wirtschaftsfaktoren und ihres Zusammenhanges"[11].

---

[7] Deutsche Zahlungsbilanz, a.a.O., S. 7 und J. Viner, a. a. O., S. 51

[8] J. Gruntzel, a. a. O., S. 88/89

[9] H. Huche, Die Handelsbilanz, Berlin 1901, S. 85 zitiert nach J. Gruntzel, a. a. O., S. 88

[10] Die Deutsche Zeitungsbilanz, a. a. O., S. 12

[11] ebenda

Diese Einwendungen gegen die theoretisch abstrahierende Leistungsbilanzanalyse werden auch bei Gruntzel unterstrichen, der mit Nachdruck darauf hinweist, daß eine Handels- (Leistungs-) Bilanzanalyse durch die Kenntnis der jeweilig gegebenen Datenkonstellation der betrachteten Volkswirtschaft, durch die sogenannte "Wirtschaftsbilanz", zu ergänzen ist. Die erkannten Wirkungszusammenhänge mit empirischer Fundierung jedoch erlauben noch nicht unbedingt eine Aussage über das zukünftige Geschehen. "Gefährliche Fehlschlüsse pflegen daraus zu entstehen, daß einer Zahl, die in einer bestimmten geschichtlichen Lage von hoher Wichtigkeit war, die gleiche Bedeutung auch in späteren Zeiten zugeschrieben zu werden pflegt, wo das Gefüge der Wirtschaft und der sie bedingenden Kräfte sich von Grund auf geändert hat"[12].

Die angeführten Beispiele der Einschränkungen, die für die Leistungsbilanzanalyse gemacht worden sind, sprechen jedoch nicht dagegen, die Leistungsbilanz als ein analytisches Werkzeug nutzbar zu machen. Sie mögen jedoch dazu dienen, den Weg abzustecken, den unsere Untersuchung zu gehen hat. Es ist damit die Aufgabe gestellt, die Leistungsbilanz in ihrer Gliederung und Entwicklung eng mit der gegebenen Datenkonstellation der westberliner Wirtschaft zu verknüpfen, bevor es möglich wird, eine Schlußfolgerung auf die zukünftige Gestaltung zu ziehen.

Unter diesen Voraussetzungen ist u.E. der westberliner Leistungsbilanz ein hinreichender Erkenntniswert zuzuschreiben. Damit können auch die Bedenken zurückgewiesen werden gegen eine einseitige Betrach-

---

12) Die Deutsche Zahlungsbilanz, a. a. O., S. 12

tung der westberliner Wirtschaftslage unter dem Aspekt der Leistungsbilanzanalyse[13]. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung[14] räumt gerade der Leistungsbilanz eine überaus wichtige Stellung als wirtschaftspolitischer Determinante für den reibungslosen Ablauf der Wirtschaftsentwicklung ein.

---

13) Vgl. hierzu Grünig, Krengel in: Berlin, unzerstörbare Stadt, S. 84

14) ebenda; vgl. auch Statistisches Landesamt Berlin, Das Sozialprodukt von Berlin (West) im Jahre 1956, in: Berliner Statistik, 11. Jhg. Nr. 4 S. 156

§ 8

Empirische Erfassung

a) Die Methode der Erfassung:

Die Isolierung des Westberliner Wirtschaftsraumes von seinem geographischen Hinterland bietet der empirischen Erfassung der Güter- und Geldströme weiterreichende Möglichkeiten, als sie sonst für regionale Ausschnitte einer Volkswirtschaft gegeben sind. In der gleichen Weise, wie Güter- und Geldströme einer Volkswirtschaft eine "beleuchtete Zone"[1] durchlaufen und dort einer statistischen Erfassung bei den Zoll- und Devisenbehörden zugänglich sind, können die Westberliner Güterströme an den Kontrollpunkten der Zonengrenzübergänge erfaßt werden, die Geldströme werden bei der Berliner Zentralbank erfaßt und durch Schätzungen über den Barverkehr ergänzt. Einschränkend muß jedoch festgestellt werden, daß diese Erhebung nicht ausreicht, um den gesamten Warenverkehr - namentlich den Postpaketverkehr und die Luftfracht - zu erfassen.[2]

Der Warenverkehr muß somit nach verschiedenen sich ergänzenden Erhebungsmethoden erfaßt werden. Zur

---

[1] R. Nurkse, Internationale Kapitalbewegungen, herausg. vom Österreichischen Institut für Konjunkturforschung, Wien 1935, S. 12

[2] Diese und die folgenden Ausführungen basieren auf den Verlautbarungen des Statistischen Landesamtes, Berlin, insb. Das Sozialprodukt von Berlin (West) im Jahre 1956 in: Berliner Statistik, 11. Jhg. No 4, S. 153/55

Darstellung der Erhebungsmethoden ist es erforderlich, die Güterströme regional zu unterteilen in den Handel:

1. mit dem Bundesgebiet
2. mit dem Ausland (westliches Ausland und Ostblockstaaten)
3. mit dem Währungsgebiet der DM Ost (Interzonenhandel).

Der Handel mit dem Bundesgebiet und dem westlichen Ausland wird durch sog. Warenbegleitscheine erfaßt, d.h. durch Kontrollzertifikate für die Warenbeförderung durch das Gebiet der "Deutschen Demokratischen Republik". Da die Warenbegleitscheinpflicht sich nicht auf den gesamten Warenverkehr erstreckt, muß diese Erhebung ergänzt werden durch die Erfassung des Postpaketverkehrs und der auf dem Luftweg transportierten Waren.[3)]

Sowohl die auf dem Luftwege wie die durch Postversand ausgeführten Waren können ergänzend erfaßt werden durch die sogenannten Ursprungszeugnisse, die - vom Westberliner Senat ausgestellt für Güter Westberliner Ursprungs - als Unterlage für die Rückvergütung der Umsatzsteuer Verwendung finden. Die Erhebung nach Warenbegleitscheinen und Ursprungszeugnissen erfährt noch eine Verfeinerung durch Zuschläge für die Waren, die im internen Werkverkehr zwischen westberliner und westdeutschen Betrieben zu internen Verrechnungspreisen abgerechnet werden. Außerdem ist eine zeitliche Diskrepanz zwischen der Erfassung nach Warenbegleitscheinen (Zeitpunkt des Zonengrenzübertritts) und nach Ursprungszeugnissen (Zeitpunkt der Ausstellung) in Rechnung zu stellen.

---

3) Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Ausfuhr von Gütern; die Einfuhr von Gütern auf dem Luftweg tritt zahlenmäßig kaum in Erscheinung.

Während die Erfassung der Warenausfuhr nach dem Bundesgebiet und dem westlichen Ausland bei den genannten Quellen mit hinreichender Genauigkeit vorgenommen werden kann, besteht auf der Einfuhrseite die Schwierigkeit, den Postpaketbezug zu erfassen. Die empfangenen Postpakete können zwar der Zahl nach annähernd festgestellt werden, für die wertmäßige Erfassung sind keine ausreichenden Anhaltspunkte gegeben. Nach der Methode des Statistischen Landesamtes Berlin wird der Postbezug geschätzt auf der Basis des Saldos (bestimmter repräsentativer Warengruppen) der Produktion zuzüglich Ausfuhr nach Abzug von erfaßbarer Einfuhr auf der einen Seite, und den Einzelhandelsumsätzen (der entsprechenden Warengruppen) auf der anderen Seite.

Dem Warenverkehr mit dem Bundesgebiet und dem westlichen Ausland sind die bei der Interzonenhandelsverrechnung anfallenden Angaben des Warenverkehrs mit dem Währungsgebiet der DM Ost hinzuzufügen. Um den gesamten Warenverkehr Westberlins mit der übrigen Welt zu erfassen, werden die obengenannten Gruppen des Warenverkehrs ergänzt durch die der Industrieberichterstattung entnommenen Daten des Warenverkehrs mit den Ostblockstaaten.

Der Dienstleistungsverkehr beruht auf fundierten Schätzungen. Es handelt sich hierbei um die Erfassung folgender Positionen:

Reiseverkehr
Frachten
Bundesbahn
Hafendienste
Schiffsreparaturen
Versicherungen
Provisionen, Werbungs- und Messekosten
Lizenzen und Patente
Kapitalerträge
Arbeitsentgelte

Bundespost
Behördendienste.

Allen Positionen ist gemeinsam, daß sie Teile des "unsichtbaren Sozialproduktes"[4] sind. Sie gehören also zu jenem "Beitrag zum Sozialprodukt, der nicht in der Gestalt erzeugter Güter in Erscheinung tritt"[5] Da die Summe der Dienstleistungen in einer Großstadt wie Berlin etwa der Summe der Gütererzeugung gleich ist, muß folglich auch dem Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt ein großes Gewicht zukommen. Die Erfassung des Dienstleistungsverkehrs ist für ein Teilgebiet einer Volkswirtschaft weitaus schwieriger, als die Erfassung von Güterbewegungen, da die Währungsgleichheit eine Abrechnung über Devisenbehörden entbehrlich macht und außerdem die Verflechtungen eines regionalen Teilgebietes mit dem es umgebenden Hinterland enger und vielseitiger sind als der Dienstleistungsverkehr zwischen Volkswirtschaften verschiedener Länder[6]. Die vom Statistischen Landesamt Berlin in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung angestellten Schätzungen beruhen auf den Sozialproduktsberechnungen, d.h. den Berechnungen des Wertschöpfungsanteils des Dienstleistungssektors einerseits und den Berechnungen der in West-Berlin verwendeten Dienste andererseits.

Die Erfassung der Geldströme zwischen Berlin und der übrigen Welt erfolgt bei der Berliner Zentralbank

---

4) Grünig-Krengel, "Das unsichtbare Sozialprodukt" Berlins und seine Bedeutung für die Leistungsbilanz der Stadt in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, herausgegeben vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Jahrgang 1949, Heft 4, Seite 248.

5) ebenda.

6) Vgl. auch Grünig-Krengel, a. a. O., Seite 256

in dem laufenden Konto vis-a-vis Bank Deutscher Länder (bezw. in dem korrespondierenden Konto bei der Bank Deutscher Länder), auf dem der größte Teil der aus- und eingehenden Zahlungen verrechnet wird.

Soweit der Zahlungsverkehr als verursacht durch den Waren- und Dienstleistungsverkehr erkennbar ist, folgt daraus noch nicht, daß die so erfaßten Zahlungen den Güter- und Dienstleistungstransaktionen der gleichen Periode angehören. Die Periodenzugehörigkeit kann im allgemeinen nur durch Schätzung bestimmt werden. Sofern überhaupt die Gestaltung der Zahlungsbedingungen, die häufig eine Periodenverschiebung verursacht, einer quantitaven Erfassung zugänglich sind, so müssen diese doch überprüft bezw. erweitert werden durch folgende grundsätzliche Erwägungen:

1. Die Westberliner Wirtschaft folgt dem konjunkturellen Trend der westdeutschen Wirtschaft; es kann angenommen werden, daß die Konstellationen des Käufer bezw. Verkäufermarktes in Westberlin in gleicher Weise wie in Westdeutschland auftreten. Daraus folgt, daß die Gestaltung der Zahlungsbedingungen (Gewährung von Zahlungszielen bezw. Forderung auf Vorauszahlungen) im allgemeinen in Westberlin tendenziell die gleichen sind wie in Westdeutschland.

2. In Abweichung von der gleichen konjunkturellen Grundkonstellation ist in Westberlin die strukturelle Situation von Bedeutung. Die während des beobachteten Zeitraumes herrschende Arbeitslosigkeit und das Streben, die verfügbaren Kapazitäten optimal zu nutzen, wird westberliner Unternehmer unter Umständen in einem stärkeren Maße veranlaßt haben, Zahlungsziele zu gewähren,als die westdeutschen Unternehmer in einer vergleichbaren Wirtschaftsgruppe. Doch der Gewährung von Zahlungszielen sind Grenzen

gesetzt durch den Umfang der in Westberlin verfügbaren Kredite.

3. Änderungen in der Gestaltung der Zahlungsziele können in bestimmten Perioden zu einer größeren bezw. geringeren Kreditverflechtung und damit zu einem temporären Auseinanderklaffen von Geld- und Güterströmen führen. Überblickt man jedoch mehrere Jahre, so ist anzunehmen, daß die Verschiebungen in Aktiv- und Passivdiskrepanzen sich ausgleichen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß für die Bestimmung der Periodenzugehörigkeit von Geld- und Güterströmen, ceteris paribus, tendenziell die gleiche Gestaltung der Zahlungsziele wie in Westdeutschland anzunehmen ist. Doch ist die Entwicklung des Kreditvolumens, insbesondere die des Auftragkreditvolumens, besonders zu beobachten, weil eine starke Ausweitung des Kreditvolumens u.a. vermuten läßt, daß die Westberliner Wirtschaft die Zahlungsziele für die Abnehmer der Güter verlängert hat.

Die Leistungsbilanz enthält keine Angaben über die güterwirtschaftlichen Auswirkungen der Ostmarktransaktionen. Die relativ geringen Größenordnungen dieser Transaktionen und außerdem die Schwierigkeit der statistischen Erfassung sind wohl als die Gründe zu nennen, die das Statistische Landesamt Berlin veranlaßten, auf eine Einbeziehung zu verzichten. Im Jahre 1956 betrugen nach den Angaben des Senators für Wirtschaft die Umsätze der westberliner Wechselstuben und Bankinstitute etwa 165 Millionen Westmark. Unter der Annahme, daß die gesamten Westmarkbeträge, die für Ostmark erworben wurden, für den Einkauf von Gütern und Diensten in Westberlin Verwendung fanden, würde der Anteil dieser Käufe am gesamten privaten Verbrauch in Westberlin weniger als 3 v.H. betragen.

b) Die Entwicklung der Leistungsbilanz:

Von 1949 an bis zum Ende der Berichtszeit war die westberliner Leistungsbilanz durch eine ununterbrochene Ausweitung gekennzeichnet. Die Einfuhr, die im Jahre 1949 sich auf 1.630 Millionen DM belief, stieg bis zum Jahre 1956 um 260 v.H. auf 5.853 Millionen DM. Die Ausfuhr stieg im gleichen Zeitraum von 525 Millionen DM um 835 v.H. auf 4.903 Millionen DM. Die Expansion der Leistungsbilanz, d.h. die äußere Bilanz, war begleitet von einer ständigen Erhöhung des Sozialproduktes, d.h. einer Konsolidierung der inneren Bilanz. Das beschleunigte Wachstum der Ausfuhr führte zu einer relativen Verminderung des Einfuhrüberschusses. In Prozenten der Einfuhr stieg die Ausfuhr von 32 v.H. im Jahre 1949 auf 84 v.H. im Jahre 1956. Die offensichtliche Gesundung der Westberliner Wirtschaft, die sich in diesen Relationen widerspiegelt, darf jedoch nicht die Tatsache verschleiern, daß der Einfuhrüberschuß in absoluten Größen in dem beobachteten Zeitraum annähernd auf der gleichen Höhe verharrte: im Jahre 1949 betrug der Einfuhrüberschuß 1.105 Millionen DM und war im Jahre 1956 mit dem Betrag von 950 Millionen DM nur um 155 Millionen DM oder 16,3 v.H. niedriger.

Im Gegensatz zu der kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung von Ausfuhr und Einfuhr, zeigte der Einfuhrüberschuß absolut einen Anstieg auf 1.330 Millionen DM (1951) und nach einigen Schwankungen vom Jahre 1953 an eine allmähliche Verminderung.

Übersicht 15:[7)]

(in Millionen DM)

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Einfuhr	1630	2455	3177	3347	3890	4410	5206	5853
Ausfuhr	525	1255	1847	2212	2735	3285	4131	4903
Einfuhrüberschuß	1105	1200	1330	1135	1155	1125	1075	950
Ausfuhr in v. H. der Einfuhr	32	51	58	66	70	74	79	84

Zu dem Vergleich der Leistungsbilanzdaten des Jahres 1956 mit dem Jahr 1949 ist einschränkend zu bemerken, daß das Jahr 1949 als Vergleichsbasis weniger geeignet ist als z.B. das Jahr 1950. Denn die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1949 stand noch weitgehend unter dem Einfluß der Blockade, die im Frühjahr des Jahres beendet war, aber erst nach erheblichen Anstrengungen den Weg öffnete für die Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen Westberlins mit der übrigen Welt. Im Vergleich mit dem Jahr 1950 betrug die Einfuhr 138 v.H. und die Ausfuhr 291 v.H. im Jahre 1956.

Während die Tendenz der Leistungsbilanz insgesamt eine Entwicklung der relativ abnehmenden Passivsaldi aufweist, zeigen die zwei wichtigsten Untergruppen der Leistungsbilanz, der Güterverkehr und der Dienstleistungsverkehr eine divergierende Entwicklung. Bei ständiger Ausweitung der Gütereinfuhr und Güterausfuhr ist der Passivsaldo des Güterverkehrs von 1105 Millionen DM (1949) und 1,212 Milli-

---

7) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 1957, Nr. 5, Seite 21

onen DM (1950) auf 806 Millionen DM (1956) gesunken. Der Dienstleistungsverkehr dagegen zeigte bei ebenfalls steigenden Umsätzen noch eine ausgeglichene Bilanz (1949), einen Aktivsaldo von 12 Millionen DM (1950) und einen Passivsaldo von 144 Millionen DM (1956).

Übersicht 16:[8)]

(Dienstleistungsverkehr in Mio DM)

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Bezüge	77	77	109	151	190	236	305	378
Lieferungen	77	89	107	133	167	190	202	234
Saldo	-	+12	-2	-18	-23	-46	-103	-144

Die Ergebnisse des Dienstleistungsverkehrs, die auf neuesten Berechnungen des Statistischen Landesamtes und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung basieren, stehen im Einklang mit der zunehmenden Gesundung der Westberliner Wirtschaft und der wachsenden Verflechtung mit der übrigen Welt. Es ist namentlich dem steigenden privaten Verbrauch zuzuschreiben, daß in zunehmendem Maße Westberliner im privaten Reiseverkehr auswärtige Dienste in Anspruch genommen haben. Aber auch der geschäftliche Reiseverkehr, der als Folge der Bemühungen um die Wiedergewinnung von Absatzmärkten sich laufend erhöhte, hat seinen Teil zur Erhöhung des Passivsaldos im Dienstleistungsverkehr beigetragen. Auf der anderen Seite bewirkte u.a. die Belebung des Versicherungsgeschäftes auf dem westberliner Markt, daß westdeutsche Versicherungsgesellschaften sich darum bemühten, ihre Dienste in Westberlin zu verkaufen.

---

8) Statistisches Landesamt Berlin, Berliner Statistik, 11.Jhg. Nr. 4, S. 155

In regionaler Unterteilung ergibt sich die folgende Entwicklung des Warenverkehrs:[9)]

Der Warenverkehr mit dem Bundesgebiet und dem westlichen Ausland war gekennzeichnet durch kontinuierlich wachsende Umsätze, die in der Tendenz zu einer Verminderung des Einfuhrüberschusses führten:

Übersicht 17:

Warenverkehr mit dem Bundesgebiet und dem westlichen Ausland [10)]

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Bezüge	2,307	3,017	3,156	3,615	4,074	4,778	5,347
Lieferungen	1,100	1,700	2,061	2,544	3,078	3,902	4,627
Einfuhrüberschuß	1,207	1,317	1,095	1,071	996	876	720

Der Warenverkehr mit dem Währungsgebiet der DM-Ost ist bestimmt durch die Interzonen-Handelsabkommen des Bundesgebietes mit der "Deutschen Demokratischen Republik", in denen Westberlin als Teilgebiet der Bundesrepublik eingeschlossen ist. Der freien Entfaltung des Interzonen-Handels steht die Notwendigkeit der administrativen Regulierung durch das Anschreibungs- und Genehmigungsverfahren entgegen.

---

9) Angaben über die regionale Aufgliederung des Dienstleistungsverkehrs sind nicht verfügbar.

10) Statistisches Landesamt Berlin, Berliner Statistik 11. Jhg. Nr. 4, S. 155

Übersicht 18:

Warenverkehr mit dem Währungsgebiet der DM Ost[11)]

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Bezüge	75	56	48	101	110	126	132
Lieferungen	60	32	20	32	33	43	58
Einfuhrüberschuß	15	24	28	69	77	83	74

Zum Vergleich: Der Gesamtumsatz des Interzonenhandels (einschließlich Westberlin) betrug 1,328 Millionen DM im Jahr 1956.

Der Warenverkehr mit den Ostblockstaaten spielt nur eine untergeordnete Rolle im Vergleich zu dem Handel mit dem Bundesgebiet und dem westlichen Ausland. Einfuhr und Ausfuhr betrugen jeweils weniger als 1 v.H. der gesamten Bezüge und Lieferungen Westberlins. Die Einfuhr aus den Ostblockstaaten zeigte eine steigende Tendenz, aber selbst im letzten Jahr der Berichtszeit mit dem Betrag von 31 Millionen DM war sie von geringem Gewicht. Die Lieferungen an Ostblockstaaten zeigten auf niedrigem Niveau zahlreiche Schwankungen. Im Jahre 1956 betrugen sie etwa das Doppelte des Jahres 1950. Entsprechend der unterschiedlichen Entwicklung von Ein- und Ausfuhr ergab sich ein Aktivsaldo in den Jahren 1950 bis 1953, in den Jahren 1954 bis 1956 schloß der Warenverkehr mit den Ostblockstaaten mit einem Passivsaldo ab.

---

11) Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, 1956, in "Westberliner Wirtschaft", 7. Jahrgang, No. 10/11

Übersicht 19:

Warenverkehr mit den Ostblockstaaten [12]
in Millionen DM

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Bezüge	--	--	4	6	17	22	31
Liefe-rungen	10	13	10	14	11	9	19
Saldo	+10	+13	+6	+8	-6	-13	-12

12) Statistisches Landesamt Berlin, Berliner Statistik, 11. Jhg. No 4, S. 155

§ 9

Die Finanzierung des Einfuhrüberschusses

a) Die Periode der annähernden Übereinstimmung von auswärtiger Hilfe und Leistungsbilanzsaldo: 1949 bis 1952:

Da der zwar relativ sinkende Einfuhrüberschuß, der jedoch absolut auf der Höhe von rund 1.000 Millionen DM pro Jahr verharrte, nicht aus anderweitigen Erträgen der Westberliner Wirtschaft gedeckt werden konnte, mußte der Ausgleich durch die Bereitstellung der auswärtigen Hilfe herbeigeführt werden. Anderenfalls hätte das Fehlen der auswärtigen Hilfe einen Schrumpfungsprozeß eingeleitet, in dessen Verlauf der Ausgleich durch ein ständiges Absinken der Liquidität erfolgt wäre[13]. Als Folge wäre die deflationäre Situation der Westberliner Wirtschaft zu einem Dauerzustand geworden. Das güterwirtschaftliche Leistungsbilanzdefizit ist gleich der Differenz zwischen den Einnahmen aus exportierten Gütern und Diensten und den Ausgaben für importierte Güter und Dienste. Da im Expansionsprozeß der Westberliner Wirtschaft der Bedarf an Zahlungsmitteln gestiegen ist, die dem Asservatenkonto bei der Bank Deutscher Länder entnommen werden müssen, ist dem Leistungsbilanzdefizit noch die Zunahme der Zahlungsmittel hinzuzufügen. Diese beiden Komponenten - Leistungsbilanzdefizit und Zunahme des Zah-

---

13) K. Häuser: "Westberlin als monetäre Diaspora" in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 5. Jg., Heft 10, S. 254, vgl. auch R. Krengel: "Die Westberliner Wirtschaft 1949 bis 1951", S. 24. Es handelt sich hier um eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen auswärtiger Hilfe und Einfuhrüberschuß. Vgl. S. 110 dieser Arbeit.

lungsmittelumlaufs - bilden den Saldo der Zahlungsbilanz, der durch auswärtige Zuwendungen finanziert wird. Nach unserer Definition umfassen die zur Finanzierung des Zahlungsbilanzsaldos bereitgestellten Mittel die auswärtige Hilfe zuzüglich der Passivsaldi der privaten Kredite bzw. abzüglich der Aktivsaldi der privaten Kredite. Bezogen auf einen bestimmten Zeitraum ist die Summe der auswärtigen Hilfe und die Nettokredite im Bereich der privaten Kreditverflechtungen gleich dem aus auswärtigen Quellen finanzierten Saldo der Zahlungsbilanz[14]. Daraus ergibt sich folgendes Schema:

1) Saldo der Leistungsbilanz
2) Veränderung des Zahlungsmittelumlaufs

---

3) Saldo der Zahlungsbilanz, finanziert durch
   3a) auswärtige Hilfen
   3b) private Kredite (netto).

Überblickt man die außenwirtschaftliche Entwicklung Westberlins in den Jahren 1949 bis 1956, so kann das allgemeine Schema wie folgt dargestellt werden:

1) Leistungsbilanzdefizit	(annähernd konstant)
2) Zunahme des Zahlungsmittelumlaufs	(steigend mit schwankenden Zuwachsraten)

---

3) Saldo der Zahlungsbilanz	(annähernd konstant)
3a) auswärtige Hilfen	(steigend)
3b) private Kredite, netto	(schwankend)

Die Entwicklung der einzelnen Posten, aus denen sich die auswärtige Hilfe (einschließlich privater Kredite) zusammensetzt, zeigte in dem untersuchten Zeitraum der Jahre 1949 bis 1956 eine sehr unterschiedliche Entwicklung. Die der wirtschaftspolitisch determinierten auswärtigen Hilfe entstammenden Zuwendungen zeigen einen Anstieg. Im Bereich der privaten Kreditverflechtungen jedoch ergab sich im Jahre 1953

---

14) H.Giersch, Beiträge zur Multiplikatortheorie,I, Berlin 1954, S. 9: "In einem offenen System ist die algebraische Summe aller Zahlungseingänge und aller Zahlungsausgänge gleich dem Zuwachs der Geldmenge (Zahlungsbilanzidentität)".

ein deutlicher Tendenzumschwung[15]. Die Jahre 1949 bis 1952 waren gekennzeichnet durch eine annähernde Übereinstimmung der Zuwendungen aus auswärtigen Hilfen und dem Saldo der Leistungsbilanz (zuzüglich der Zunahme des Zahlungsmittelumlaufs).

Übersicht 20[16]

Finanzierung des Einfuhrüberschusses
(in Millionen DM)

	1949	1950	1951	1952
Auswärtige Hilfe	998	993	1210	1164
Private Kredite	222	327	245	91[17]
Davon Nostrogeschäfte der Banken			14	3
Auswärtige Zuwendungen (netto)	1120	1320	1455	1255
Abzüglich der Zunahme des Zahlungsmittelumlaufs	115	120	125	120
Für die Finanzierung des Einfuhrüberschusses verwendete auswärtige Hilfen und Kredite	1105	1200	1330	1135

15) Die Leistungsbilanz Westberlins in: Wochenberichte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Jg.24, Nr. 5, Seite 22; Das Geld- und Kreditwesen Westberlins im Jahre 1954, Jahresbericht der Berliner Zentralbank, Seite 2.

16) Quelle: Die Leistungsbilanz Westberlins in: Wochenberichte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Jg. 24, Nr. 5, Seite 22.

17) Die starke Abnahme der privaten Kredite wird bei der genannten Quelle als Anzeichen eines Tendenzumschwunges - verursacht durch die zunehmende Gesundung der Westberliner Wirtschaft - bezeichnet. Einschränkend sei jedoch darauf hingewiesen, daß die zwar tendenziell zutreffende Entwicklung jedoch in ihren absoluten Größenordnungen statistische Fehler enthalten kann. Vgl. auch S. 90 dieser Arbeit.

Das Zahlenbild spiegelt deutlich die überaus starke Abhängigkeit der Westberliner Außenwirtschaft von der auswärtigen Hilfe in den Jahren 1949 bis 1952 wider. Die erst anlaufende Aufwärtsentwicklung der Westberliner Wirtschaft war in diesen Jahren noch in einem Stadium, in dem die Vermögensbildung und damit auch die Möglichkeit, im privaten Bereich als Kreditgeber aufzutreten, stark beschränkt war. Die Unterteilung der privaten Kreditverflechtungen in "Nostrogeschäfte der Banken" und übrige Kreditverflechtungen (der als Restposten hauptsächlich Gewährung von Zahlungszielen und Wertpapierengagements umfaßt), läßt die Auswirkungen des Verlustes der Stellung als Bank- und Börsenzentrum erkennen; in diesen Bereichen verharrte die Westberliner Wirtschaft eindeutig in der abhängigen Position des Kreditnehmers. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß aus den Zahlenangaben über die privaten Kreditverflechtungen lediglich die Entwicklungstendenz, nicht aber die absolute Größenordnung abgelesen werden sollte. Denn dieser Restposten enthält offenbar auch die sich aus anderen Posten akkumulierenden Fehler.

b) Die Periode der wachsenden Kreditverflechtungen: 1953 bis 1956:

Die Jahre 1953 bis 1956 standen unter dem Zeichen einer zunehmenden Kreditverflechtung innerhalb des privaten Sektors. Das Auftreten von Aktivsaldi hatte bilanzmäßig die Wirkung, daß die zur Verfügung gestellten Zuwendungen aus auswärtigen Hilfen einen Überschuß gegenüber dem Defizit der Leistungsbilanz aufwiesen.

Übersicht 21[18)]

Finanzierung des Einfuhrüberschusses
in Millionen DM

	1953	1954	1955	1956
Auswärtige Hilfe	1511	1480	1790	1779
Private Kredite	-281	-270	-635	-739
davon 'Nostrogeschäfte der Banken	+1	+32	-66	-103
Auswärtige Zuwendungen (netto)	1230	1210	1165	1040
Abzügl. der Zunahme des Zahlungsmittelumlaufs	75	85	90	90
Für die Finanzierung des Einfuhrüberschusses verwendete auswärtige Hilfen und Kredite	1155	1125	1075	950

18) Die Leistungsbilanz Westberlins, in: Wochenberichte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Jg. 24, Nr. 5, Seite 22.

Die zwar tendenziell steigende Höhe der auswärtigen Hilfe, die jedoch in den einzelnen Jahren des beobachteten Zeitraums zahlreiche Schwankungen aufwies, findet ihre Erklärung in der Tatsache, daß die auswärtigen Hilfen in vielen Teilen administrativ festgesetzt und zum Teil auch losgelöst vom allgemeinen Wirtschaftsverlauf nach Westberlin flossen. Es handelt sich im wesentlichen um die Zuwendungen aufgrund des Lastenausgleich-Gesetzes, dienach Westberlin vergeben wurden in dem Tempo, in dem die Lastenausgleichsbehörden die anfallenden Anträge bearbeiten und Feststellungsbescheide erlassen konnten. Auch im Bereich der Gegenwert-Hilfe sind Schwankungen zu vermerken, die ihre Ursache z.T. nicht im allgemeinen Wirtschaftsverlauf finden. Die Auszahlung von Gegenwertkrediten - bzw. Beteiligungshilfen - wird entsprechend dem Abruf durch den Kreditnehmer vorgenommen. Namentlich bei größeren Investitionsprojekten, zu deren Durchführung Ausrüstungen mit langen Lieferfristen benötigt werden, können erhebliche Verzögerungen zwischen Bereitstellung und Auszahlung der Kredite auftreten. Die Wirkung dieser Verzögerungen bzw. die Schwankung im liquiditätsmäßigen Bedarf nach Gegenwertmitteln auf die nach Westberlin fliessenden Geldströme wird z.T. ausgeglichen durch regelmäßige Globalüberweisungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Marshallplan-Ministerium) an die Berliner Zentralbank. Über diese Gelder kann das Institut zur zwischenzeitlichen Anlage (insbesondere Liquiditätshilfen für die westberliner Geschäftsbanken) verfügen.

Die Bundeshilfe, die für den Zweck dieser Untersuchung definiert wurde als Bruttozuwendung (abzüglich der rücküberwiesenen Bundessteuern, die in Westberlin vereinnahmt werden) zeigte unter dem Einfluß der sich ständig erhöhenden Steuereinnahmen per Saldo eine tendenzielle Verminderung im Verlauf der Jahre. Diese Entwicklung, die im Gegensatz zu

den obengenannten Schwankungen in Teilbereichen der auswärtigen Hilfen sich vollzieht, verläuft parallel mit der wachsenden Gesundung der Westberliner Wirtschaft. Sie ist bezüglich ihrer Verursachung vergleichbar mit den Zuwendungen für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe, für die der Bedarf mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit ebenfalls eine sinkende Tendenz in dem Berichtszeitraum aufwies.

Die angeführten Beispiele der Entwicklung der auswärtigen Hilfen verdeutlichen, daß die Tendenzen der Mittelvergabe einmal ihren Ursprung in administrativen Entscheidungen haben, zum anderen auch durch den Wirtschaftsverlauf direkt bestimmt sein können[19]. Auf der Basis dieser Unterscheidung in der Verursachung liegt die Vermutung nahe, daß die Tendenzen im Bereich der privaten Zuwendungen ausschließlich durch den Wirtschaftsverlauf bestimmt seien. Die Vermutung wird gestützt durch die Tatsache, daß die Aktivdiskrepanzen seit 1953 eine ständige Zunahme aufwiesen, d.h., in einer Periode, die durch die Stärkung des Westberliner Wirtschaftspotentials und der wachsenden Verflechtung der Westberliner mit der westdeutschen Wirtschaft gekennzeichnet gewesen ist. Im wesentlichen wird die Vermutung zutreffen, doch sind einige Einschränkungen zu machen: Bei der Analyse der privaten Kreditverflechtungen sind nur gewisse Teilbereiche einer Erfassung zugänglich, da der Saldo der Kreditverflechtungen innerhalb der Zahlungsbilanz eine Restgröße darstellt. In den Teilen der privaten Kreditverflechtungen, die erfaßbar sind und mit einem Sachgehalt verknüpft werden können, lassen sich jedoch

---

19) Diese Feststellung steht nicht im Gegensatz zu unserer Definition, die die Auswärtige Hilfe insgesamt als "wirtschaftspolitisch determiniert" bezeichnet, denn auch die administrativen Entscheidungen werden unter Berücksichtigung des Wirtschaftsverlaufes getroffen.

auch Tendenzen erkennen, die nicht ausschließlich durch den Wirtschaftsverlauf bedingt sind. Es ist z.B. anzunehmen, daß ein gewisser Teil der Nostroguthaben Westberliner Banken dadurch entstanden ist, daß öffentliche Versicherungsträger Globalüberweisungen nach Westberlin vorgenommen haben, die zu einer Erhöhung der liquiden Mittel der Geschäftsbanken führten und so eine temporäre Geldanlage in Westdeutschland ermöglichten, D.h., es besteht eine indirekte Beziehung zwischen der wachsenden Gläubigerposition der Berliner Geschäftsbanken auf dem Westdeutschen Geldmarkt und den administrativen Entscheidungen bezüglich Geldüberweisungen nach Westberlin der Westdeutschen öffentlichen Versicherungsträger.

Von 1953 bis 1956 stieg die Aktivdiskrepanz per Saldo von 281 Millionen DM auf 739 Millionen DM oder um mehr als 150 v. H.

§ 10

Die Leistungsbilanz als Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung:

Das Defizit in der Westberliner Leistungsbilanz bildet den auswärtigen Beitrag zum Gesamtbetrag der verfügbaren Güter und Dienste[1]. Diese Beziehung kann durch das folgende Schema dargestellt werden:

1) Nettosozialprodukt zu Faktorkosten
   + indirekte Steuern
   ./. Subventionen
2) Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
   + Abschreibungen
3) Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
   + Einfuhrüberschuß
4) Gesamtbetrag der verfügbaren Güter und Dienste.

Die systemgerechte Abgrenzung der in Anspruch genommenen Güter und Dienste durch Inländer einerseits und Ausländer andererseits, die als sichtbarer oder unsichtbarer Leistungsverkehr im Rahmen der Leistungsbilanz abgerechnet werden, beruhen auf den Vorschlägen der OEEC für eine standardisierte Erfassung[2]. Nach der Begriffsbestimmung der OEEC sind sowohl Körperschaften, Einzelpersonen

---

1) "Ein Standardsystem Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, herausgegeben von der OEEC, 1952", ins Deutsche übersetzt vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, Oktober 1953, Seite 11. Vgl. auch F. Bülow: "Volkswirtschaftslehre", Berlin und Frankfurt 1957, Seite 458.

2) OEEC, Ein Standardsystem usw., Seite 26.

als auch staatliche Dienststellen als Inländer zu bezeichnen. Angehörige des konsularischen Dienstes wie auch die Besatzungsstreitkräfte, die in Westberlin stationiert sind, gehören zu den Ausländern (ausschließlich der von diesen Dienststellen beschäftigten einheimischen Personen). Daraus folgt, daß die von dieser Gruppe in Anspruch genommenen Güter und Dienste einen Teil des unsichtbaren Exports bilden.

Im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gewinnt das Phänomen des annähernd konstanten Defizits der Leistungsbilanz einen neuen Aspekt. Bezogen auf den Gesamtbetrag der verfügbaren Güter und Dienste zeigt sich eine deutlich sinkende Tendenz des Einfuhrüberschusses.

Übersicht 22[3)]

Einfuhrüberschuß und Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen in Mio DM:

	Bruttosozialprod. zu Marktpreisen	Einfuhrüberschuß	Gesamtbetrag der verfügbaren Güter und Dienste	Einfuhrüberschuß in v. H. der verfügbaren Güter und Dienste
1949	3245	1105	4350	25,4
1950	3862	1200	5062	23,7
1951	4725	1330	6055	22,0
1952	5119	1135	6254	18,0
1953	5707	1155	6862	16,8
1954	6387	1125	7512	15,0
1955	7379	1075	8454	12,7
1956	8230	950	9180	10,3

3) Quelle: Statistisches Landesamt Berlin, Berliner Statistik, 11. Jhg., Nr.4, Seite 146 ff.

Die so bedeutsame Entwicklungstendenz des abnehmenden Beitrags aus auswärtigen Quellen zum Gesamtbetrag der verfügbaren Güter und Dienste läßt sich auch aus einer Berechnung des Zahlenschemas zu konstanten Preisen entnehmen:

Übersicht 23[4)]

Einfuhrüberschuß und Bruttosozialprodukt in konstanten Preisen von 1950 in Millionen DM:

	Bruttosozialprod. zu Marktpreisen	Einfuhrüberschuß	Gesamtbetrag der verfügbaren Güter und Dienste	Einfuhrüberschuß in v. H. der verfügbaren Güter und Dienste
1950	3862	1200	5062	23,7
1951	4337	1193	5530	21,6
1952	4598	1045	5643	18,5
1953	5255	1090	6345	17,2
1954	5930	1063	6993	15,2
1955	6759	999	7758	12,9
1956	7347	901	8248	10,9

Bis auf das Jahr 1951, in dem in konstanten Preisen berechnet der Anteil des Einfuhrüberschusses etwas niedriger war als zu laufenden Preisen, war in allen übrigen Jahren des beobachteten Zeitraums der Einfuhrüberschuß in v. H. der verfügbaren Güter und Dienste geringfügig höher als der jeweilige Anteil zu laufenden Preisen berechnet. M. a. W. die Abnahme des Einfuhrüberschusses verlief in

4) Statistisches Landesamt Berlin; Berliner Statistik, 11.Jhg. Nr.4, S.146 ff, Angaben für 1949 sind nicht verfügbar. Zur Terminologie vgl. F. Bülow, Volkswirtschaftslehre, Berlin-Frankfurt 1957, S. 459

einer etwas flacheren Kurve bei der Berechnung zu konstanten Preisen als zu laufenden Preisen. Obwohl die Differenzen gering waren - z.B. betrug im Jahre 1956 der Anteil des Einfuhrüberschusses 10,3 v. H. in jeweiligen Preisen und 10,9 v. H. in konstanten Preisen - muß jedoch die Folgerung gezogen werden, daß die Preisentwicklung eine volumenmäßig stärkere Abhängigkeit vom Außenbeitrag bewirkte.

Je Einwohner des Stadtstaates Westberlin wurden von einem Betrag von 2366 DM, der für Güter und Dienste verwendet wurde, im Jahre 1949 der Betrag von 561 DM durch den Einfuhrüberschuß bzw. durch die zur Finanzierung des Einfuhrüberschusses verwendete auswärtige Hilfe bereitgestellt. Bis zum Jahre 1956 hatte sich dieses Verhältnis erheblich verbessert: je Einwohner entstammten nur noch 430 DM der auswärtigen Hilfe bei einem Betrag von 4161 DM, der für Güter und Dienste verwendet wurde.

Übersicht 24[5]:

Einfuhrüberschuß und Gesamtbetrag der Güter und Dienste je Einwohner in DM zu jeweiligen Preisen:

	Betrag der Güter und Dienste	Einfuhrüberschuß
1950	2366	561
1951	2799	615
1952	2882	523
1953	3108	523
1954	3425	513
1955	3852	490
1956	4161	430

5) Quelle: Statistisches Landesamt Berlin

DRITTER HAUPTTEIL

Die Interdependenz von auswärtiger Hilfe und Entwicklung der Leistungsbilanz

§ 11

Die Problemstellung

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln die auswärtige und die Leistungsbilanz beschrieben und in ihrer Entwicklung dargestellt wurden, soll im folgenden der Versuch unternommen werden, den Wirkungszusammenhang zwischen der auswärtigen Hilfe und der Entwicklung der Leistungsbilanz zu untersuchen.

Das Kriterium für die Wirkung der auswärtigen Hilfe ist der Saldo der Leistungsbilanz, d.h. die Abhängigkeit Westberlins von der übrigen Welt. Zur Beleuchtung dieses Wirkungszusammenhanges sind die Fragen zu stellen:

1. Wie wirkt die auswärtige Hilfe auf das Wirtschaftspotential, insbesondere die Liefermöglichkeiten der Westberliner Wirtschaft?
2. Welche Wirkungen ergeben sich aus der gegenwärtigen Hilfe für den Importbedarf, bzw. welche Importabhängigkeiten treten im Verlauf der Westberliner Wirtschaftsentwicklung auf?

Die Ergebnisse einer solchen Untersuchung können lediglich zu einer Feststellung der Entwicklungs-
t e n d e n z e n , nicht aber zu einer Quantifizierung in absoluten Größenordnungen führen. Da es nur auf dem Wege einer gedanklichen Eliminierung möglich ist, die Wirkungen der auswärtigen Hilfe von den autonomen Veränderungen der Westberliner Wirtschaft zu trennen, sind zugleich die Grenzen einer empirisch-quantifizierenden Betrachtung unseres Untersuchungsgegenstandes gegeben.

Während im Vorangegangenen der statisch-bilanzmäßige Zusammenhang der Leistungsbilanz und der auswärtigen Hilfe in dem güterwirtschaftlichen Saldo zwischen Einfuhr und Ausfuhr einerseits und dem monetären Saldo der auswärtigen Hilfe abzüglich der Aktivsalden der privaten Kreditverflechtungen andererseits dargestellt wurde, muß zur Beantwortung der hier gestellten Fragen die auswärtige Hilfe in ihrer Gesamtheit als Wirkungsquantum in Rechnung gestellt werden.

Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildet ein Vergleich der tatsächlichen Entwicklung der Leistungsbilanz mit den Planzielen des Enquête-Berichtes. Die Diskrepanzen zwischen geplanter und tatsächlicher Entwicklung bieten uns einen Maßstab, den Erfolg der auswärtigen Hilfe zu erfassen.

§ 12

Die Entwicklung der Leistungsbilanz im Vergleich mit den Planzielen des Enquête-Berichtes

Das Ziel des Enquête-Planes war es, etwa 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen bzw. die Zahl der Arbeitslosen auf annähernd 100.000 zu reduzieren[1]. Als Zeitraum, in dem dieses Ziel erreicht werden sollte, wurde die Periode von etwa vier Jahren genannt. Bei Erreichung des Planzieles sollten nach der Schätzung des Enquête-Berichtes das Westberliner Sozialprodukt und der Einfuhrüberschuß sich auf die folgenden Größenordnungen stellen[2]:

Übersicht 25

(Planziele des Enquête-Berichtes)
Sozialprodukt und Einfuhrüberschuß
(Schätzung in Mio DM):

Sozialprodukt	6.105
Einfuhrüberschuß	350
Gesamtbetrag der verfügbaren Güter und Dienste	4.455

Nachdem die Arbeitslosigkeit auf approximativ 100.000 Personen reduziert worden sei, würde der Anteil der in Westberlin produzierten Güter und Dienste 94,6 v.H. und der Außenbeitrag 5,4 v.H. am Gesamtbetrag der verfügbaren Güter und Dienste betragen. Der geschätzte Außenbeitrag ergab sich aus

---

1) Enquête-Bericht Seite 7
2) ebenda Seite 42

einem Ausfuhrvolumen von 3.100 Millionen DM und einem Einfuhrvolumen von 3.450 Millionen DM oder in der Relation zwischen Ausfuhr und Einfuhrüberschuß von 89,9 v.H. zu 10,1 v.H.

Da das Beschäftigungsziel den Ausgangspunkt der Enquête-Planung darstellt, ergibt sich die Notwendigkeit, die tatsächlichen Größenordnungen mit den Planzielen in dem Zeitpunkt zu vergleichen, in dem die Beschäftigungsentwicklung sich dem Planziel weitestgehend genähert hatte. Im Jahre 1956 hatte die Zahl der Arbeitslosen zum ersten Mal die 100.000-Grenze unterschritten; als Vergleichszeit bietet sich daher das Jahr 1956.

Im Jahre 1956 zeigte der Gesamtbetrag der verfügbaren Güter und Dienste folgende Zusammensetzung:

Übersicht 26

Sozialprodukt und Außenbeitrag im Jahre 1956
(Ist-Zahlen berechnet in konstanten Preisen von 1950)

	in Mio DM	in v.H.
Sozialprodukt	7.347	89,1
Saldo der Leistungsbilanz	901	10,9
Gesamtbetrag der verfügbaren Güter und Dienste	8.248	100,0

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin

Ein Vergleich der tatsächlichen Entwicklung mit den Planzielen zeigt, daß der Außenbeitrag im Jahre 1956 um 450 Millionen DM die Planzahl überschritt. Während der Anteil des Einfuhrüberschusses im Enquête-Plan auf nur 5,4 v.H. am Gesamtbetrag

der verfügbaren Güter und Dienste betragen sollte, ergab sich in der tatsächlichen Entwicklung ein Außenbeitrag von 10,9 v.H., d.h. ein Anteil, der mehr als doppelt so hoch war wie die Schätzung. Da zur gleichen Zeit das Sozialprodukt (in konstanten Preisen) um 20,3 v.H. oder 1.242 Millionen DM über das Planziel lag, läßt sich die Diskrepanz zwischen dem geschätzten und dem tatsächlichen Einfuhrüberschuß jedenfalls nicht daraus erklären, daß in dem Plan die Entwicklung des Wirtschaftspotentials unterschätzt worden war.

Die Angaben über die Höhe der auswärtigen Hilfe, die zur Verwirklichung des Planzieles erforderlich erachtet wurde, beschränkt sich auf die Mittel für die Aufstockung der Produktionskapazitäten. Der Enquête-Bericht schätzt für diesen Zweck einen Betrag von 900 bis 1.000 Millionen DM[3]. Aus den verfügbaren Quellen[4] läßt sich eine annähernde Übereinstimmung der zur Verfügung gestellten Investitionskredite und der Plandaten erkennen.

Da die vorliegenden Angaben über die Produktion von Gütern und Diensten und die Bereitstellung von auswärtiger Hilfe[5] eine Erfüllung bzw. ein Überschreiten von Plandaten anzeigen, soll nunmehr durch Vergleich von Ist-Zahlen der Verwendungsseite

---

3) Enquête-Bericht Seite 14; vgl. auch Seite 28 der vorliegenden Arbeit.

4) Handbook of Economic Statistics, prepared monthly by the Commercial Attache Division, American Embassy, Bonn-Bad Godesberg, May 1957; "Die Leistungsbilanz Westberlins" in: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, 24.Jhrg., Nr.5, S.22

5) Für Investitionszwecke entsprechend der im Enquête-Bericht vorgenommenen Abgrenzung.

des Sozialprodukts mit dem Planziel ein Maßstab gewonnen werden, die Diskrepanzen zu erforschen, die das Auseinanderklaffen vom geplanten und tatsächlichen Einfuhrüberschuß verursacht haben können:

Übersicht 27

Verwendung der verfügbaren Güter und Dienste (Ist-Zahlen im Vergleich mit dem Planziel in konstanten Preisen von 1950)

in Mio DM

	1956 Ist-Zahlen	Planziel
Privater Verbrauch	5.390	4.100
Öffentlicher Verbrauch	1.264	800
Anlageinvestitionen	1.299	1.410
Vorratsveränderungen	295	145
Gesamtbetrag der verfügbaren Güter und Dienste	8.248	6.455

Quelle: Statistisches Landesamt, Enquête-Bericht.

Der private Verbrauch überstieg das Planziel um 1.290 Millionen DM und wies damit - in absoluter Größenordnung - die größte Differenz zur Planzahl auf. Ebenso überstieg der öffentliche Verbrauch und die Vorratsänderungen die Plandaten um 464 Millionen DM bzw. 150 Millionen DM. Lediglich der Posten "Anlageinvestitionen" bleibt um 111 Millionen DM hinter dem geschätzten Volumen zurück. Ohne auf den Wirkungszusammenhang zwischen auswärtiger Hilfe und Investitionstätigkeit hier näher einzugehen, der in dem folgenden Kapitel im einzelnen dargestellt werden soll, kann an dieser Stelle jedoch schon darauf hingewiesen werden, daß diese Diskrepanz z.T. dadurch erklärt werden kann, daß für die Verwirklichung der Planziele ein

Zeitraum von nur vier Jahren angenommen worden war und demzufolge die Planung der Investitionen eine stärkere Konzentration in zeitlicher Hinsicht erforderte als die tatsächliche Entwicklung, die erst nach dem Ablauf von approximativ fünf Jahren zur Erreichung des Beschäftigungszieles führte.

Die hier aufgezeigten Diskrepanzen zwischen dem Plansoll und den Ist-Zahlen von 1956 (in konstanten Preisen berechnet, d.h. unter Berücksichtigung der Preis- und Einkommenssteigerungen seit 1950) vermindern jedoch nicht die wirtschaftspolitische Bedeutung des langfristigen Planes. Notwendigerweise ist ein solcher Plan zunächst eine Arbeitshypothese, die mit zahlreichen unbekannten Größen behaftet ist. Da der Long-term Plan für Berlin jedoch die Grundlage für die Bereitstellung der amerikanischen Hilfe bildete, wurde die Arbeitshypothese zur wirtschaftlichen Wirklichkeit in dem Maße, wie die auswärtigen Hilfen plangemäß der Westberliner Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurden.

§ 13

Die Rolle des Einfuhrüberschusses im volkswirtschaftlichen Kreislauf.

a) Das Modell der offenen Volkswirtschaft

In einem der vorangegangenen Kapitel hatten wir die Beziehungen einer Volkswirtschaft zu dem sie umgebenden Wirtschaftsraum als Bezüge und Lieferungen aufgezeigt. Um den Wirkungszusammenhang zwischen der auswärtigen Hilfe bzw. seinem Korrelat in Form des Einfuhrüberschusses und der Leistungsbilanzentwicklung zu beleuchten, ist es notwendig, sich zu vergegenwärtigen, welche Bedeutung dem Saldo zwischen Bezügen und Lieferungen im Rahmen des volkswirtschaftlichen Kreislaufes zukommt. Die Tatsache, daß wir uns zuerst der Untersuchung des Einfuhrüberschusses zuwenden, soll jedoch nicht die Entscheidung präjudizieren, ob der Einfuhrüberschuß primärer Natur ist und die wirtschaftspolitisch determinierten Kapitalbewegungen der auswärtigen Hilfe lediglich die Rolle einer sekundären Ausgleichsfunktion zuzusprechen ist[1].

Das Einkommen einer geschlossenen Volkswirtschaft ist bestimmt durch den Geldwert der privaten und öffentlichen Produktion von Gütern und Diensten[2].

---

1) I. Rieckenberg bezeichnet als sekundäre bzw. induzierte Kapitalbewegungen diejenigen, die durch Veränderungen der Handelsbilanz verursacht sind; in: Die Bedeutung des Kapitalexports, Diss. Berlin 1954, S.11 f.

2) Ch. la Roche, die Schweizerische Konjunkturpolitik in der Nachkriegszeit, Berlin 1947, S. 29.

Der Entstehung des Einkommens aus den genannten Komponenten entspricht die Verwendung für Verbrauchsausgaben und Investitionen[3]. Diese Beziehung ist durch das Modell (1) $Y = C + I$

oder (2) $Y = C + S$

darzustellen; Y bezeichnet das Gesamteinkommen; C sind die Verbrauchsausgaben; I ist das Symbol der Investitionsausgaben; S bezeichnet das Sparen[4]. In dem Modell der offenen Volkswirtschaft sind die Wirkungen der Bezüge und Lieferungen auf das Einkommen durch eine Erweiterung der Einkommensgleichung um den Saldo der Bezüge und Lieferungen darzustellen:

(3) $Y = C + I + (X ./. M)$ [5],

d. h., das Volkseinkommen ist bestimmt durch den Inlandskonsum zuzüglich der Investitionen (hier Nettoinvestitionen) und dem Saldo von auswärtigen Bezügen und Lieferungen[6].

Die methodisch notwendige Vereinfachung dieser Schemata führt zu dem Schluß, daß im Fall einer ausgeglichenen Leistungsbilanz, d. h., wenn die außenwirtschaftliche Komponente des Gesamteinkommens auf null reduziert ist, die Einkommensgleichung einer geschlossenen Volkswirtschaft (1) gleich ist dem Modell der offenen Volkswirtschaft:

(4) $Y = C + I \pm 0$

---

3) Ch. la Roche, ebenda; A. Paulsen, Allgemeine Volkswirtschaftslehre I, Berlin 1956, S. 71; F. Bülow, Wörterbuch der Wirtschaft, 2. Auflage, S. 133 ders. Volkswirtschaftslehre, S. 455 f.

4) A. Paulsen, Allgemeine Volkswirtschaftslehre I, Seite 71; E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie I, Die Theorie des Wirtschaftskreislaufes, Tübingen 1947, Seite 48.

5) A. Paulsen, Allgemeine Volkswirtschaftslehre I, Seite 71.

6) E. Schneider, a.a.O. Seite 65.

Die formale Übereinstimmung der Gleichungen (4) und (1) unterliegt jedoch der Einschränkung, daß sie keinen Aufschluß über die Tatsache gibt, daß das Gesamteinkommen der offenen Volkswirtschaft selbst bei ausgeglichener Leistungsbilanz erhöht wird durch die Einkommen aus der Produktion von Gütern und Diensten, die für den Export bereitgestellt werden[7].

Aus der ex post vorhandenen Gleichheit von Sparen und Investierung innerhalb einer geschlossenen Volkswirtschaft ergibt sich die Beziehung

$$(5) \quad I = S + (X ./. M) \text{ [8]},$$

$$\text{oder } (5a) \quad S = I + (X ./. M)$$

für die offene Volkswirtschaft, die mit der übrigen Welt durch güterwirtschaftliche Bezüge und Lieferungen bzw. durch die entsprechenden Geldströme und/oder Kreditengagements verbunden ist.

Neben den Wirkungen der Außenwirtschaft auf das Einkommen bzw. seine Komponenten steht die güterwirtschaftliche Versorgung in ihrer außenwirtschaftlichen Abhängigkeit. Für die offene Volkswirtschaft, die mit anderen Volkswirtschaften durch Importe und Exporte verbunden ist, gilt die Gleichung:

(6) Staatsraumversorgung = Produktion
+(Import ./. Export)[9]

Für ein regionales Teilgebiet wie Westberlin gilt

---

7) E. Schneider, a.a.O. Seite 65

8) E. Schneider, a.a.O. Seite 66

9) H. Jürgensen, Die Westeuropäische Montanindustrie und ihr gemeinsamer Markt, Göttingen 1955, S.174. F. Eulenburg, Außenhandel und Außenpolitik, Tübingen 1929, S. 65.

formal die gleiche Beziehung; da jedoch an der feststehenden Begriffsbestimmung festgehalten wird, der zufolge das Begriffspaar Export und Import auf die Beziehungen zwischen Volkswirtschaften beschränkt sind, empfiehlt es sich, die Beziehungen des Teilgebietes zu dem übergeordneten Wirtschaftsraum gesondert in Rechnung zu stellen:

(6a) Regionalversorgung = Produktion
+ (Bezüge ./. Lieferungen)
+ (Import ./. Export)[10)]

Diese Gleichung basiert auf einer langfristigen Betrachtung. Bei einer kurzfristigen Betrachtung ist es möglich, daß die Versorgung eines Gebietes innerhalb eines bestimmten Zeitraumes auch durch eine Lagerveränderung modifiziert wird[11)]. Die Dauer eines Lagerabbaus ist beschränkt durch die Vorratsvolumen am Anfang der beobachteten Periode. Für die kurzfristige Betrachtung ist es daher von Bedeutung, daß der Lagercyklus in Rechnung gestellt wird. Daraus folgt, daß auf die Periode, in der die Regionalversorgung eine zusätzliche Bereicherung durch einen Lagerabbau erfährt, gefolgt ist von einer Periode, in der die Güterströme aus der Produktion und den außenwirtschaftlichen Beziehungen nicht in Gänze für die Versorgung zur Verfügung stehen, sondern ein Teil der aus diesen Quellen bereitgestellten Güter für den Lageraufbau abgezweigt werden muß. Deshalb gilt für die kurzfristige Betrachtung, bezogen auf

---

10) H. Jürgensen, a.a.O. Seite 174

11) vgl. hierzu R. G. Hawtrey, The Balance of Payments and the Standard of Living, New York 1950, S. 37.

einen bestimmten Zeitraum, die folgende Beziehung:

(7) $V = P + (B ./. L) + (M ./. X) + L$

V = Versorgung eines Wirtschaftsraumes
P = Produktion
B = Bezüge
L = Lieferungen
M = Import
X = Export
L = Saldo der Lagerveränderungen.

b) Einkommensminderung als Folge des Einfuhrüberschusses

Überträgt man die Folgerungen, die sich aus der allgemeinen Einkommensgleichung ergeben, auf die Westberliner Wirtschaft, die in den Jahren 1949 bis 1956 durch einen Einfuhrüberschuß gekennzeichnet gewesen ist, so ist folgendes festzustellen:

Der Einkommensteil, der durch die Verbrauchsausgaben ständig reproduziert wird, erfährt eine Minderung in Höhe des Saldos der Leistungsbilanz. Da die Westberliner Wirtschaft höhere monetäre Leistungen für die Bezahlung der auswärtigen Bezüge und Importe zu erbringen hat, als ihr an Erlösen aus Lieferungen und Exporten zufließen, unterliegt das Gesamteinkommen dem negativen Einfluß des Leistungsbilanzdefizits, vorausgesetzt, daß keine wirtschaftspolitisch determinierte Hilfe zur Verfügung gestellt wird. Ohne die auswärtige Hilfe ergäbe sich theoretisch der folgende Wirkungszusammenhang, für den abgekürzt die Formel gilt:

(8) Gesamteinkommen = Verbrauchsausgaben
+ Investitionsausgaben
./. Einfuhrüberschuß

Vorausgesetzt, daß für die Bezahlung des Einfuhrüberschusses keine speziellen auswärtigen Zuwendungen verfügbar sind, "... schwebt das Berliner Geldbassin ... dauernd in der Gefahr, nach Westdeutschland hin auszulaufen, und dem Berliner Bedarf zu

wenig an Liquidität übrig zu lassen"[12].

Da in dem angenommenen Fall die auswärtigen Bezüge aus dem Einkommen bezahlt werden müssen, das aus der Westberliner Produktion entstanden ist, ergibt sich eine entsprechende Minderung der Westberliner Nachfrage bzw. als Folge ein Beschäftigungsrückgang mit kumulativer Wirkung[13].

Die Bedeutung des Geldabflusses für die Bezahlung des Einfuhrüberschusses für das Wachstum der Wirtschaft läßt sich ermessen an dem Vergleich von Investitionen und Importüberschuß. Für das Wachstum der Wirtschaft ist die Investition von entscheidender Bedeutung, "erhöhtes Einkommen läßt sich nur durch z u s ä t z l i c h e Investition erzielen[14]". Dagegen bewirkt der nicht investitionsbedingte Importüberschuß einen der Investition entgegengesetzten Einfluß auf die Einkommens- bzw. Nachfrageentwicklung: aufgrund seiner einkommensmindernden Wirkung ist der Importüberschuß einer Verminderung der Inlandsinvestitionen gleichzustellen[15].

Im Hinblick auf die langfristigen Ziele der Westberliner Wirtschaftspolitik, d. h. die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Förderung der Investitionstätigkeit, sind die Möglichkeiten der Westber-

---

12) K. Häuser, Monetäre Diaspora, Seite 253

13) Ch. la Roche, Schweizerische Konjunkturpolitik S.31; vgl. auch R. Nurkse, The Relation between Home Investment and External Balance in the Light of British Experience 1945-1955, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. XXXVIII No 2, 1956, S.138: "A trade deficit constitutes a leakage of purchasing power."

14) G. Bombach, Zur Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, in: Weltwirtschaftliches Archiv, No 7o (1953) I, Seite 114.

15) La Roche, Beschäftigungspolitik in der Demokratie, Zürich 1947, S. 246; F. Machlup, International Trade and The National Income Multiplier, Philadelphia 1943, Seite 13.

liner Zentralbank, den Liquiditätsverlust durch autonome Maßnahmen und ohne auswärtige Zuwendungen zu mindern, beschränkt. Da die Westberliner Zentralbank de jure unabhängig von dem westdeutschen Zentralbanksystem ist, wäre es theoretisch möglich gewesen, durch einen höheren Diskontsatz private Gelder nach Westberlin, den Ort der höheren Verzinsung, fließen zu lassen. In diesem angenommenen Fall wäre die Wirkung des Geldzuflusses auf die Westberliner Liquiditätsposition verstärkt worden durch die Inanspruchnahme von Krediten des westdeutschen Banksystems, da die westberliner Kreditnachfrager am Ort der niedrigen Kreditkosten ihren Geldbedarf zu dekken versucht hätten. Diese autonome Maßnahme, die theoretisch für einen abgeschlossenen Wirtschaftsbereich zur Stärkung des Geldpotentials hätte führen müssen, war jedoch praktisch für Westberlin undurchführbar:

(1) Aufgrund der engen Verflechtung des Westberliner Bankapparates mit dem Westdeutschen Banksystem hätte die Geldmarktarbitrage zwischen Westberlin und den Westdeutschen Bankplätzen in kurzer Zeit einen Ausgleich herbeigeführt.
(2) Die Friktionen, die selbst bei erfolgtem Arbitrage-Ausgleich noch bestehen geblieben wären, hätten zur Folge gehabt, daß die investitionswilligen Unternehmer in Westberlin angesichts der erhöhten Kreditkosten keinen Vorteil von dem Geldzufluß haben konnten, da die Zinssätze für zweifellos förderungswürdige Projekte prohibitiv gewirkt hätten.

c) Die Ausgleichsfunktion der auswärtigen Hilfe

Die Darstellung der Einkommensminderung, die durch einen nicht-investitionsbedingten (bzw. konsumbedingten) Einfuhrüberschuß verursacht wird, unterstreicht die Bedeutung der wirtschaftspolitisch

determinierten auswärtigen Hilfe für den Wirtschaftsraum Westberlins. Da die auswärtigen Zuwendungen nicht nur die einkommensmindernde Wirkung des bestehenden Leistungsbilanzdefizits ausgleichen, sondern darüber hinaus das Einkommensniveau in Westberlin erhöhen und damit wiederum das Defizit in der Leistungsbilanz tendenziell vergrößern können, ist die schematische Betrachtungsweise des Einkommensmodells der offenen Volkswirtschaft auf die Analyse der Westberliner Wirtschaft nur mit Einschränkungen anzuwenden. Das Einkommensmodell vermittelt zwar eine Einsicht in die engen funktionalen Zusammenhänge zwischen Einkommenshöhe und Leistungsbilanzdefizit (bzw. auswärtigen Zuwendungen); die Einkommensgleichung gestattet jedoch nicht die quantitative Feststellung, zu welchem Teil die auswärtige Hilfe die durch das Leistungsbilanzdefizit verursachten Einkommensausfälle kompensiert und zu welchem Teil gerade die auswärtige Hilfe zu dem Entstehen des Defizits in der Leistungsbilanz beigetragen hat.

Die Höhe der auswärtigen Zuwendungen ist ein wesentlicher Faktor zur Erzielung eines Einkommensniveaus gewesen, wie es den langfristigen Zielen für die Gesundung der Westberliner Wirtschaft entspricht. Aber erst eine Analyse der Verwendung des Einkommens vermag darüber Auskunft zu geben, wie das zusätzliche Einkommen auf die Entwicklung der Leistungsbilanz eingewirkt hat.

Die Untersuchung des Wirkungszusammenhangs geht von der Tatsache aus, daß die auswärtige Hilfe keinesfalls in direkter Abhängigkeit von der Höhe des Einfuhrüberschusses steht, so wie etwa bei der Kreditierung oder Schenkung von Gütern, die nicht durch Exporte bezahlt werden können.

Da die Vergabe der auswärtigen Hilfe im wesentlichen an die Verwendungszwecke der Investitionsförderung und der Schaffung von Arbeitsplätzen gebunden gewesen ist, soll in den folgenden Kapiteln untersucht werden, wie die Einkommenssteigerung durch die auswärtigen Hilfen in ihrer Verwendung auf die Leistungsbilanzentwicklung tendenziell zu wirken vermochten.

§ 14

Die Wirkung der auswärtigen Hilfe auf das Investitionsvolumen

a) Investitionsvolumen und Wirtschaftspotential

Hatten wir in den vorangegangenen Kapiteln die langfristigen Ziele der Westberliner Wirtschaftspolitik definiert als Reduzierung der Arbeitslosigkeit und Minderung des Einfuhrüberschusses, und hatten wir die auswärtige Hilfe als eines der wirtschaftspolitischen Instrumente benannt, diese Ziele zu verwirklichen, so sollen die folgenden Ausführungen dazu dienen, die Vorgänge innerhalb der Westberliner Wirtschaft, die durch auswärtige Hilfe hervorgerufen werden, im einzelnen zu erläutern.

Ein wesentlicher Teil der auswärtigen Hilfe wurde zu Investitionszwecken gewährt. Die aus dem Kreislauf der Westberliner Wirtschaft zur Verfügung stehenden Mittel zur Sachkapitalbildung[1] erfahren damit eine Bereicherung, die ohne die auswärtige Hilfe nur auf dem Wege eines zusätzlichen Konsumverzichts hätten aufgebracht werden können[2]. Da die auswärtige Hilfe ein zusätzliches Wirkungsquantum darstellt, besteht die in dieser Weise geförderte Investitionstätigkeit nicht in einer Neuverteilung bzw. Umschichtung, sondern es wird eine zusätzliche Nachfrage nach Produktionsfaktoren erzeugt[3]. Die investitionsför-

---

1) bei E. Preiser, Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, Göttingen 1957, S. 23, auch als Realinvestition bezeichnet.

2) E. Freudenberg, a.a.O. S. 72

3) E. Freudenberg, a.a.O. S. 57

dernden Subventionen werden den Unternehmern als "Kapitaldisposition" im Cassel'schen Sinne[4] zur Verfügung gestellt für die Ermöglichung von Produktionsumwegen. Es handelt sich im einzelnen um die folgenden Investitionsprojekte[5]:

1. Erneuerung oder völliger Ersatz unproduktiver Anlagen
2. Schaffung neuartiger Produktionszweige
3. Beseitigung von Engpässen
4. Kapazitätserweiterungen in dem durch die Absatzmöglichkeiten bestimmten Ausmaß.

Die Voraussetzungen für die Durchführung dieser Vorhaben war neben der Gewährung eines Präferenzzinssatzes die Schaffung einer Investitionsbereitschaft, insbesondere durch die Verbesserung der Absatzmöglichkeiten[6].

Die aus auswärtigen Quellen zur Verfügung gestellte "Investitionskaufkraft"[7] vermag erst dann positiv auf die Verminderung des Einfuhrüberschusses zu wirken, wenn die Investitionsvorhaben abgeschlossen sind und die Erstellung von zusätzlichen Gütern ermöglichen.

Für die leistungsbilanzorientierte Wirkung ist es irrelevant, ob die Güter zur Befriedigung der Nachfrage in Westberlin oder zum Export dienen. Im letzteren Fall wirkt das neu geschaffene Wirtschaftspotential direkt auf die Leistungsbilanz durch eine

---

4) Vgl. hierzu A. Radbruch, Langfristige Auslandskredite, Tübingen 1949, Seite 26 f.

5) R. Meimberg, Die Wirtschaft Westberlins, Seite 55

6) R. Meimberg, a.a.O. Seite 54

7) Vgl. K. Müller, Studie zur Theorie der internationalen Kapitalbewegungen, St. Gallen 1947, Seite 4.

Erweiterung der Liefermöglichkeiten; im ersteren Fall substituieren die Lieferungen der neu erstellten Kapazitäten auf dem Binnenmarkt die Güter, die durch Importe bereitgestellt werden müssen. Je nach der Konstellation der Wirtschaft kann die zusätzlich produzierte Gütermenge der neuen Kapazitäten auf dem Binnenmarkt bewirken, daß sie bei gleichbleibender Nachfrage zu einer Reduzierung des Importbedarfs führen; oder bei steigender Nachfrage wird der zusätzliche Bedarf aus dem Binnenangebot befriedigt und die negative Wirkung auf die Leistungsbilanz in Form eines erhöhten Importbedarfes entfällt.

In gleicher Weise ist es ohne Bedeutung, ob Investitionsgüter oder Konsumgüter ausgeführt werden. Exportierte Konsumgüter können als Investitionen angesehen werden, die die Einfuhr von Konsumgütern ermöglichen[8].

b) Produktion und Einfuhrabhängigkeit

Während die Entstehung von neuen Kapazitäten "in the long run" eine Steigerung der Ausfuhr ermöglicht und damit eine positive Wirkung auf die Leistungsbilanz ausübt, ist jedoch zu beachten, daß die Erstellung von zusätzlichen Kapazitäten und die entsprechende Erhöhung der Produktion auch negative Einflüsse auf die Leistungsbilanz bewirken[9]. Um diese gegensätzlichen Wirkungen im einzelnen zu untersuchen, empfiehlt es sich, folgende durch die

8) Vgl. V. K. Ramaswami, Trade Imbalance, Gains from Trade and National Income Change in: The Economic Journal, Vol. LXV, London 1955, S. 453.

9) F. Eulenburg, Außenhandel und Außenhandelspolitik, Tübingen 1929, S. 230.

auswärtige Hilfe geschaffenen Importabhängigkeiten zu unterscheiden:

1. Zusätzlicher Importbedarf wird durch die auswärtige Hilfe geschaffen. Es handelt sich um fertige Investitionsgüter bzw. Halbfertigwaren, wie sie für die Erstellung der durch die auswärtige Hilfe finanzierten Kapazitäten benötigt werden. Dieser Importbedarf ist - für das einzelne Investitionsprojekt - einmalig und fällt fort nach Beendigung des Projektes. Gesamtwirtschaftlich ist es ein laufender Bedarf, der wirksam ist, solange Investitionshilfen zur Verfügung gestellt werden[10].

2. Zusätzlicher Importbedarf entsteht im Verlauf der Produktionssteigerung, d.h. der Ausnutzung der zusätzlich geschaffenen Kapazitäten. Der Bedarf richtet sich im wesentlichen auf Rohstoffe und Halbfertigwaren. Dieser Bedarf ist abhängig (wenn auch nicht proportional) von der Höhe der Industrieproduktion[11].

---

10) R. Krengel, Die Westberliner Wirtschaft 1949 bis 1951, S. 22, bezeichnen diesen Importbedarf als "außerordentlich", da er "in keinem funktionellen Zusammenhang mit der jeweiligen Größe des Westberliner Sozialproduktes steht".

11) W. B. Hasselblatt, Industrieproduktion und Rohstoffeinfuhr, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 73, 1954, Heft 2, S. 247.

Der Versuch, die Tendenz des Importbedarfs zu bestimmen, knüpft an die allgemeine Feststellung[12] an, daß erhöhte Produktion eine steigende Nachfrage erzeugt nach Rohstoffen bzw. Halbfertigwaren. Da das Angebot an diesen Gütern aus Quellen der Westberliner Wirtschaft gering ist (namentlich was die Versorgung mit gewerblichen Rohstoffen betrifft), bewirkt eine Steigerung der Produktion einen zusätzlichen Importbedarf. Der zusätzliche Importbedarf setzt sich zusammen aus Rohstoffen und Halbfertigwaren für die laufende Produktion und für die Lagerhaltung. Nach Hasselblatt ergeben sich bei der Erhöhung der Industrieproduktion folgende Steigerungen des Importbedarfs[13]:

Nimmt man an, daß die Produktion um monatlich 5 v. H. steigt (bzw. der Bedarf an Importen), und daß es üblich ist, Läger in Höhe eines zweifachen Monatsbedarfes zu halten, so steigt der Importbedarf um 15 v. H.

---

12) Vgl. C. Iversen, Aspects of the Theory of International Capital Movements, Oxford 1935, Seite 65

13) W. B. Hasselblatt, Industrieproduktion und Rohstoffeinfuhr, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 73, 1954, Heft 2, Seite 247.

1. Vor der Produktionssteigerung:	(in t)
Laufender monatlicher Bedarf	1.000
Lagerhaltung	2.000
Monatlicher Import	1.000

2. Nach der Produktionssteigerung um 5 v.H.:	(in t)
Laufender monatlicher Bedarf	1.050
Lagerhaltung	2.100
Einfuhr	1.150

Dieses Schema erlaubt uns die Schlußfolgerung, daß in einer Aufschwungphase der Importbedarf überproportional steigt. Jedoch kann daraus auch geschlossen werden, daß bei einer Abflachung der Produktionssteigerung der Importbedarf nicht im gleichen Maße steigt und bei einem Sinken der Produktionstätigkeit eine überproportionale Abnahme zeigt[14].

Für die Betrachtung der Westberliner Leistungsbilanz ist jedoch dieses Schema zu modifizieren, um ihm eine praktische Anwendbarkeit zu geben.

Die erste Modifikation wird erforderlich aufgrund der Tatsache, daß im Verlauf des Ausbaus der Produktionskapazitäten erhebliche Strukturveränderungen aufgetreten sind. Als Folge wandelt sich der Wertschöpfungsanteil im Westberliner Produktionsprozeß, so daß eine Steigerung der Produktionstätigkeit erreicht werden kann mit einem gleichen oder relativ sinkenden Anteil an importierten Gütern. Die zweite Modifikation des Schemas wird erforderlich, wenn durch Änderungen der Marktkonstellation (Erwartung von Preissteigerung) die Unternehmer veranlaßt werden, höhere Läger zu unterhalten. Die dritte Modi-

---

14) H. Giersch, Akzelerationsprinzip und Importneigung in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 70, 1953, Heft I, Seite 244.

fikation ist dem Schema einzufügen, wenn die Läger in Anpassung auf sinkende Absatzchancen überproportional reduziert werden. Die vierte Modifikation ergibt sich aus der Beobachtung, daß der industrielle Ausstoß sich erhöhen kann ohne einen zusätzlichen Materialverbrauch; wenn die Produktion als Folge von bestimmten Rationalisierungsmaßnahmen sich erhöht ohne zusätzlichen Importbedarf, entfällt die negative Wirkung auf die Leistungsbilanz. Die vierte Modifikation ist praktisch der ersten Modifikation in der Wirkung auf die Leistungsbilanz gleichzusetzen, in ihrer Verursachung basiert die erste Modifikation in einer Erhöhung des Wertschöpfungsanteils durch Ausstoß neuer, in Material- und Lohn- bzw. Kapitalkostenanteilen verschiedenen Güter; im letzteren Fall wird bei gleichartigem Produktionsausstoß der Materialanteil durch Rationalisierung reduziert.

c) Folgerungen

Die aufgezeigten Wirkungszusammenhänge erlauben die Beantwortung der Frage, "ob durch eine Steigerung der industriellen Tätigkeit überhaupt eine Verbesserung der Leistungsbilanz erreichbar ist oder ob bei einer derartigen Steigerung auch die Einfuhr in einem solchen Maße wächst, daß kein Ausgleich der Leistungsbilanz erzielbar ist"[15]. Zusammenfassend können die folgenden Feststellungen für die tendenzielle Entwicklung der Leistungsbilanz gemacht werden:

---

15) H. Winter, a.a.O. Seite 127.

1. Die auswärtige Hilfe für Investitionszwecke erhöht das Wirtschaftspotential Westberlins. Bei entsprechenden Absatzmöglichkeiten erhöhen sich die Lieferungen Westberlins an die übrige Welt. Die positive Wirkung auf die Leistungsbilanz tritt erst nach Abschluß der einzelnen Investitionsvorhaben auf. Die positive Wirkung auf die Leistungsbilanz ist unabhängig davon, ob die neu erstellten Kapazitäten Güter für den Westberliner Markt oder für den auswärtigen Absatz erzeugen.

2. Ein zusätzlicher Importbedarf entsteht im Verlauf der Investitionstätigkeit. Da die auswärtige Hilfe nicht als eine Dauereinrichtung konzipiert ist, entfällt der durch die auswärtige Ivestitionshilfe verursachte zusätzliche Importbedarf nach Auslaufen der auswärtigen Hilfe.

3. Ein zusätzlicher Importbedarf entsteht durch die laufende Beschäftigung der neu erstellten Kapazitäten. Während der ersten Aufschwungphase steigt der Importbedarf überproportional. Im Verlauf des Wiederaufbaus der Westberliner Wirtschaft kann der negative Effekt auf die Leistungsbilanzentwicklung neutralisiert werden durch eine Erhöhung des Wortschöpfungsanteils der laufenden Produktion[16)].

Die zukünftige Entwicklung der Leistungsbilanz unter der Wirkung der auswärtigen Investitionshilfe kann somit positiv beurteilt werden.

---

16) Vgl. auch H. Winter, a.a.O. Seite 128.

§ 15

Die Wirkung der auswärtigen Hilfe auf das Beschäftigungsvolumen

a) Beschäftigungsvolumen und Sozialprodukt

Zur Beseitigung der strukturellen Arbeitslosigkeit[1] in Westberlin mußten mit Einsatz der auswärtigen Hilfe Dauerarbeitsplätze geschaffen werden, um die Arbeitsmarktlage endgültig zu sanieren. Die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen vornehmlich im industriellen Sektor war gerade deshalb unerläßlich, weil man von einer Lösung des Westberliner Arbeitslosenproblems durch Evakuierung der einsatzfähigen Arbeitsuchenden absehen mußte[2]. Die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen und die temporäre Beschäftigungsmöglichkeit im Rahmen des Notstandsprogrammes in der Bedeutung für das Westberliner Sozialprodukt läßt sich ersehen aus einer Berechnung der Berliner Zentralbank[3].

Unter der Voraussetzung, daß in Westberlin die gleiche Beschäftigungsquote wie in Westdeutschland realisiert worden wäre, hätte das Westberliner Sozialprodukt im Jahre 1950 etwa 1,3 Mrd. DM, in den Jahren 1951 und 1952 je 1,6 Mrd. DM mehr betragen.

---

1) d.h. verursacht durch strukturelle Veränderungen der wirtschaftlichen Grundlagen, vgl. O. v. Zwiedineck-Südenhorst, Beitrag zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit, in: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, 2. Jg. 1927, Ergänzungsheft 1 Seite 20.

2) H. Winter, a.a.O. Seite 61; V. Siebrecht, Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik in der Nachkriegszeit, Stuttgart 1956, Seite 162.

3) Das Geld- und Kreditwesen Westberlins nach dem Stande vom 31. August 1953, Monatsbericht der Berliner Zentralbank, Seite 8.

Eigene Schätzungen[4] ergeben das Resultat, daß im Jahre 1956 bei einer Beschäftigungsquote von 5 v. H. bzw. einer zusätzlichen Beschäftigung von ca. 70.000 das Westberliner Sozialprodukt um mehr als 8 v. H. oder 680 Mio DM in jeweiligen Preisen höher gewesen wäre. Diese Summe wäre noch zu erhöhen um die positiven Sekundäreffekte, die von so einer erheblichen Mehrbeschäftigung ausgegangen wären.

Die erheblichen Aufwendungen, die für die Schaffung nur eines Dauerarbeitsplatzes erforderlich sind, zeigt die folgende Schätzung der Aufwendungen aus Gegenwertmitteln pro zusätzlichen Arbeitsplatz:

Übersicht 29:

Geschätzte Investitionsausgaben pro Arbeitsplatz[5]

Industriezweig	in DM
Steine und Erden	14.400
NE-Metalle	23.750
Gießereien	4.350
Stahlbau	6.450
Maschinenbau	7.550
Fahrzeugbau	10.650
Schiffsbau	1.500
Elektroindustrie	11.400
Feinmechanik, Optik	6.150
Chemische Industrie	24.800
Papierverarbeitung	3.300
Textilindustrie	11.300
Nahrungs- und Genußmittel	15.500

4) basiert auf den Angaben über das Westberliner Sozialprodukt in: Berliner Statistik, 11. Jg., Heft 4, Seiten 146 ff.

5) Die Angaben, die nur die Investitionsausgaben umfassen, sind eigene Schätzungen. Sie basieren auf Zahlenangaben des Senators für Wirtschaft und Kredit aus den Jahren 1954/55.

Die Beschäftigungseffekte der auswärtigen Hilfe sind also, wie die Tabelle zeigt, in den einzelnen Industriezweigen stark unterschiedlich, Gemeinsam ist ihnen jedoch der positive Effekt auf die Arbeitsmarktlage, da die auswärtige Hilfe und die zusätzlich beschäftigten Arbeitskräfte in dem Fall der Westberliner Wirtschaft komplementär sind[6].

Die Wirkung der zusätzlichen Beschäftigung auf die Entwicklung der Leistungsbilanz, namentlich auf die Lieferm glichkeiten der Westberliner Wirtschaft, ist im allgemeinen die gleiche, wie sie bei der Behandlung der Wirkung der Investitionen auf das Wirtschaftspotential beschrieben wurde. Es bedarf jedoch einer besonderen Betonung, daß die positiven Effekte der Beschäftigung im Notstandsprogramm und in der Bauindustrie auf die Erhöhung der Liefermöglichkeiten Westberlins minimal sind[7]. Das Fehlen einer direkten Interdependenz zwischen der Beschäftigung im Notstandsprogramm und der Entwicklung der Leistungsbilanz mindert jedoch nicht die Bedeutung der indirekten Wirkung. Die Schaffung von modernen und hygienischem Wohnraum ist eine der Voraussetzungen für die Erhaltung der Arbeitskraft und damit auch für das Westberliner Wirtschaftspotential. Mangelnde oder inadäquate Wohnmöglichkeiten hätten u. U. zu einer gefährlichen Abwanderungstendenz der arbeitsfähigen Bevölkerung geführt.

b) Beschäftigungsvolumen und Einfuhrbedarf

Die positive Wirkung der arbeitsbeschaffenden Verwendung der auswärtigen Hilfe, die - gesamtwirt-

---

6) Vgl.K.Müller,a.a.O., Seite 91

7) H. Winter, a.a.O., Seite 126: "Im Rahmen des Notstandsprogramms werden keine Güter erzeugt, die geeignet wären, den Export zu erhöhen oder den Import zu vermindern".

schaftlich gesehen - die Produktivität der Westberliner Wirtschaft erhöht[8] auf die Leistungsbilanz, wird gemindert durch zusätzliche Konsumausgaben, der in den Arbeitsprozeß aufgenommenen Personen. Als potentielles Wirkungsquantum für einen gesteigerten Einfuhrbedarf tritt jedoch nur der Einkommensteil hervor, der die bisher erhaltenen Unterstützungszahlungen übersteigt[9]. Da die bisher beschäftigungslose Personengruppe zwar keinen Beitrag zum Sozialprodukt leistete, in Höhe ihrer für Konsumzwecke verausgabten Unterstützungszahlungen jedoch einen Anspruch auf die verfügbaren Güter und Dienste stellte, wird eine zusätzliche Konsumnachfrage nur in dem Maße wirksam werden, wie Unterstützungszahlungen und Arbeitsverdienste differieren. Dieser Differenzbetrag bedingt zunächst lediglich eine potentielle Nachfragesteigerung. Die tatsächliche Erhöhung der Nachfrage im allgemeinen und in ihrer spezifischen Wirkung auf die Leistungsbilanz ist bedingt durch

1. Das private Sparen
2. Die Nachfrage nach Einfuhrgütern

Das private Sparen bei zunehmender Beschäftigung in dem Wirtschaftsraum Westberlins, der durch einen niedrigeren Lebensstandard als der in vergleichbaren Regionen Westdeutschlands gekennzeichnet ist, wird u. U. als Zwecksparen eine zunehmende Bedeutung erlangen. Doch selbst ein temporärer Konsumverzicht zur späteren Anschaffung von Konsumgütern kann gesamtwirtschaftlich - bei fortgesetzten individuellen Sparakten - permanent eine neutralisierende Wirkung auf die Nachfrage ausüben. Um die Wirkung der Nachfragesteigerung auf die Entwicklung der Leistungsbi-

---

8) Vgl. H. J. Seraphim, a.a.O., Seite 256.

9) K. Maiwald, Maintained Consumption in the Unemployed Sector, in: The Economic Journal, Vol. LXV, London 1955, S.91; H.Winter, a.a.O., S.128.

lanz zu ermessen, muß auch die Tatsache in Rechnung gestellt werden, daß mit einem Teil des im Verlauf der Beschäftigungsvermehrung sich erhöhenden Einkommens Dienstleistungen nachgefragt werden, d.h. Teile des Sozialproduktes, die ohne zusätzlichen Einfuhrbedarf in Westberlin produziert werden können. Namentlich der Wohnungsbedarf und die Nachfrage nach kulturellen Dienstleistungen erzeugt praktisch keine zusätzlichen Einfuhrabhängigkeiten.

c) Folgerungen

Für die Erfassung der Wirkungen, die von der arbeitsbeschaffenden Verwendung der auswärtigen Hilfe auf die Leistungsbilanz ausgeübt werden, können folgende Tendenzen festgestellt werden:

1. Durch die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen, namentlich im industriellen Sektor der Westberliner Wirtschaft, erhöht sich das Lieferungspotential.

2. In kurzfristiger Betrachtung werden durch zusätzliche Beschäftigung im Rahmen des Notstandsprogrammes praktisch nur geringe positive Wirkungen auf die Leistungsbilanz ausgeübt.

3. Die positiven Effekte der erhöhten Beschäftigung werden gemindert durch eine zusätzliche Nachfrage nach Einfuhrgütern.

Zur abschließenden Beurteilung der Leistungsbilanzentwicklung ist die Tatsache von Bedeutung, daß die positiven und negativen Faktoren von unterschiedlichem Gewicht sind. Während der Wertschöpfungsbeitrag der in den Produktionsprozeß aufgenommenen Personen nachhaltig die Produktivität der Westberliner Wirtschaft und damit die Leistungsbilanz verbessert, ist die negative Wirkung des erhöhten

Einkommens lediglich eine potentielle Beeinträchtigung der Leistungsbilanzentwicklung und wird tatsächlich von geringerer Bedeutung als die positive Wirkung sein. Per Saldo bewirkt diese Einfuhrnachfrage eine Verzögerung des endgültigen Ausgleichs der Leistungsbilanz durch erhöhte Beschäftigung.

Praktisch hat sich - wie die Entwicklung der Leistungsbilanz zeigt - per Saldo ein positives Ergebnis der auswärtigen Hilfe für die Westberliner Wirtschaft ergeben. Die Untersuchung des Wirkungszusammenhanges im einzelnen erlaubt die Schlußfolgerung, daß die positiven Faktoren der auswärtigen Hilfe in ihrer Wirkung auf die Leistungsbilanz gegenüber den negativen Faktoren an Bedeutung zunehmen werden und damit sich die Möglichkeit für die zunehmende wirtschaftliche Selbständigkeit Westberlins bietet.

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

Badger, Donald G., The Balance of Payment: A Tool of Economic Analysis. International Monetary Fund, Staff Papers, Vol. II No. 1, September 1951.

Berlins Wirtschaft im Übergang, herausgegeben vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1947.

Bevollmächtigter für das Kreditwesen: Wirtschaftliche Erfolge der Bürgschaften der öffentlichen Hand in West-Berlin, Berlin 1954.

Bombach, Gottfried, Zur Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Weltwirtschaftliches Archiv 70 (1953) I, S. 110 ff.

Blind, Adolf, Der Ganzheitscharakter der Volkswirtschaft und die Statistik in: Beiträge zur Deutschen Statistik, Festgabe für Franz Zizek, Leipzig 1936.

Bonn, Julius, Auslandsanleihen in: Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Zürich 1928, 175. Band.

Bülow, Friedrich, Volkswirtschaftslehre, Berlin - Frankfurt 1957.

Cassel, Gustav, Theoretische Sozialökonomie, 5. neubearbeitete Auflage, Leipzig 1932.

Deutsch-Amerikanische Zusammenarbeit in West-Berlin, die amerikanische Wirtschaftshilfe in der Zeit von 1949 bis 1956, herausgegeben von der US-Mission, Berlin 1956.

ECA Mission für Deutschland, Berlin und der Marshallplan, ohne Jahresangabe.

Enquête-Bericht, Bedingungen und Möglichkeiten für den Ausbau der Wirtschaft Westberlins in den kommenden Jahren, Berlin 1951.

Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, herausgegeben von Edith Eucken, Bern, Tübingen 1952.

Eulenburg, Franz, Außenhandel und Außenhandelspolitik (Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen), Grundriß der Sozialökonomie, VIII. Abteilung, Tübingen 1929.

Finanzhilfe für Berlin, eine Denkschrift der Bundesregierung, Bonn 1954.

Frentzel-Wagner, Hanno, Der deutsche Kapitalexport in: Zeitschrift für das Gesamte Kreditwesen, Jhrg. 1954, Nr. 12.

Freudenberg, Hans Erich, Die Subventionen als Kreislaufproblem in der Marktwirtschaft und Staatswirtschaft. Beiträge zur Finanzwissenschaft No. 2, Tübingen 1934.

Giersch, Herbert, Beiträge zur Multiplikatortheorie I, Einige kontroverse Fragen zur Multiplikatortheorie, Berlin 1954.

" " Akzelerationsprinzip und Importabhängigkeit in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 70 (1953) I.

Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich v., Volksvermögen und Volkseinkommen, Kritik, Jena 1928.

Grünig, Ferdinand, Der Wirtschaftskreislauf, München 1933.

" " Der Wirtschaftskreislauf Westberlins in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Jahrgang 1949, zweites Heft.

" " Volkswirtschaftliche Bilanzen 1936 und 1947, ein Beitrag zur Analyse der Wirtschaftslage in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Jahrgang 1948, erstes Heft.

Grünig, Ferdinand, und Krengel, Rolf, Das "unsichtbare Sozialprodukt" Berlins und seine Bedeutung für die Leistungsbilanz der Stadt, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Jahrgang 1949, viertes Heft.

" " und Krengel, Rolf, Die Berliner Leistungsbilanz in: Die unzerstörbare Stadt, Köln - Berlin 1953.

Gruntzel, Josef, Handels-, Zahlungs- und Wirtschaftsbilanz in: Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart, vierter Band, Wien 1928.

Gutmann, Franz, Internationale Kapitalbewegungen in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, vierte Auflage, Jena 1929, Ergänzungsband.

Haberler, Gottfried, Der internationale Handel. Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften, Berlin 1933.

Häuser, Karl, West-Berlin als monetäre Diaspora in: Zeitschrift für das Gesamte Kreditwesen, 5. Jahrgang, Nr. 10.

Hasselblatt, Waldemar B., Industrieproduktion und Rohstoffeinfuhr. Weltwirtschaftliches Archiv, Band 73, Kiel 1954.

Hawtrey, R.G., The Balance of Payments and the Standard of Living, New York 1950.

Hertz, Paul, Der Wirtschaftsaufbau Berlins nach dem Übergang vom Marshall-Plan zur Sicherheitshilfe. Vortrag im Hochschulinstitut für Wirtschaftskunde am 26.November 1952. Als Manuskript vervielfältigt.

Holzer, Hans, Mathematische Theorie der Bilanz, Dissertation, Tübingen 1933.

Iversen, Carl, Aspects of the Theory of International Capital Movements, Oxford 1935.

Jürgensen, Harald, Die westeuropäische Montanindustrie und ihr gemeinsamer Markt, Göttingen 1955.

Keller, Otto, Statistik in Deutschland nach dem heutigen Stand, Band II, Berlin 1940.

Kosiol, Erich, Bilanzreform und Einheitsbilanz, 2. Auflage, Berlin 1949.

Krengel, Rolf, Berliner Wirtschaft 1949 bis 1951. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, Berlin 1952.

" " Volkswirtschaftliche Input-, Output-Rechnung, Sozialprodukt, Beschäftigung und Produktivität, Einkommensverteilung und Einkommensschichtung. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, Sonderhefte, Neue Folge Nr. 24, Berlin 1953.

Leugger, Josef, Beitrag zum Problem der Subventionen und zur Ausgabenlehre. Festgabe für Hans Schorer zum siebzigsten Geburtstag, Bonn 1947.

Lösch, August, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft. Eine Untersuchung über Standort, Wirtschaftsgebiete und internationalen Handel, Jena 1940.

Machlup, Fritz, International Trade and the National Income Multiplier, Philadelphia 1943.

Maiwald, K., Maintained Consumption in the Unemployed Sectors in: The Economic Journal, Vol. LXV, London 1955, S. 89 ff.

Meimberg, Rudolf, Wirtschaft und Währung Westberlins zwischen Ost und West, Schriftenreihe, herausgegeben von der Berliner Zentralbank, Heft 1, Berlin 1950.

" " Die Wirtschaft Berlins, Entwicklung - Probleme - Aufgabe. Schriftenreihe, herausgegeben von der Berliner Zentralbank, Heft 2, Berlin, Herbst 1950.

" " Die wirtschaftliche Entwicklung in Westberlin und in der sowjetischen Besatzungszone. Schriftenreihe, herausgegeben von der Berliner Zentralbank, Heft 3, zweite Auflage, Berlin 1952.

Morgenstern, Oskar, Die Grenzen der Wirtschaftspolitik. Beiträge zur Konjunkturforschung, herausgegeben vom Österreichischen Institut für Konjunkturforschung Nr. 5, Wien 1934.

Müller, Kurt, Studie zur Theorie der internationalen Kapitalbewegungen. Veröffentlichungen des Schweizerischen Instituts für Außenwirtschafts- und Marktforschung an der Handelshochschule St. Gallen, No. 8, St. Gallen 1947.

Nicklisch, H., Wirtschaftliche Betriebslehre, sechste Auflage, Stuttgart 1922.

Nathan, Otto, Subsidies in: Encyclopedia of Social Sciences, edited by E. R. A. Seligman, London 1934, Vol. XIV, S. 430.

Nurkse, Ragnar, Internationale Kapitalbewegungen. Beiträge zur Konjunkturforschung, herausgegeben vom Österreichischen Institut für Konjunkturforschung, Wien 1935.

" " The Relation between Home Investment and External Balance in the Sight of British Experience, 1945 - 1955 in: The Review of Economics and Statistics, Harvard University Press, Vol. XXXVIII No. 2, May 1956, S. 121 ff.

OEEC, Paris, Ein Standard System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, herausgegeben von der OEEC, Paris, 1952.

Ohlin, Bertil, Interregional and International Trade, Harvard Economic Studies, Volume XXXIX, Second Printing, Cambridge, Harvard University Press.

Paulsen, Andreas, Allgemeine Volkswirtschaftslehre I, Berlin 1956.

Predöhl, Andreas, Außenwirtschaft, Weltwirtschaft, Handelspolitik und Währungspolitik, Grundriß der Sozialwissenschaften, Göttingen 1949.

Preiser, Erich, Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, Göttingen 1957.

Pütz, Theodor, Theorie der allgemeinen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung, Wien 1948.

Radbruch, A., Langfristige Auslandskredite, ein Beitrag zur Problematik der internationalen Kapitalbewegungen. Beiträge zur Finanzwissenschaft, Neue Folge, Tübingen 1949, Verlag von J. C. B. Mohr (vormals Paul Siebeck).

Ramaswami, V. K., Trade, Imbalance, Gains from Trade and National Income Changes in: The Economic Journal, Volume LXV, London 1955, S. 450 ff.

Rieckenberg, Ingeborg, Die Bedeutung des Kapitalexportes im Wirtschaftskreislauf, dargestellt am Beispiel der Vereinigten Staaten von Nordamerika, 1946 bis 1952, Dissertation Berlin 1954.

Rittershausen, Heinrich, Internationale Handels- und Devisenpolitik, zweite erweiterte und neu bearbeitete Auflage, Fritz Knapp, Frankfurt 1955.

Roche, Charles de la, Die Schweizerische Konjunkturpolitik in der Nachkriegszeit, Bern 1947.

" " Beschäftigungspolitik in der Demokratie, herausgegeben vom Delegierten für Arbeitsbeschaffung. Volkswirtschaftliche Reihe Nr. 8, Zürich 1947.

Röpke, Wilhelm, Weltwirtschaft und Außenpolitik, Wien, Berlin 1931.

" " Staatsinterventionismus in: Handwörterbuch der Staatswissenschaft, vierte Auflage, Jena 1924, Ergänzungsband.

Schmalenbach, Eugen, Die Beteiligungsfinanzierung, achte, verbesserte Auflage, Köln 1954.

Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, I. Teil, Theorie des Wirtschaftskreislaufs, Tübingen 1947.

Senat von Berlin, der, Langfristiger Aufbauplan für Berlin, August 1955.

Senator für Kreditwesen: Kreditaktionen in West-Berlin, Berlin 1952.

Seraphim, Hans Jürgen, Theorie der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik, Göttingen 1955.

Simkin, C. G. F., The Instability of a Dependent Economy; Economic Fluctuations in New Zealand 1840 - 1914, Oxford 1951.

Southard jr., Frank A., Finances of European Liberation, New York 1946.

Thalheim, Karl C., Die Wirtschaft Berlins zwischen Ost und West. Verhandlungen auf der Sondertagung des Vereins für Sozialpolitik - Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Neue Folge Band 4, Berlin 1952.

" " Die Absatzgebiete der Berliner Industrie, herausgegeben von der Berliner Zentralbank, Volkswirtschaftliche Abteilung, Berlin 1951.

Thalheim, Karl C., Berlin - Herausforderung und Antwort einer Hauptstadt in: Die Unzerstörbare Stadt, Köln-Berlin 1953.

Tinbergen, Jan, On the Theory of Economic Policy. Contribution to Economic Analysis, Amsterdam 1952.

Unterausschuß, I, 6. Arbeitsgruppe, Die deutsche Zahlungsbilanz, Verhandlungen und Berichte des Deutschen Unterausschusses für allgemeine Wirtschaftsstruktur, Berlin 1930.

Viner, Jacob, Studies in the Theory of International Trade, New York, London 1937.

" " International Trade and Economic Development, Oxford 1953.

Winter, Horst, Die Arbeitslosigkeit in Berlin und ihre Bekämpfung durch Notstandsmaßnahmen in den Jahren 1950 und 1951. Dissertation Berlin 1953.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, Möglichkeiten und Grenzen regionaler Wirtschaftspolitik, Gutachten des, veröffentlicht im: Bulletin des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung No. 59, März 1955.

Wood, Richardson, Vorschläge zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Westberlins, Dezember 1952.

Zachau, Mengers, Gertrud, Subventionen als Mittel moderner Wirtschaftspolitik. Dissertation Jena 1930.

Zwiedineck-Südenhorst, Otto v., Beitrag zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit in: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, zweiter Jahrgang 1927, erster Ergänzungsband.

PERIODICA:

Arbeitsmarktlage in West-Berlin, die, Monatsberichte des Landesarbeitsamtes Berlin.

Berliner Statistik, Monatsschrift, Herausgeber, Statistisches Landesamt Berlin.

Berliner Wirtschaft, die, Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Berlin e.V..

Geld- und Kreditwesen West-Berlins, das, Monatsschrift der Berliner Zentralbank AG..

Handbook of Economic Statistics, Federal Republic of Germany and Western Sectors of Berlin, prepared monthly by commercial attache, American Embassy, Bad Godesberg.

Review of Economics and Statistics, Harvard University Press.

Weltwirtschaftliches Archiv, Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel.

Wirtschaft und Statistik, Monatsschrift, Herausgeber: Statistisches Bundesamt.

Wochenberichte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin.

NACHSCHLAGEWERKE:

Bülow, Friedrich, Wörterbuch der Wirtschaft, zweite, erweiterte Auflage, Stuttgart, 1955.

Encyclopedia of Social Sciences, edited by E. R. A. Seligman, London 1934.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften, vierte Auflage, Jena 1929, Ergänzungsband.

L e b e n s l a u f

Ich, Anneliese Margarete Monika Grüger, wurde als Tochter des Dr. phil. Franz Grüger und seiner Frau Frieda, geb. Hättasch, in Berlin-Charlottenburg am 15. September 1927 geboren.

In den Jahren 1934 bis 1943 besuchte ich die Volksschule und die Obergymnasiale Studienanstalt Westend-Schule in Berlin. Von 1943 bis 1944 war ich Heimschülerin der Herrmann-Lietz-Schule Schloß Hohenwerda in Hessen. Das Abitur legte ich nach einem halbjährigen Besuch eines Sonderkurses am Humanistischen Charlottenburger Gymnasium im Januar 1946 ab.

Im Sommersemester 1946 bezog ich die Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin, um an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft und privates und öffentliches Recht zu studieren. Im Sommer 1948 setzte ich das Studium der Volks- und Betriebswirtschaft an der Universität Zürich, Schweiz, fort. Während des Studienaufenthaltes von zwei Semestern in der Schweiz arbeitete ich als Volontärin auf dem Gebiet der industriellen Kalkulation. Während des Wintersemesters 1949/50 und des Sommersemesters 1950 studierte ich Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft und Völkerrecht an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät Wien, Österreich, und ich legte dort mit der Diplomarbeit über das Thema "Die Kalkulation im Gießereibetrieb" das Diplom-Examen gemäß der deutschen Prüfungsordnung im Sommer 1950 ab. Vom Januar 1951 bis zum März 1952 war ich im Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Allgemeine Konjunkturbeobachtung angestellt.

Seit April 1952 bin ich Angestellte des United States State-Department, U.S. Mission Berlin, Economic Affairs' Division.

Der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin gehörte ich in den Jahren 1950 bis 1952 für je zwei Semester als Gasthörerin und als Studierende an.